

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Karen Thiessenhusen

Politische Kommentare  
deutscher Historiker  
zur Revolution  
und Neuordnung 1918/19

B 45/69

8. November 1969

Karen Thiessenhusen, geb. 14. Oktober 1942 in Rendsburg, Studium in München und Hamburg, z. Z. Studienreferendarin in Bonn.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Politische Kommentare deutscher Historiker zur Revolution und Neuordnung 1918/19

## Vorwort

Die Untersuchungen von Klaus Schwabe, ergänzt durch die Studie von Fritz Klein, über die politische Stellung der deutschen Professorenschaft während des Krieges werfen die Frage auf nach ihrer Haltung am Kriegsende und in der Übergangsperiode vom Kaiserreich zur Republik 1918/19. Die Beschränkung auf Historiker erweist sich als besonders fruchtbar, da sie sich selbst für berufen hielten, tagespolitische Probleme aus der geschichtlichen Entwicklung zu erklären und kritisch-objektiv zu betrachten.

Die Analyse befaßt sich größtenteils mit der Innenpolitik; die Außenpolitik wird nur gelegentlich als notwendige Ergänzung herangezogen. Die einzelnen Themen führen immer wieder zurück zu drei Hauptproblemen: Das erste bildet das Verhältnis zwischen „Geschichte“ und „Politik“; das zweite die Beziehungen zwischen Staatsideologie und Beurteilung der Tagespolitik; und das dritte ist die Frage nach der Wandlung beziehungsweise Kontinuität des historisch-politischen Denkens zwischen Kaiserreich und Republik.

Spezialliteratur zu diesem Thema gibt es bisher kaum, abgesehen von einigen Arbeiten über Friedrich Meinecke und neuerdings einzelnen Beiträgen von marxistischer Seite.

Bei der großen Anzahl von damals politisch aktiven Historikern erwies sich eine Auswahl als nötig. Sie wurde nach folgenden Kriterien getroffen: Erstens auf Grund ihrer wissenschaftlichen Leistungen besonders geachtete Historiker (z. B. Schäfer, Haller, Below, Brandenburg, Delbrück, Meinecke, E. Meyer), zweitens überwiegend durch ihre politisch-publizistische Tätigkeit bekannte Historiker (z. B. Spahn, Müller, Delbrück, Hobohm) und drittens bedeutende Nachwuchs-Historiker (z. B. Becker, Mommsen, Rothfels). Einige Historiker, die zwar politisch, aber kaum publizistisch tätig waren (z. B. Finke, Brandt, Ziekursch), mußten unberücksichtigt bleiben, ferner diejenigen, deren politische Schriften nicht zu erreichen waren (z. B. Vigener, Schüssler, Brackmann) oder hauptsächlich außenpolitische Fragen behandelten (z. B. Valentin).

Trotz dieser unumgänglichen Beschränkung bieten die ausgewählten Professoren doch ein durchaus repräsentatives Bild der politischen Auffassungen deutscher Historiker; denn grundsätzlich abweichende Ansichten sind bei den nicht herangezogenen Gelehrten auf Grund einzelner Bemerkungen ihrer Kollegen nicht anzunehmen.

### INHALT

#### Vorwort

#### I. Der Führungsanspruch deutscher Historiker

1. Historische Entwicklung
2. Begründung des Führungsanspruches
3. Politische Konsequenzen des Führungsanspruches

#### II. Die politischen Konzeptionen der Historiker während des Krieges

1. Die Rechts-Konservativen
2. Die Gouvernamental-Liberalen

#### III. Staatsideologie als Grundlage politischer Urteilsbildung

1. Der Primat der Außenpolitik
2. Der deutsche Staatsbegriff

#### VI. Beurteilung der Verfassungsänderung im Oktober 1918

1. Die Gouvernamental-Liberalen
2. Die Rechts-Konservativen

#### V. Ursachen der militärischen Niederlage und der Revolution

1. Die „große“ Dolchstoßlegende: Von Bismarck bis Max von Baden
2. Der „kleine“ Dolchstoß: Die Oktober-Verfassung 1918
3. Ablehnung der Dolchstoßlegende

#### VI. Probleme der Neuregelung des Reiches

1. Beurteilung der politischen Lage im Winter 1918/19
2. Die zukünftige Verfassung des Deutschen Reiches
3. Sozialisierung und Sozialpolitik
4. Die „geistige Erneuerung“ Deutschlands

#### VII. Exkurs: Bemerkungen zur Parteizugehörigkeit der Historiker

#### VIII. Zusammenfassung

#### IX. Literaturverzeichnis

Die Untersuchung basiert überwiegend auf Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen, Broschüren und Flugschriften aus den Jahren 1917—1923, Aufsatzsammlungen sowie Memoiren. Als Ergänzung wurden gelegentlich wissenschaftliche Arbeiten aus dieser Zeit herangezogen, sofern die Forscher in ihnen Bezug auf die Gegenwart nahmen.

Zwar wird zu den einzelnen politischen Anschauungen nur jeweils auf einige Quellen verwiesen, in denen sie unmittelbar zur Sprache kommen, sie sind aber unter dem Gesichtspunkt ausgewählt und wiedergegeben, ob

sie für eine größere Gruppe von Historikern als repräsentativ gelten können, also auch für diejenigen, die zu der betreffenden Einzelfrage nicht direkt Stellung nahmen und deren Ansicht darüber nur aufgrund allgemeiner Äußerungen und ihrer politischen Grundkonzeptionen zu erschließen sind.

Die Schriften der einzelnen Autoren sind im Literaturverzeichnis in chronologischer Reihenfolge durchnummeriert. In den Anmerkungen wird stets jeweils nur das Erscheinungsdatum bzw. das Entstehungsdatum angegeben, soweit es eindeutig festzustellen war.

## I. Der Führungsanspruch deutscher Historiker

### 1. Historische Entwicklung

Unter dem Einfluß der Lehre von der Volkssouveränität und den Ideen der Französischen Revolution entstand in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die liberale und demokratische Bewegung; sie wurde im wesentlichen getragen und vorangetrieben von den geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten, so daß man die Frankfurter Nationalversammlung spöttisch als „Professoren-Parlament“ bezeichnete. Die bedeutendsten Vertreter dieser Gelehrtenpolitik waren Historiker.

Mit Bismarcks Reichsgründung „von oben“ war eine Forderung der Liberalen erreicht: die Einheit des nationalen Staates, nicht aber die zweite, die nach dem Verfassungsentwurf von 1849 die Grundlage des nationalen Staates wie der deutschen Einzelstaaten bilden sollte: die politische Freiheit und Gleichberechtigung aller Bürger, verfassungsmäßig gesichert durch allgemeine gleiche Wahlen zu allen deutschen Parlamenten und durch die aktive Teilnahme von Wählergruppen (Parteien) an der Innen- und Außenpolitik.

Trotz der offensichtlichen Halbheit des Erreichten<sup>1)</sup> sahen die deutschen Historiker bald in dem preußisch-deutschen Staat die Erfül-

lung des früher von der Nation Erstrebten<sup>2)</sup>. Diese Entwicklung zur Anerkennung des Bestehenden entspricht der der politischen Parteien im 19. Jahrhundert<sup>3)</sup>. In der Wilhelminischen Epoche wurde Bismarck in der Historiographie immer stärker zum Nationalhelden, ja zu einem Mythos stilisiert<sup>4)</sup>, demgegenüber seine Nachfolger im Amt nur als Epigonen galten. Die von Bismarck geschaffene Verfassung erschien nun als Ideal einer deutschen Staatsverfassung und seine Innen- wie Außenpolitik als einzig adäquater Ausdruck deutschen Wesens<sup>5)</sup>. Damit ist die konservative Grundlage des politischen und historischen Bewußtseins nahezu sämtlicher deutscher Historiker umschrieben — konservativ hier nicht im parteipolitischen, sondern im ursprünglichen Sinne verstanden als „staatserhaltend“, „der Tradition verpflichtet“. Parteipolitisch gesehen sind sie etwa den Nationalliberalen zuzuordnen.

Parallel mit dem ideologischen Ausbau des Konservatismus lief der Abbau des politischen Engagements. Der politische Historiker des 19. Jahrhunderts trat zurück gegenüber dem reinen Fachgelehrten, der nach einer „Geschichtsschreibung politisch-distanzierter Objektivität nach dem Vorbild Rankes“ strebte<sup>6)</sup>, ohne aber die innere „Beziehung zu den Zeitverhältnissen“ zu verlieren<sup>7)</sup>. Als Vorkämpfer für neue politische Entwicklungen und Ziele nahmen seit Ende der achtziger Jahre vor

---

Im Literaturverzeichnis sind die Werke der einzelnen Historiker in chronologischer Reihenfolge durchnummeriert. Wegen der großen Zahl von Anmerkungen wird jeweils nicht der Titel des betreffenden Werkes, sondern nur seine Nummer angegeben, ferner das Entstehungs- oder Erscheinungsdatum, soweit es eindeutig festzustellen war.

<sup>1)</sup> Dieses Problem wurde nach dem Zusammenbruch des Bismarckstaates in der deutschen Publizistik und Historiographie z. T. wieder aufgegriffen; vgl. Anm. 30.

<sup>2)</sup> Vgl. Meinecke Nr. 7 (1922).

<sup>3)</sup> Vgl. Lenz Nr. 1, S. 5.

<sup>4)</sup> Vgl. dazu Zechlin, in: Die Zeit, Nr. 14, 2. April 1965.

<sup>5)</sup> Vgl. dazu S. 18 ff.

<sup>6)</sup> Schwabe Nr. 1, S. 24.

<sup>7)</sup> Below Nr. 20, S. 28 (1920); vgl. dagegen Goetz, Die Deutsche Geschichtsschreibung des letzten Jahrhunderts und die Nation, (1919) in: Goetz, Nr. 16, S. 88 ff., der die „reine Objektivität“ der Historiographie in dieser Epoche betont.

alle die Nationalökonomien die „Fahne der Gelehrtenpolitik“ auf<sup>8)</sup>. Die Schwerpunkte des politischen Interesses in der Zeit vor 1914 waren der Imperialismus — die „deutsche Weltpolitik“ — und der Kathedersozialismus<sup>9)</sup>.

Während die meisten Historiker bis 1914 nur gelegentlich zu politischen Tagesfragen Stellung nahmen — Ausnahmen waren Delbrück, Lamprecht, Hoetzsch, Schäfer, Schieman —, erwachte mit Ausbruch des Weltkrieges schlagartig ein eminentes politisches Interesse und gleichzeitig der bisher mehr latente Anspruch auf die geistige Führung der Nation<sup>10)</sup>. Seinen ersten Ausdruck fand dieses neue Selbstverständnis in den „Ideen von 1914“, die den ethischen und historisch-politischen Sinn und Wert des Krieges darlegen und als „Wahrzeichen deutscher Gesinnung“ den „Heeressäulen der Nation“ voranziehen sollten<sup>11)</sup>. Diesen Führungsanspruch erhoben Vertreter aller Fakultäten, am lautesten jedoch die Historiker.

Sie wollten die Nation jetzt nicht mehr, wie im 19. Jahrhundert, zu einer zukunftsweisen innenpolitischen Weiterentwicklung führen, die der in den vorangegangenen Jahrzehnten vollzogenen Umstrukturierung der sozialen Schichten auch verfassungsrechtlich Rechnung getragen hätte. Da sie den bestehenden Staat sowie die gegenwärtige Regierungspolitik voll bejahten, sahen sie vielmehr ihre nationale Pflicht darin, die Nation zu weltpolitischen Aufgaben zu erziehen, um damit den machtpolitischen Zielsetzungen des Staates eine breitere Basis im Innern zu schaffen<sup>12)</sup>.

<sup>8)</sup> Meinecke Nr. 7 (1922); vgl. dazu Schwabe Nr. 1, S. 25 f.

<sup>9)</sup> Schwabe Nr. 2, S. 601; vgl. dazu Goetz, Selbstbiographie, in: Nr. 16, und Meinecke Nr. 9, S. 123 ff.

<sup>10)</sup> Schwabe Nr. 2, S. 603: Hinweis auf dieselben Erscheinungen in anderen Ländern, die Schwabe auf die „wissenschaftsgläubige Zeit“ zurückführt.

<sup>11)</sup> Ernst Troeltsch, zitiert nach Schwabe Nr. 1, S. 36; zu den „Ideen von 1914“ vgl. die entsprechenden Kapitel bei Schwabe Nr. 1 und Klemperer Nr. 1; ferner Dehio Nr. 3.

<sup>12)</sup> Vgl. dazu Leo Stern Nr. 1, der in bezug auf die „Erziehungsmittel“ hinweist auf die „positivistischen, rassenbiologischen, sozialdarwinistischen, soziologistischen und psychologischer Geschichtstheorien, die bekanntlich in der deutschen Geschichtswissenschaft der imperialistischen Epoche sich als sehr geeignet erwiesen, die Eroberungsansprüche des deutschen Imperialismus pseudowissenschaftlich zu begründen“ (S. 23). Vgl. ferner die kritische Studie von Fritz Klein, Nr. 1. Zur Beurteilung der Historiker zu Kriegsbeginn vgl. Brief von G. F. Knapp an Alfred Dove, Ende 1914: „Finden Sie nicht, daß die Kundgebungen unserer Kollegen eine starke Ähnlichkeit haben mit dem Stammesgeheul der Sioux-Indianer?“ (zit. nach Meinecke Nr. 10, S. 405).

Symptomatisch für den ausschließlich außenpolitisch orientierten Führungsanspruch waren die bereits 1914 einsetzende Kriegszieldiskussion und die begeisterte Zustimmung zu der „Zusammenfassung aller nationalen Kräfte“, die man darin verwirklicht sah, daß die bisherigen „Internationalisten“ und „Vaterlandsverräter“, die Sozialdemokraten, im August 1914 mit der Bewilligung der Kriegskredite ihre innenpolitischen Ziele zurückstellten<sup>13)</sup>. Im Verlauf des Weltkrieges forderten die Historiker in immer stärkerem Maße auch die Führung in innenpolitischen Fragen — parallel zur parteipolitischen Auflösung des „Burgfriedens“ von 1914<sup>14)</sup>. Im Zuge dieser allgemeinen innenpolitischen Entwicklung in Deutschland bildeten sich auch innerhalb der Professorenschaft zwei einander heftig bekämpfende politische Gruppen. Auf seiten der Rechtsparteien standen die „Annexionisten“, die weitgehende Kriegsziele forderten und jede innenpolitische Reform ablehnten<sup>15)</sup>. Auf seiten der Mittelparteien standen die „Gouvernemental-Liberalen“, die gemäßigte Kriegsziele und Reformen anstrebten. Obwohl die beiden Gruppen von Historikern über Ziele, Mittel und Wege der Innen- und Außenpolitik durchaus verschieden dachten, forderten sie doch alle gleichermaßen die Anerkennung als geistige Führer der Nation. Dieses Selbstverständnis überdauerte den Krieg und trat zu Beginn der Weimarer Republik noch stärker in Erscheinung als zuvor.

## 2. Begründung des Führungsanspruches

Den Anspruch, im öffentlichen Leben die politische Erziehung der Nation zu leiten, erhoben — wie erwähnt — Professoren der verschiedensten Disziplinen<sup>16)</sup>. Begründet wurde er demnach nicht allein mit der speziellen fachlichen Qualifikation, wie es besonders für die Historiker zutrifft, vielmehr galt das Streben der Gelehrten nach Objektivität in ihrem jeweiligen wissenschaftlichen Bereich schon als Befähigungsnachweis für eine möglichst objektive Beurteilung auch der politischen Fragen<sup>17)</sup>. So schrieb z. B. Walter Goetz während

<sup>13)</sup> Zum Primat der Außenpolitik s. S. 13 ff.

<sup>14)</sup> Meinecke Nr. 3 (Nov. 1917).

<sup>15)</sup> Zur politischen Konzeption dieser beiden Gruppen während des Krieges vgl. S. 10 ff.

<sup>16)</sup> Dazu Arons Nr. 1 (Dez. 1918); vgl. ferner Schwabe Nr. 1, der in seiner Untersuchung Vertreter aller Fakultäten heranzieht.

<sup>17)</sup> Vgl. dazu Delbrück Nr. 1, S. 5 (1914): „Unsere Regierung rühmt sich, über den Parteien zu stehen. Auch die Wissenschaft steht über den Parteien. Die menschliche Unzulänglichkeit wird es selten zulassen, daß dieser hohe Standpunkt tatsächlich

des Krieges (1916) den Wissenschaftlern einen wesentlichen Anteil am zukünftigen Sieg Deutschlands zu, der für ihn in der „Durchsetzung unseres staatlichen, militärischen und wirtschaftlichen Lebens mit wissenschaftlicher Erkenntnis“ lag<sup>18)</sup>. Die ideologische Grundlage dieses Führungsanspruches kennzeichnete Goetz mit der „deutschen Idee vom Leben“, dem: „Ich dien“<sup>19)</sup>. Da sich so die Wissenschaft ausdrücklich in den Dienst der nationalen Interessen stellte, schränkte sie selbst die von ihr geforderte wissenschaftliche Objektivität wieder ein<sup>19)</sup>.

Die Professorenschaft begründete ihren Führungsanspruch ausschließlich mit der Überlegenheit der Wissenschaft über Interessengegensätze einzelner politischer Gruppen, ohne selbst die soziale Grundlage ihres Elitedenkens zu erkennen. Nahezu sämtliche Historiker (und für die Professoren anderer Disziplinen dürfte das auch nachzuweisen sein) stammten aus dem Großbürgertum, aus gehobenen Beamtenfamilien oder aus protestantischen Pfarrhäusern. Ferner stand der Professor auf der sozialen Stufenleiter im Wilhelminischen Deutschland ganz oben und hatte Zugang zu den höchsten Kreisen der Gesellschaft<sup>20)</sup>. Bildung und Besitz bedeuteten im Selbstverständnis dieser sozialen Schicht die Grundlagen des nationalen Staates, und daraus hatte sich in diesem Zeitalter der aufstrebenden besitzlosen und ungebildeten Massen ein militantes Elitedenken entwickelt<sup>21)</sup>. Das Fehlen der Reflexion auf die eigenen, nur soziologisch faßbaren Bedingungen ihres Denkens mag ein Grund dafür gewesen sein, daß viele der 1919 als wissenschaftliche Disziplin an Universitäten eingeführten Soziologie mit äußerster Skepsis, wenn nicht Ablehnung gegenübertraten.

Sozialdemokratische oder auch nur links orientierte Historiker, die dieses feste soziale und ideologische Gefüge hätten auflockern können,

---

erreicht und innegehalten wird. Aber schon, daß er erstrebt wird, gibt eine große Überlegenheit über jeden Parteistandpunkt. Der praktische Staatsmann sieht zunächst, wie er sich mit den Parteien auseinandersetze. Aber auch was die Wissenschaft sagt, ist besonders in Deutschland immer sehr beachtet worden, und es möchte ratsam sein, daß man das auch fürderhin wohl in Obacht nehme.“ Vgl. ferner Wahl Nr. 3, S. 16.

<sup>18)</sup> Goetz Nr. 1, S. 11.

<sup>19)</sup> Goetz Nr. 1, S. 11; Meinecke Nr. 10, S. 120; Schäfer Nr. 19, S. 163.

<sup>20)</sup> Das im einzelnen zu verfolgen, würde hier zu weit führen; es sei nur verwiesen auf die Memoiren von Meinecke Nr. 9, Bergsträsser Nr. 5, Haller Nr. 11, v. Müller Nr. 17, Schäfer Nr. 19.

<sup>21)</sup> Vgl. dazu Meineckes Aristokratiebegriff in Nr. 8, S. 185 (1916); Nr. 10, S. 64 ff. und 180 ff.

gab es bis 1919 auf Lehrstühlen nicht<sup>22)</sup> — und auch später nur in seltenen Ausnahmen. Die Ursache dafür dürfte wohl unter anderem eher in den Berufungsverfahren liegen, die stets den konservativen Geist und die Exklusivität des Professorenstandes wahren sollten, anstatt, wie behauptet wurde, in der Unfähigkeit eines politisch links Orientierten zu wissenschaftlichen Arbeiten<sup>23)</sup>. Charakteristisch ist, daß über den „Bruch in der deutschen Geschichte 1918/19“<sup>24)</sup> hinaus die Kontinuität dieses Denkens im allgemeinen bewußt gewahrt wurde.

Zum Zusammenhang zwischen Personalpolitik und konservativer Grundhaltung an den Universitäten können hier nur kurze Hinweise gegeben werden<sup>25)</sup>. Während des Krieges (1917) setzte z. B. der alldeutsche Historiker Georg v. Below den Ausschluß seines Fachkollegen und politischen Gegners Veit Valentin aus der Freiburger Fakultät durch<sup>26)</sup>. Nach der Demokratisierung des Deutschen Reiches 1918/19 vermieden es die Fakultäten weiterhin, demokratisch gesinnten Gelehrten ein Ordinariat anzutragen<sup>27)</sup>, hingegen stand z. B. der rechtsradikale Historiker Karl Alexander v. Müller auf den Berufungslisten der verschiedensten Universitäten jahrelang an erster Stelle<sup>28)</sup>. Bemerkenswert ist ferner die Wahl von ehemals radikalen Gegnern einer demokratischen Republik zu Universitäts-Rektoren; so wurde z. B. 1919/20 Erich Brandenburg in

---

<sup>22)</sup> Nach Schwabe Nr. 1, S. 30, galt das auch für andere Fakultäten.

<sup>23)</sup> Diese These vertrat besonders Below in: Nr. 13, S. 122 (1919); vgl. dazu Goetz Nr. 16, S. 100 (1919), der das Fehlen einer sozialistischen Geschichtsschreibung in Deutschland auf die „innere Kraft“ der objektiven historischen Wissenschaft zurückführte, „die der Parteinahme für das Ideal einer einzelnen Bevölkerungsschicht mit Recht widerstreben mußte. ... Nur außerhalb der Wissenschaft ... blühte die marxistische Geschichtsauffassung.“

<sup>24)</sup> Vgl. unten S. 35 f.

<sup>25)</sup> Die für eine genauere Untersuchung dieses Problems notwendigen Universitätsakten sind leider nicht zugänglich.

<sup>26)</sup> Dazu Rachfahl Nr. 1; ferner Below Nr. 8 (1918).

<sup>27)</sup> Zu den Gegnern des alten Systems und Anhängern der Demokratie gehörten u. a. der Pazifist und Nobelpreisträger (1927) Ludwig Quidde, ferner Gustav Mayer, Franz Schnabel und Arthur Rosenberg. Dem Demokraten und Juden Siegmund Hellmann hat man wegen der Umstände seiner Berufung nach Leipzig (1923) große Schwierigkeiten gemacht (vgl. Heimpel Nr. 1). Aus der juristischen Fakultät sei ferner auf den Fall Kantorowicz hingewiesen; vgl. Hermann Kantorowicz, Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914. Aus dem Nachlaß hrsg. u. eingel. v. Imanuel Geiss, m. einem Geleitwort von Gustav W. Heinemann, Frankfurt/M. 1967.

<sup>28)</sup> Gollwitzer Nr. 1, S. 305; die Berufung wurde von dem zuständigen Ministerium Preußens verhindert.

Leipzig, Eduard Meyer in Berlin, 1921/22 Adalbert Wahl in Tübingen Rektor <sup>29)</sup>).

Wenn man also die nationale Grundhaltung und die soziale Stellung der Professoren sowie ihre Universitätspolitik heranzieht, so zeigt sich, daß die Ursachen des Elitedenkens weniger in der behaupteten Überparteilichkeit der Wissenschaften lagen als vielmehr in einer deutlichen Parteinahme für die politischen Interessen der bis 1918 offiziell herrschenden Schichten.

Unter den Professoren forderten in besonders starkem Maße die Historiker für sich die geistige Führung der Nation, da sie überzeugt waren, aufgrund ihrer geschichtlichen Kenntnisse für die Gegenwart allgemeingültige Aussagen machen zu können über Möglichkeiten, Wert und Folgen bestimmter politischer Forderungen, Fakten und Entwicklungen. Auch hier zeigte sich eine offensichtliche Kontinuität des Denkens zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, obwohl einige gemäßigte Historiker <sup>30)</sup> — im Gegensatz zu den rechtsstehenden <sup>31)</sup> — sich nach den Ereignissen 1918/19 gezwungen sahen, ihr bisheriges Geschichtsbild in einigen Punkten zu modifizieren. Charakteristikum dieser vorsichtigen Revision war der wiederholte Versuch, die liberalen Bestrebungen der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 nicht mehr wie bisher als undeutsche Episode abzutun. Sie wurden nun als *ein* Faktor des politischen Lebens in die Kontinuität der deutschen Geschichte von 1806 bis 1918 integriert. Aus dieser neuen historischen Erkenntnis bildeten die gemäßigten Historiker eine neue Basis für ihren Anspruch, Erzieher der Nation zu sein <sup>32)</sup>.

Platons Ideal, daß die Philosophen (hier: die Historiker) auch die politischen Führer der Nation sein sollten, lehnten zwar die meisten Ge-

lehrten ab mit dem Hinweis auf die offensichtlichen Unterschiede zwischen dem Forscher und dem Politiker <sup>33)</sup>. Andererseits aber forderten sie immer wieder die Durchsetzung der gesamten Politik mit den Forschungsergebnissen der Geschichtswissenschaft. Ein Politiker, der stets den nationalen Interessen seines Staates zu dienen habe, sollte möglichst umfangreiche historische Kenntnisse besitzen, denn:

*„Geschichte erklärt uns die Gegenwart und liefert uns den Kompaß, nach dem wir den Weg in die Zukunft finden können. . . . Politische Bildung ist geschichtliche Bildung; ohne Kenntnis der neueren Geschichte kein politisches Urteil!“* <sup>34)</sup>

Auf die Problematik einer überwiegend auf die Vergangenheit bezogenen Politik wurde nur in seltenen Ausnahmen hingewiesen <sup>35)</sup>. In der hier behandelten Zeit war das Wort Schillers vom Historiker als dem „rückwärts-gewandten Propheten“ Allgemeingut geworden. Demnach sah man die Aufgabe der Geschichtswissenschaft darin,

*„aus aller Dunkelheit hinauszustreben und in hellere Tage hinauzuweisen, verstehend hineinzuleuchten in die Ursachen des Unglücks und der Nation das höchste Gut in solcher Lage zu geben: die Klarheit über sich selber.“* <sup>36)</sup>

Diesem von W. Goetz sehr vorsichtig formulierten Führungsanspruch stimmten alle Historiker zu — unabhängig von ihrer politischen Einstellung. Sie sahen darin nicht nur ihr Recht, sondern ihre nationale Pflicht, der auch ihre Geschichtsschreibung zu genügen hatte <sup>37)</sup>.

Deshalb gab es kaum einen Historiker, der sich nicht öffentlich zu politischen Fragen äußerte. Die Voraussetzung dafür schien ihnen gegeben in der Objektivität ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse, die besonders Goetz nicht nur forderte, sondern als ein erwiesenes

<sup>29)</sup> Diese für die Universitätspolitik äußerst interessanten Tatsachen konnten im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter untersucht werden; vgl. Anm. 25.

<sup>30)</sup> Vgl. Meinecke Nr. 6, S. 54; Goetz, Die deutsche Geschichtsschreibung des letzten Jahrhunderts und die Nation, in: Nr. 16.

<sup>31)</sup> Vgl. Below Nr. 20, vor allem S. 51 und 54.

<sup>32)</sup> Zur Kontinuität des Führungsanspruches vgl. Haller Nr. 10, S. 212: „... heute würde man vielleicht finden, daß man auch in der Demokratie ohne (Kenntnis der Geschichte — K.Th.) auskommen könne. Denn wozu sich mit Vergangenheit und Überlieferung plagen, wenn schließlich die Laune des Königs Demos, der von Geschichte nichts weiß und Überlieferungen nicht achtet, weil er selbst keine hat, ... für die wichtigsten Entschließungen den Ausschlag gibt?“ Haller zog aus dieser Auffassung allerdings nicht die Konsequenz, den Führungsanspruch preiszugeben, sondern forderte ihn in noch verstärktem Maße, um diese „Mißstände“ zu beseitigen.

<sup>33)</sup> Goetz Nr. 16, S. 104.

<sup>34)</sup> Haller Nr. 10, S. 205 und 209; vgl. ferner Below Nr. 11, S. 824 (1918); Fester Nr. 2, S. 3 (1918); Marcks Nr. 2, Vorwort (1925); Wahl Nr. 3, S. 19 (1921); Andreas Nr. 1, (1921); Meinecke Nr. 10, S. 164; Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 226 (Ende 1918); Goetz Nr. 16, S. 104 (1919); ebenda S. 415 (1924); Goetz Nr. 1, S. 11; Hobohm Nr. 2, S. 24 (ca. 20. Okt. 1918).

<sup>35)</sup> Z. B. Andreas Nr. 1, S. 43 (1921); ähnlich Goetz Nr. 16, S. 415 (1924).

<sup>36)</sup> Goetz Nr. 16, S. 416 (1924); vgl. ferner Lenz Nr. 1, S. 27 (1918); Below Nr. 20, S. 32 (1920); Haller Nr. 10, S. 380 u. S. 200 ff.; Schäfer Nr. 19, S. 151, 163 u. öfter; Hoetzsch Nr. 6, S. 491; Rothfels Nr. 2, S. 129 (März 1919); Quidde Nr. 3 u. Nr. 6; zu Delbrück vgl. Rassow Nr. 1, S. 29.

<sup>37)</sup> Herre Nr. 1, S. 543 (1917).

Faktum hinstellte<sup>38)</sup>, ohne auf die Schwierigkeit hinzuweisen, die sich notwendig aus der gleichzeitig betonten Verpflichtung gegenüber dem nationalen Staat ergab. Die Problematik dieser „Symbiose von Politik und Wissenschaft“<sup>39)</sup> sei im folgenden kurz skizziert an dem Streit zwischen dem Alldeutschen Georg v. Below und dem Liberalen Walter Goetz um die Stellung der deutschen Geschichtswissenschaft, der schlaglichtartig die wesentlichen Symptome der geistigen und politischen Situation deutscher Historiker während und nach dem Weltkrieg beleuchtet. In den Thesen von Goetz über die Aufgaben der Geschichtswissenschaft sah Below einen „merkwürdigen Irrtum über die Grenzen menschlicher Objektivität“ und wies demgegenüber hin auf die zeitgebundene, subjektive Grundlage historischer Erkenntnis<sup>40)</sup>. Jedoch polemisierte er nicht gegen Goetz, um mit der Widerlegung der Objektivität die Berechtigung des Führungsanspruches in Frage zu stellen. Er beabsichtigte vielmehr ausschließlich, die ihm suspekten, „unfruchtbare“ politische Tendenz in Goetz' Ausführungen bloßzulegen<sup>41)</sup>. Zweifellos hatte er Recht, wenn er auf einen Widerspruch bei Goetz hinwies, der es zwar ablehnte, „daß die Geschichtswissenschaft ‚die Nation politisch orientiere‘ . . ., ihr aber die Aufgabe zuspricht, das Volk von dem ‚Kultus der Macht‘, von der Wirkung ‚alldeutscher Äußerungen‘ zu befreien“<sup>42)</sup>. Below selbst aber unterlag einem ähnlichen Widerspruch. Auf der einen Seite betonte er die gegenwartsbedingte Subjektivität des Wissenschaftlers und sein Recht, „die historische Entwicklung auf ein bestimmtes nationales Ziel hin anzusehen“<sup>43)</sup>, auf der anderen Seite aber nahm er für sich persönlich in Anspruch, eine politische Auffassung zu besitzen, die sich aus seiner objektiven historischen Erkenntnis gebildet habe<sup>44)</sup>.

Beide Historiker glaubten, den weitaus größten Teil der deutschen Fachkollegen hinter sich zu haben<sup>45)</sup>; beide erhoben den Anspruch auf Erziehung der Nation und lehnten den des

Gegners ab; beide beriefen sich auf die Richtigkeit ihrer Forschungsergebnisse und warfen dem Gegner Voreingenommenheit und Zeitgebundenheit vor; beide lehnten Zukunftsprognosen als außerhalb des wissenschaftlichen Bereichs liegend ab<sup>46)</sup> und beriefen sich selbst darauf, daß ihre politischen Prognosen stets eingetroffen seien<sup>47)</sup>.

Diese literarische Fehde zwischen Below und Goetz charakterisiert anschaulich die geistige Situation der damaligen Historikerschaft. Erstens offenbarte sie die gemeinsame geistige Basis ihres Schaffens in der Historiographie wie in der Publizistik: die anerkannte, aber letztlich unreflektierte Symbiose von Politik und Geschichte. Zweitens dokumentierte sie das Selbstverständnis, demzufolge sie in zwei gegensätzliche politische Lager gespalten war<sup>48)</sup>. Drittens deckte sie auch Gegensätze und Widersprüche in den einzelnen historisch-politischen Denksystemen auf. Dieses offensichtliche Dilemma der Symbiose von Politik und Geschichte<sup>49)</sup> hat erstaunlicherweise keine systematische Untersuchung des Problems und keine grundlegende Revision weder des Anspruchs auf Objektivität noch des Anspruchs auf die ideologische Führung der Nation hervorgebracht. Auf diesem Hintergrund muß die Leidenschaftlichkeit der politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen von Historikern gesehen werden — eine Leidenschaftlichkeit, die vor schärfster Polemik und persönlichen Diffamierungen nicht zurückschreckte.

### 3. Politische Konsequenzen des Führungsanspruches

Mit Ausbruch des Weltkrieges war, wie erwähnt, schlagartig das politische Interesse der Historiker erwacht. Aufgrund ihrer beruflichen und sozialen Stellung gab es für sie mehrere Möglichkeiten, auf das politische Bewußtsein kleinerer oder größerer Gruppen der Bevölkerung einzuwirken: vom Katheder aus, in wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die der historischen Begründung staatspolitischer Interessen dienten, in der freien Publizistik, in Kundgebungen und Petitionen sowie im Bereich der praktischen Politik — und die Gelehrten bedienten sich ausgiebig all dieser

<sup>38)</sup> Goetz Nr. 16, S. 103 (1919).

<sup>39)</sup> Meinecke Nr. 8, S. 99.

<sup>40)</sup> Below Nr. 20, S. 28 (1920).

<sup>41)</sup> Ebd. S. 21.

<sup>42)</sup> Ebd. S. 32; vgl. dazu Meinecke Nr. 1, S. 223 (1916).

<sup>43)</sup> Below Nr. 20, S. 32; vgl. ders. Nr. 23, S. 13 (1922).

<sup>44)</sup> Below Nr. 29, S. 40 (1925); dazu ders. Nr. 20, S. 52.

<sup>45)</sup> Below Nr. 11, S. 813 (Dez. 1918); Goetz Nr. 16, S. 108 (1919); Goetz revidierte z. T. sein Urteil 1924 in Nr. 16, S. 416.

<sup>46)</sup> Below Nr. 20, S. 51, Anm. 1; er berief sich hier auf Goetz Nr. 16, S. 104.

<sup>47)</sup> Below Nr. 20, S. 52; vgl. unten Kap. V.

<sup>48)</sup> Vgl. unten S. 10 ff.

<sup>49)</sup> Vgl. dazu Gustav Wolf Nr. 1 (1918) und Rothfels Nr. 1 (1919).

Mittel, wenn auch mit jeweils unterschiedlicher Intensität<sup>50)</sup>.

Die politische Einflußnahme vom Katheder aus und durch wissenschaftliche Arbeiten ergab sich notwendig aus ihrem Selbstverständnis als national-politische Geschichtsforscher, die öffentliche Wirksamkeit aus ihrem Führungsanspruch<sup>51)</sup>. Bereits 1914 setzte ihre publizistische Tätigkeit ein, und die Flut ihrer Kriegsliteratur bis zum Ende des Krieges ist für heutige Forscher nahezu unüberschaubar<sup>52)</sup>. Unmittelbar nach dem Gesuch der deutschen Regierung um Waffenstillstand Anfang Oktober 1918 verhielten sich die Gelehrten etwas zurückhaltender — sowohl in der Zahl als auch im Ton ihrer Schriften. Kurz vor der November-Revolution sank die Zahl der Veröffentlichungen abermals, jedoch gegen Ende des Jahres 1918 setzte wiederum eine verstärkte publizistische Aktivität ein, die in den folgenden Monaten und Jahren wieder unübersehbare Ausmaße annahm<sup>53)</sup>.

Gemessen an dieser immensen Aktivität der Professoren war ihr Anteil an der Parteipolitik während des Krieges auffallend gering. Reine Parteipolitik hatte ihnen seit jeher als suspekt gegolten<sup>54)</sup>, denn „Parteiauffassung und wahre Bildung (sind) unversöhnliche Todfeinde“<sup>55)</sup>. Sie wollten vielmehr — aufgrund ihrer wissenschaftlichen Einsicht in die Erfordernisse des Staates — auf alle Parteien Einfluß gewinnen, um so der „Zusammenfassung der vaterländischen Kräfte“ zu dienen<sup>56)</sup>. Zu diesem Zweck bildeten sich „patriotische Propagandaverinigungen scheinbar überparteilicher Natur ... als Sammelpunkte der politischen Betätigung deutscher Hochschulleh-

rer<sup>57)</sup>. Von diesen Vereinen versprachen sie sich mehr Objektivität und eine größere Wirkung als von Parteien, die meist soziologisch, konfessionell oder wirtschaftlich an bestimmte Volksgruppen gebunden und außerdem dem Fraktionszwang unterworfen waren. Das politische Prinzip der Überparteilichkeit wurzelte also in zwei einander bedingenden Ursachen: in der Absicht, die gesamte Nation zu einem Staatsvolk zu erziehen, und in der tiefen Abneigung gegen die Einflußnahme der Parteien auf die Regierung, das heißt gegen Parlamentspolitik<sup>58)</sup>. Daß verfassungsmäßig das Parlament nur geringen Einfluß auf die Regierung hatte, könnte eine weitere Erklärung dafür sein, daß die Gelehrten aktive Parteipolitik ablehnten. Dies wurde aber nie ausgesprochen und wird aufgrund ihrer staatsideologischen Gesamtkonzeption<sup>59)</sup> nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben<sup>60)</sup>.

Da die rechtsstehenden Historiker dieses politische Programm stärker verfochten als die gemäßigten, war ihre Aktivität in derartigen Vereinen auch dementsprechend größer. Ein — vermutlich extremes — Beispiel lieferte der Mediävist Dietrich Schäfer: Er war, obwohl er die politische Beeinflußung eine „widerwärtige Aufgabe“ nannte<sup>61)</sup> und sich von der Parteipolitik abgestoßen fühlte<sup>62)</sup>, aktives Mitglied von ca. 20 verschiedenen Vereinen, die politisch meist auf der extremen Rechten angesiedelt waren<sup>63)</sup>. Auch seine Mitarbeit für die Deutschnationale Volkspartei seit 1919 betrachtete er nicht als Parteiarbeit<sup>64)</sup>. Schäfer — und mit ihm alle den Alldeutschen nahestehenden Historiker — identifizierte also das geforderte und behauptete objektive politische Urteil und die Überparteilichkeit mit den politischen Zielen der rechtsextremen Organisationen. Die Überparteilichkeit und ihre ideologische wie politische Begründung proklamierten auch die liberalen Historiker. Viele von ihnen waren Mitglieder ähnlicher Ver-

<sup>50)</sup> „Was sogenannte namhafte Historiker an naiver Oberflächlichkeit und tendenziöser Verzerrung zu leisten vermögen, wenn sie das Feld der politischen Tagesgeschichte betreten, dafür hat die Kriegszeit ganz erschreckende Beispiele gebracht. Der Kredit von Professoren und sonstigen Gelehrten in politischen Dingen ist in der Kriegszeit noch tiefer gesunken als unsere Valuta.“ So Innenminister Dr. David am 28. 7. 1919 vor der Nationalversammlung; zitiert nach Schäfer Nr. 8, S. 190 (1919).

<sup>51)</sup> Vgl. dazu Fester Nr. 2, S. 3; ferner Hoetzsch Nr. 6, S. 491 (1925); Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 226, dazu Rasso Nr. 1, S. 29; ferner Schäfer Nr. 11, S. 63; ders. Nr. 19, S. 151.

<sup>52)</sup> Vgl. dazu das Literaturverzeichnis bei Schwabe Nr. 1.

<sup>53)</sup> Das Literaturverzeichnis S. 54 ff. bietet nur eine Auswahl aus der Fülle der damaligen Veröffentlichungen.

<sup>54)</sup> Meinecke Nr. 7, S. 262 (1922); dazu Schwabe Nr. 1, S. 21.

<sup>55)</sup> Wahl Nr. 3, S. 16 (April 1921); vgl. oben Anm. Nr. 17.

<sup>56)</sup> Below Nr. 29, S. 42 (1925).

<sup>57)</sup> Schwabe Nr. 2, S. 601.

<sup>58)</sup> Vgl. unten S. 19 f.

<sup>59)</sup> Vgl. unten Teil III.

<sup>60)</sup> Vgl. dazu Becker Nr. 1, S. 108 (1921).

<sup>61)</sup> Schäfer Nr. 12, S. 3 (1919).

<sup>62)</sup> Zit. nach Vogel Nr. 1, S. 15 u. Jagow Nr. 1, S. 111; vgl. ferner Below Nr. 29, S. 42 (1925).

<sup>63)</sup> So gehörte Schäfer u. a. folgenden Verbänden als Mitglied an: Flottenverein, Deutsche Kolonial-Gesellschaft, Ev. Bund, Alldeutscher Verband, Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, Deutscher Ostmarkenverein, Gustav-Adolf-Verein, Deutscher Schulverein, Veteranen-Verein, Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden, Vaterlandspartei und zahlreiche andere historisch-geographische, touristische und gemeinnützige Vereine; vgl. Schäfer Nr. 19, S. 150.

<sup>64)</sup> Schäfer Nr. 19, S. 233.

bände, die jedoch weder in der Zahl noch in der Größe der Organisation noch in ihrer Wirksamkeit mit den konservativen zu messen waren<sup>65</sup>). Die Mittel ihrer propagandistischen Einflußnahme waren Vorträge, Flugblätter, Denkschriften und Eingaben an die Regierung<sup>66</sup>). Außerdem bemühten sie sich stets, den Kontakt zu den politisch entscheidenden Persönlichkeiten und Instanzen aufrechtzuerhalten: die Gemäßigten zu den Regierungskreisen, die Konservativen zur Obersten Heeresleitung und zu den Militärs.

Nach der November-Revolution von 1918 schlossen sich die meisten Historiker einer der neugegründeten bürgerlichen Parteien an<sup>67</sup>), ohne ihr Ziel aufzugeben, das ganze Volk zur Einheit zu erziehen. In der bis Herbst 1918 verfassungsmäßigen Unabhängigkeit der Regierung schien ihnen diese Einheit in gewissem Grade von oben gewährleistet<sup>68</sup>). Nach der neuen Verfassung von 1919 fiel ihrer An-

sicht nach die Aufgabe, „Zwingherr zur Einheit zu sein“<sup>69</sup>), ausschließlich den Parteien zu. Den Sinn ihrer Parteiarbeit sahen sie daher darin, die einzelnen sozialen, wirtschaftlichen oder konfessionellen Parteiinteressen möglichst zurückzudrängen um der „Zusammenfassung aller nationalen Kräfte“ willen. Nur so glaubten sie, das Deutsche Reich vor dem endgültigen Untergang retten zu können. Die rechtsstehenden Historiker suchten dieses Ziel zu erreichen durch verstärkte Propaganda für den „nationalen Gedanken“ und eine scharfe Polemik gegen die innen- und außenpolitischen Mißstände des neuen Staates. Die Gemäßigten hingegen, die meist der Demokratischen Partei angehörten oder ihr nahestanden, plädierten für eine Koalitionspolitik; denn nach ihrer Meinung würden nur in der Zusammenarbeit von rechts und links die einzelnen Parteiinteressen notgedrungen zurückgestellt<sup>70</sup>) und somit die „Volksgemeinschaft“, die „Diagonale der Kräfte“<sup>71</sup>), geschaffen.

## II. Die politischen Konzeptionen der Historiker während des Weltkrieges<sup>71a</sup>)

Das Wort des Kaisers bei Kriegsausbruch „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ und die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokraten verwirklichten für die Professoren das Ideal einer inneren Einheit des Deutschen Reiches. In außenpolitischen Fragen stimmten sie völlig darin überein, daß das erste und letzte Ziel deutscher Politik darin bestehen müsse, die deutsche Weltpolitik den anderen Staaten ge-

genüber durchzusetzen und zu behaupten. Bereits 1915 begann in der deutschen Öffentlichkeit, besonders innerhalb der Universitäten, die Einheit wieder brüchig zu werden, als die Frage auftauchte, auf welchem Wege das weltpolitische Ziel am schnellsten und sichersten erreicht werden könne. Die Rechtsorientierten stellten ein weitreichendes Kriegszielprogramm auf, die Mitte mahnte aus überwiegend pragmatischen Gründen zur Mäßigung. Im weiteren Verlauf des Krieges führten diese Divergenzen zu einer Spaltung der Professorenschaft in zwei einander auf schärfste bekämpfende politische Lager, die (nach der Terminologie der Konservativen) gekennzeichnet war durch die Schlagworte „Hindenburgfrieden = Siegfrieden = deutscher Frieden auf der

<sup>65</sup>) Zur politischen Wirksamkeit dieser Gruppen bemerkt Schwabe Nr. 2, S. 631: „Es bleibt eine offene Frage, ob die annexionistischen deutschen Professoren nicht doch ein feineres Ohr besaßen für die Macht irrationaler massenpsychologisch bedingter Stimmungen als ihre Gegenspieler, die Gemäßigten, die leicht dazu neigten, diese Faktoren zu unterschätzen oder doch praktisch ungenutzt zu lassen. Nicht ihnen, sondern den Annexionisten (Schäfer!) war es immerhin gelungen, eine ausgedehnte Organisation aufzuziehen, die Wegbereiterin der Vaterlandspartei wurde.“ Gemeint ist der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden“.

<sup>66</sup>) Zu dem neu auftretenden Phänomen der Massenpetitionen ist zu bemerken, daß die Professoren damit eindeutig die Regierungspolitik beeinflussen wollten, obwohl sie auf der anderen Seite gerade in der verfassungsmäßigen Unabhängigkeit der Exekutive von populären und parlamentarischen Einflüssen die Überlegenheit des deutschen Regierungssystems gegenüber den westlichen Demokratien sahen (vgl. Schwabe Nr. 1, S. 297). Erklärbar ist dieser offensichtliche Widerspruch wiederum nur mit dem Anspruch der Historiker auf „Objektivität“.

<sup>67</sup>) Zur Deutschnationalen Volkspartei gehörten u. a. Hoetzsch, Schäfer, Spahn, Hartung, Delbrück, Below, Kahrstedt; zur Deutschen Volkspartei Brackmann, Brandi, Schüßler, Vigener; zur Deutschen Demokratischen Partei Meinecke, Goetz Quidde, Bergsträsser, Mommsen.

<sup>68</sup>) Siehe S. 17 ff.

<sup>69</sup>) Sternfeld Nr. 3 (Juli 1919).

<sup>70</sup>) Siehe S. 17 ff.

<sup>71</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 211 (Nov. 1917).

<sup>71a</sup>) Vgl. Klaus Schwabe, Die deutschen Professoren und die politischen Grundfragen des ersten Weltkrieges, Diss., Freiburg 1958; ders., Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im ersten Weltkrieg, in: HZ 193 (1961) S. 601–634; Fritz Klein, in: Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft, Bd II, hrsg. v. J. Streisand, Berlin 1965.

einen Seite, Scheidemannfrieden = Verständigungsfrieden = Verzichtfrieden auf der anderen Seite. Den Anspruch, wahrhaft vaterländisch zu denken, machten sich beide Gruppen gegenseitig streitig; beide entnahmen ihre Argumente der Innen- wie der Außenpolitik, und beide operierten mit dem Begriff „Gesetz der Geschichte“, das sie allein erkannt zu haben glaubten <sup>72)</sup>.

## 1. Die Rechts-Konservativen

Unter den Historikern, die den konservativen Rechtsparteien nahestanden, waren die bedeutendsten: Dietrich Schäfer, Georg v. Below, Johannes Haller, Eduard Meyer, A. O. Meyer, Theodor Schiemann, Otto Hoetzsch, Karl Alexander von Müller, Richard Fester, Erich Brandenburg, Adalbert Wahl, Fritz Hartung, Felix Rachfahl, Martin Spahn, Max Lenz und Erich Marcks <sup>73)</sup>. Sie gehörten zumeist dem Alldeutschen Verband, dem „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden“ und ab 1917 der Vaterlandspartei an.

Die Professoren der Rechten betrachteten sich als die Vertreter aller der geistigen Mächte, „die dem volksbündlerischen Ideal (gemeint ist der von den Gemäßigten 1917 gegründete „Volksbund für Freiheit und Vaterland“) von *Verständigungswilligkeit, von Vertrauen zu den Feinden, von Gemeinschaft der Staaten, von weltbürgerlichem, weltfriedlichem Zusammenleben, von weltwirtschaftlicher Vertragsheiligkeit u. a. m. sich entgegenstellen, solange der Kampf währt*“ <sup>74)</sup>.

Ihr politisches Konzept lautete — knapp skizziert — folgendermaßen: Weltpolitik und Sicherung des Deutschen Reiches für die Zukunft seien nur gewährleistet durch weitgehende Kriegsziele, besonders in Europa; dabei divergierten die Auffassungen, ob der Osten oder der Westen entscheidender sei <sup>75)</sup>. Den Vorwurf, einen „Eroberungsfrieden“ anzustreben, lehnten sie jedoch aufs schärfste ab <sup>76)</sup>. Außenpolitisch verstanden sie unter „Sicherheit“ eine Machtstellung des Deutschen Reiches, die jeden eventuellen neuen Überfall der Entente-

Mächte von vornherein zum Scheitern verurteilen müsse <sup>77)</sup>. Außerdem sei nur ein derart starkes Reich in Zukunft wirklich bündnisfähig, da die anderen Staaten schon aus Eigenutz sich dem Starken anschließen würden <sup>78)</sup>. Mit dem „Sicherungs“-Begriff verband sich ein militantes deutsches Sendungsbewußtsein, das auf dem Glauben an die Überlegenheit deutschen Wesens, deutscher Kultur und deutscher Staatsauffassung gründete <sup>79)</sup>.

Für die Innenpolitik bedeutete ihrer Ansicht nach „Sicherheit“ die Garantie dafür, daß die innere Einheit des Volkes durch weltpolitische Aufgaben vollendet und aufrechterhalten werde. Für den Fall eines „Verzichtfriedens“ beschworen deshalb die Annexionisten die Gefahr einer Revolution der enttäuschten Massen <sup>80)</sup>. Reformen im Reich noch während des Krieges — Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und Änderung der Zusammensetzung des preußischen Herrenhauses — lehnten sie grundsätzlich ab <sup>81)</sup> mit der Begründung, man könne in diesen Notzeiten nicht mit Hilfe eines neuen Wahlrechts die Links- und Mittelparteien stärken und damit Deutschland den „Reichsfeinden“ ausliefern <sup>82)</sup>. Ferner widersprächen Reformen dem „ewigen Gesetz der Geschichte“, dem Primat der Außenpolitik <sup>83)</sup>; denn jede Reform zerstöre die innere Einheit, stärke damit den Kampfgeist der Feinde <sup>84)</sup> und gefährde so aufs äußerste den deutschen Sieg <sup>85)</sup>. So schrieb Schäfer noch 1926 im Rückblick auf die Osterbotschaft und die Reichstagsresolution von 1917 <sup>86)</sup>:

*„Während alle Sinne von Hoch und Nieder auf Krieg und Sieg hätten gerichtet werden sollen, wurde eine Verfassungsfrage in den Vordergrund geschoben, um dem Drängen einer Bevölkerungsschicht nachzugeben, die überhaupt nicht siegen wollte“* <sup>87)</sup>.

<sup>77)</sup> Marcks sprach von „deutscher Vormachtstellung in Mitteleuropa“, Haller von einer „Pax Germanica“, zit. nach Schwabe Nr. 1, S. 109; vgl. dazu Brandenburg Nr. 2, S. 480 u. 487 (April 1917); ders. Nr. 4, S. 13 (1917); dagegen Delbrück Nr. 5, S. 17 ff. (1920).

<sup>78)</sup> Schäfer Nr. 3, S. 407 (Febr. 1918); dazu Müller Nr. 3, S. 406 (Jan. 1918).

<sup>79)</sup> Schäfer Nr. 3, S. 379 (Febr. 1918); dazu Vogel Nr. 1, S. 15; vgl. ferner E. Meyer Nr. 1 (Juli 1918).

<sup>80)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 177 (März 1917); dazu Schwabe Nr. 2, S. 628.

<sup>81)</sup> Dazu Becker Nr. 1, S. 122 (1921).

<sup>82)</sup> Spahn Nr. 5 (20. Juli 1918); Schäfer Nr. 4 (Sept. 1918).

<sup>83)</sup> Siehe S. 13 ff.

<sup>84)</sup> Schäfer Nr. 12, S. 5 (1919).

<sup>85)</sup> Brandenburg Nr. 2, S. 487 (April 1917).

<sup>86)</sup> Schäfer Nr. 19, S. 217; ähnliche bereits in Nr. 2, S. 660/61 (März 1917).

<sup>87)</sup> Dazu Müller Nr. 3, S. 408 (Jan. 1918).

<sup>72)</sup> Siehe S. 13 ff.

<sup>73)</sup> Ferner: Kahrstedt, Rapp, Hasenclever, Brackmann, Sommerlad, Platzhoff, Hashagen, Stählin, W. Vogel, A. Meister, F. Finke; zu Lenz und Marcks: Zuordnung problematisch, sie standen aber den Annexionisten näher als den Gemäßigten, vgl. dazu Krill Nr. 1.

<sup>74)</sup> Below Nr. 11, S. 813 (1918); dazu Hartung Nr. 2, S. 75, Spalte 1 (Nov. 1917).

<sup>75)</sup> Schwabe Nr. 1, S. 84.

<sup>76)</sup> Schäfer Nr. 4 (19. Sept. 1918); Below Nr. 9 (Okt. 1918); vgl. dazu allein die alldeutschen Ansprüche auf Kriegsentschädigungen durch die Entente bei Brandenburg Nr. 4, S. 4/5 (1917).

Wäre der Krieg in treuem Ausharren zu Ende geführt worden, so hätte keine Macht der Welt dem Deutschen das allgemeine Wahlrecht in den Einzelstaaten, die es noch nicht hatten, vorenthalten können.“<sup>88)</sup>

In den Augen der Annexionisten waren daher die Reformisten und Anhänger eines Verständigungsfriedens Flaumacher, Defaitisten, politische Schwachköpfe<sup>89)</sup> und häufig sogar Vaterlandsverräter<sup>90)</sup>.

## 2. Die Gouvernamental-Liberalen

Zu den Anhängern der gemäßigten Richtung gehörten vor allem die Historiker Hans Delbrück, Otto Hintze, Friedrich Meinecke, Walter Goetz, Hermann Oncken, Ludwig Bergsträsser, Karl Brandt, Johannes Ziekursch, Siegmund Hellmann und Veit Valentin<sup>91)</sup>. Die meisten von ihnen schlossen sich 1917 in dem „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ zusammen. Das Bild, das die Annexionisten in ihren polemischen Schriften von ihnen entwarfen, war durchaus unzutreffend<sup>92)</sup>.

Die liberalen Historiker erstrebten zwar einen Verständigungsfrieden, keineswegs aber einen Verzichtsfrieden auf dem Status quo ante<sup>93)</sup>. Zu dieser letzten Konzession waren nur einige von ihnen gegen Kriegsende bereit<sup>94)</sup>. Ihre Kriegsziele lagen weniger in Europa, obwohl sie gewisse Gebietsabtretungen und Kriegsentschädigungen der Entente durchaus befürworteten<sup>95)</sup>, als vielmehr in Überseegebieten, besonders Afrika; denn „wir Deutsche dürfen uns nicht in Europa einsperren lassen“<sup>96)</sup>. Auf dem Kontinent forderten sie unter dem Einfluß von Friedrich Naumann ein in erster Linie wirtschaftlich geeintes Mitteleuropa. In einzelnen politischen, militärischen und territorialen Fragen dieses komplexen Planes differierten die Vorstellungen<sup>97)</sup>.

<sup>88)</sup> Dazu Below Nr. 2, S. 1416 (Nov. 1917); Schäfer Nr. 5 (1. April 1920).

<sup>89)</sup> Dazu Müller Nr. 3, S. 416 (Jan. 1918).

<sup>90)</sup> Schäfer Nr. 12, S. 40 (1919); dazu Kritik von Delbrück Nr. 4 Bd. 3, S. 44 ff.

<sup>91)</sup> Ferner: Rothfels, Hobohm, Mommsen, A. v. Hofmann, Max Lehmann.

<sup>92)</sup> Vgl. dagegen Below Nr. 17, S. 596 (1919), der zu Recht auf die Gemeinsamkeiten zwischen Gemäßigten wie Meinecke und den Annexionisten hinwies.

<sup>93)</sup> Dazu Dehio Nr. 3, S. 480.

<sup>94)</sup> Delbrück behauptete das 1918 von sich selbst, in: Nr. 3, S. 17, widerlegte sich aber in den folgenden Ausführungen selbst, s. S. 37.

<sup>95)</sup> Goetz Nr. 7, S. 457 (15. Juli 1918).

<sup>96)</sup> Hobohm Nr. 2, S. 20 (ca. 20. Okt. 1918); dazu Delbrück Nr. 3, S. 16/17 (1918), S. 4 ff.

<sup>97)</sup> Zu den Kriegszielen der Gemäßigten vgl. vor allem den von Goetz hrsg. Sammelband „Deutschland und der Friede“, erschienen Sept. 1918. Cha-

Diese „gemäßigten“ Kriegsziele glaubten sie durch eine Verständigung mit den Entente-Staaten erreichen zu können. Sie sollten die Grundlage einer deutschen Weltmachtstellung bilden, die die Historiker mit den Parolen „Entwicklungsfreiheit“ und „Platz an der Sonne“ forderten<sup>98)</sup>, und gleichzeitig das Gleichgewicht der Mächte wiederherstellen; dazu aber galt die „Gleichberechtigung“ Deutschlands als unerläßliche Voraussetzung<sup>99)</sup>. Nur auf dieser doppelten Basis sei das Deutsche Reich in Zukunft bündnisfähig<sup>100)</sup>. Auch die Liberalen propagierten eine deutsche Sendung in der Weltpolitik, wenn auch in milderer Form als die Alldeutschen<sup>101)</sup>. Die alldeutsche selbstmörderische Eroberungspolitik hingegen erzeuge nur neuen Haß und neue Kriege<sup>102)</sup> — das Beispiel Napoleons wurde oft angeführt<sup>103)</sup>.

Wie die Annexionisten so waren auch die Gouvernamental-Liberalen davon überzeugt, mit ihrem außenpolitischen Programm gleich-

rakteristikum des ganzen Buches ist eine scharfe Polemik gegen die Feinde, gegen die Deutschland sich mit allen Mitteln behaupten müsse. Die Schlußsätze nahezu aller Beiträge stehen in deutlicher Diskrepanz zu den vorherigen Ausführungen und sind etwa auf die stets gleichlautende Formel zu bringen: ‚Die Feinde fürchten und hassen Deutschland und kämpfen bis zum äußersten. Wir brauchen Weltmachtgeltung und kämpfen bis zum äußersten. Aber Verständigung wollen wir trotzdem, da die Gegner einsehen werden und müssen, daß sie Unrecht haben.‘ (vgl. besonders Goetz S. 456 ff.). Vgl. dazu die für die „gemäßigten“ Kriegsziele äußerst aufschlußreiche Broschüre „Wir brauchen Kolonien!“ von M. Hobohm (Nr. 2), geschrieben nach dem 20. Oktober 1918 und erschienen in einer von Delbrück und Goetz herausgegebenen Schriftenreihe.

<sup>98)</sup> Delbrück Nr. 4 Bd. 3, S. 179; ders. Nr. 3, S. 22 (1918); dazu Hartung Nr. 2, S. 75 Spalte 1 (Nov. 1917).

<sup>99)</sup> Delbrück Nr. 4 Bd. 3, S. 179 (1918); ebenso Brandenburg Nr. 2, S. 480 (April 1917).

<sup>100)</sup> Oncken Nr. 8 (1926).

<sup>101)</sup> Hobohm Nr. 2, S. 20 (ca. 20. Okt. 1918); dazu Hellmann Nr. 1, S. 29 (Febr. 1917): „Nach der Erschöpfung Frankreichs ist uns die stolze Pflicht zugefallen, allein die Errungenschaften Europas zu hüten, auch gegenüber dem nivellierenden und verflachenden Einfluß der Kultur Amerikas, die sich letzten Endes doch vielfach nur als Bastard der europäischen und als ein Stück Rebarbarisierung darstellt.“

<sup>102)</sup> Delbrück Nr. 5, S. 17/18 (1920); ders. Nr. 3, S. 18 (1918).

<sup>103)</sup> Zum Gegensatz zwischen Annexionisten und Gemäßigten vgl. Wolf Nr. 1 (1918) und Rothfels Nr. 1 (1919). Beide wiesen auf das auffallende Phänomen hin, daß Althistoriker und Mediävisten nahezu ausschließlich zum Annexionismus neigten, die Historiker der Neueren Geschichte durchweg zum Verständigungsfrieden. Eine Untersuchung dieses Zusammenhanges würde hier jedoch zu weit führen

zeitig die innere Einheit im Reich zu garantieren. Da die Massen des Volkes nur unter der Parole des Verteidigungskrieges mitgegangen waren<sup>104</sup>), dürfe diese Ausgangsposition nicht verlassen werden, sonst drohten eine tiefe Spaltung des Volkes und damit schwere Folgen für den weiteren Verlauf des Krieges<sup>105</sup>). Um die ständig gefährdete innere „nationale Einheitsfront“<sup>106</sup>) zu bewahren, bejahten sie die bereits 1914 von der Regierung angekündigte „Neuorientierung“, das heißt gewisse Konzessionen an die Reformbestrebungen der Sozialdemokratie. Je größer für das Volk die Belastungen durch den fortwährenden Krieg wurden und je stärker sich die Spannung zu den Konservativen abzeichnete, desto dringlicher forderten die Gemäßig-

ten die Demokratisierung Preußens einerseits als „Ventil“<sup>107</sup>) für den ungeheuren Druck, unter dem die Massen lebten, und andererseits als Ersatz für unerreichbare äußere Kriegsziele“<sup>108</sup>); sonst drohe eine Revolution<sup>109</sup>). Die Annexionisten erschienen ihnen deshalb als hypertrophe Machtpolitiker, Kriegsverlängerer<sup>110</sup>) und Zerstörer der inneren Volkseinheit<sup>111</sup>). Gegenüber diesen beiden politischen Gruppen der Historiker gab es nur eine Stimme, die jegliche Kriegsziele ablehnte und den Status quo ante 1914 forderte: die des Linksdemokraten und Pazifisten Ludwig Quidde. Er war ein „weißer Rabe“<sup>112</sup>) unter seinen Kollegen, die ihn seit seiner Satire über Wilhelm II. von 1896 systematisch boykottierten<sup>113</sup>).

### III. Staatsideologie als Grundlage politischer Urteilsbildung

Die zeitbedingten Diskussionen über Kriegsziele und Reformen traten naturgemäß gegen Kriegsende zurück<sup>114</sup>). Die einzelnen Argumente verschwanden jedoch nicht völlig aus der Publizistik, sondern tauchten wieder auf in zum Teil neuen, aber doch durchsichtigen Umschreibungen bei den Auseinandersetzungen mit den nunmehr aktuellen Fragen. Die innen- und außenpolitischen Vorstellungen der Historiker dürfen daher nicht isoliert gesehen werden als pragmatische Äußerungen zu jeweils tagespolitischen Fragen. Pragmatismus war ihrer Ansicht nach gerade das entscheidende Merkmal des Politikers im Gegensatz zum Historiker. Seine Aufgabe hingegen

sei es, Einzelfragen in die wissenschaftlich erforschte Entwicklung und Gesetzmäßigkeit der Geschichte einzuordnen und so der Tagespolitik die notwendige Basis zu liefern: die historische Legitimation<sup>115</sup>). Aus diesem Selbstverständnis der Historiker, das sich nach 1918 nicht gewandelt hatte, ergibt sich zwangsläufig die Frage, ob sie in einer politisch veränderten Situation die Grundlagen ihrer historisch-politischen Konzeptionen ändern wollten und konnten. Die negative Antwort liegt bereits in der Fragestellung. Deshalb ist es notwendig, ihre allgemeinen Vorstellungen von Staat, Nation, Volk, von Aufgaben und Sinn der Politik und vom „Gesetz der Geschichte“ zu untersuchen. Um die Kontinuität ihres Denkens zu veranschaulichen, werden im folgenden Zitate und Quellenverweise aus der Kriegs- und Nachkriegszeit angegeben.

#### 1. Der Primat der Außenpolitik

Der absolutistischen Formel „l'état c'est moi“ steht die demokratische Formel „der Staat sind wir“ gegenüber. Beide gehen auf die naturrechtliche Lehre vom Gesellschaftsvertrag zurück. Die Macht wird im ersten Fall vollständig und zeitlich unbegrenzt an den Herrscher

<sup>104</sup>) Meinecke Nr. 8, S. 208/9 (1928).

<sup>105</sup>) Hobohm Nr. 2, S. 7 (20. Okt. 1918); Becker Nr. 1, S. 58 (1921).

<sup>106</sup>) Meinecke Nr. 8, S. 208 (1928); dazu Goetz Nr. 8, S. 619/20 (Juli 1918).

<sup>107</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 220.

<sup>108</sup>) Schwabe Nr. 1, S. 302.

<sup>109</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 175 (März 1917); ders. Nr. 19, S. 223.

<sup>110</sup>) Delbrück Nr. 3, S. 5 (1918).

<sup>111</sup>) Vgl. dazu Meinecke Nr. 10, S. 251 (7. Sept. 1918): „Die Vaterlandspartei entstand, eine Spottgeburt aus falsch verstandenem Interessenegoismus und falsch verstandenem Idealismus, einer der größten Gimpelfänge der deutschen Parteigeschichte, eine der typischen Kinderkrankheiten im politischen Denken und Wollen, in die das deutsche Bürgertum immer wieder verfallen ist ... (sie) muß dem realpolitisch Denkenden als Donquichotterie erscheinen.“ Ähnlich Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 42 u. 45. Vgl. ferner Meinecke Nr. 10, S. 197 (Sept. 1917): „... denn die glühende Entschlossenheit, das Äußerste daran zu setzen, um Bestand, Ehre und Sicherheit unseres Vaterlandes unversehrt zu behaupten, kann und sollte auch aus anderen und reineren Quellen fließen“. Dazu Schäfers Kritik Nr. 19, S. 151 (1926).

<sup>112</sup>) So nannte K. A. v. Müller Quidde einmal, allerdings in anderem Zusammenhang: in Nr. 17, S. 285.

<sup>113</sup>) Quidde Nr. 5.

<sup>114</sup>) Das bedeutete aber keineswegs immer Preisgabe der früheren Kriegsziele; vgl. Below Nr. 17, S. 599 (Sept. 1919). Dazu Below Nr. 9 (Okt. 1918): „Die ... deutschen positiven Kriegsziele sind so fest in den Dingen selbst begründet, daß sie stets politische Richtlinien sein werden.“

<sup>115</sup>) Siehe oben S. 6 ff.

delegiert, im zweiten Fall bleibt sie uneingeschränkt und unveräußerlich; der Herrscher wird auf Zeit mit den Regierungsgeschäften betraut und kann bei Mißbrauch der Macht abberufen werden. Aus dem Absolutismus im Staate hatte sich im 18. Jahrhundert der aufgeklärte Absolutismus des Staates entwickelt. Diese Staatsauffassung nun war in wesentlichen Punkten charakteristisch für die deutschen Professoren um 1918, für die Liberalen ebenso wie für die Konservativen.

*„Man respektiert auch an ihnen (Staat und Nation — K. Th.) Eigenwert und Ursprünglichkeit. Man hält also den Staat nicht für eine Schöpfung willkürlich zwecksetzender Individuen, sondern für eine geschichtliche, organische Notwendigkeit, die uns im eigenen Staate ganz individuell, unnachahmlich und unersetzlich entgegentritt und unser Verständnis, unsere Liebe, unseren hingebenden Dienst verlangt, damit er leben könne, so wie wir selbst wollen, daß er lebe.“* <sup>116)</sup>

Dieser Satz Friedrich Meineckes aus dem Jahre 1917 ist so symptomatisch für die Staatsideologie seiner Zeit, daß er hier in einzelne Thesen aufgeschlüsselt werden soll.

1. Der Staat ist nicht das Produkt eines zweckgerichteten Vertrages, wird also nicht durch die Lehre von der Volkssouveränität definiert <sup>117)</sup>. Noch 1922 kritisierte Meinecke eine „utilitarisch-technische Auffassung des Staatlebens“ <sup>118)</sup>.

2. Der Staat besitzt selbst „Ursprünglichkeit“, erhält also seine Existenz nicht — in einer wie auch immer gearteten Weise — vom Volke.

3. Die äußere Form des Staates wird nicht aktiv vom Volk bestimmt, sondern nur indirekt vom „Volkstum“ geprägt („im eigenen Staate individuell entgegentritt“) <sup>119)</sup>.

4. Demnach ist es unmöglich, daß der Staat Verfassungsformen anderer Völker nach Belieben übernimmt <sup>120)</sup>. Das bedeutet, dieses

<sup>116)</sup> Meinecke Nr. 2, S. 27 (1917).

<sup>117)</sup> Auffallend ist, daß in dem gesamten dieser Arbeit zugrunde liegenden Material der Begriff „Volkssouveränität“ überhaupt nur zwei- oder dreimal auftaucht, und auch da mehr als Schlagwort denn als Definition der neuen demokratischen Staatsgrundlage.

<sup>118)</sup> Meinecke Nr. 7, S. 278 (1922).

<sup>119)</sup> Vgl. Oncken Nr. 4, S. 13 (5. Okt. 1918), der sich auf Ranke berief; dazu Haller Nr. 10, S. 399/400.

<sup>120)</sup> Dazu Haller Nr. 10, S. 415: „Eine Staatsverfassung ist mehr als ein Kleidungsstück, sie sollte wenigstens mehr sein, sollte aus dem Lebensgesetz des Organismus hervorgehen als formaler Ausdruck innersten Wesens.“ Vgl. ferner Meinecke Nr. 10, S. 173; Hoetzsch Nr. 6, S. 490 u. 492 (1925); Schäfer Nr. 6, S. 98 (1919); Brandenburg Nr. 2, S. 484 (1917).

Staatsdenken enthält ein statisches Moment gegenüber der dynamischen Staatsauffassung der naturrechtlich-demokratischen Lehre, nach der jedes Volk in freier Entscheidung sich seine Verfassung wählt, entsprechend der jeweiligen besonderen geschichtlichen Situation <sup>121)</sup>.

5. Der Staat ist eine objektive, überindividuelle Macht <sup>122)</sup>, ist selbst eine Art Individuum mit „Eigenwert“ <sup>123)</sup>, dem der einzelne zu dienen hat <sup>124)</sup>. Hieraus erklärt sich u. a. der Begriff der „Staatsraison“ sowie die Vorstellung von „staatstragenden“ Volksschichten <sup>125)</sup>.

Indem die Historiker den Staat derart verabsolutierten, entzogen sie ihn einer rationalen, juristischen Definition, die sie durch eine mythologisierende Betrachtungsweise ersetzen in der der Staat als Individuum mit Eigenleben und einer Seele (v. Müller, 1921) erschien, das ähnlichen Gesetzen unterworfen war, wie alles Naturhafte. Auch die innere Struktur des Staates versuchte man mit Hilfe einer weniger analysierenden als beschreibenden Organismus-Metaphorik zu klären. Der Glaube an eine gottgewollte hierarchische Ordnung des Staatswesens wurde säkularisiert zu der Überzeugung, daß die soziale Schichtung eine Art Natur- und Lebensgesetz bedeute, wie es die altrömische Fabel vom Bauch und den Gliedern darzustellen suchte. Große soziale Veränderungen mußten demnach die Relationen zwischen den einzelnen Gruppen und ihren Aufgaben verschieben und damit das empfindliche Gleichgewicht der Kräfte und Funktionen im Staatsorganismus gefährden, wenn nicht gar zerstören.

Um dem Lebensgesetz dieses organischen Staatsindividuum Rechnung zu tragen, gab es zwei Wege: Der historischen Entwicklung zu einer Umstrukturierung des Staates wollten die gemäßigten Historiker mit dem Versuch begegnen, ihr die revolutionäre Spitze abzubreaken mittels einer staatlich gelenkten Integration in die bestehenden „objektiv guten“

<sup>121)</sup> Zur Ablehnung der „undeutschen“ westlichen Demokratien s. unten, S. 18 ff. Zu den in der Geschichte der Staaten wechselnden Verfassungsformen bemerkte Meinecke 1916 (Nr. 8, S. 197), sie seien „verschiedene Waffen, die der Geist der Nation je nach dem Kampfplatz und der Fähigkeit der Kämpfenden . . . in die Hand nimmt . . .“.

<sup>122)</sup> Dazu Meinecke Nr. 10, S. 88 (1914).

<sup>123)</sup> Für Müller Nr. 11, S. 231 (1921) hat der Staat auch eine eigene „Seele“.

<sup>124)</sup> Dazu Haller: „Der Staat fordert die volle, restlose, blinde Hingabe des eigenen Ichs“; zitiert nach Schwabe Nr. 1, S. 63.

<sup>125)</sup> Dazu Meinecke Nr. 10, S. 152; Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 97.

Verhältnisse. Diesen Prozeß sollten einige politische Konzessionen erleichtern. Die rechtsstehenden Historiker hingegen forderten einen verschärften Kampf gegen die drohenden Gefahren; denn die neuen politischen Strömungen würden sich nicht durch Konzessionen, sondern allein durch den Druck von oben in das bestehende Staatsgefüge einordnen<sup>126)</sup>.

Nahezu alle Historiker beriefen sich zur Begründung ihrer Ideologie auf Ranke<sup>127)</sup>, dessen Staatstheorien sie nicht als „ethische Forderung“<sup>128)</sup>, sondern als „sachlich-biologische Feststellung“<sup>129)</sup> ansahen. Nach Ranke waren die Staaten in Krisensituationen entstanden durch den Druck von außen auf eine bis dahin nur locker organisierte Volksgemeinschaft. So erschien der Staat — in Fortführung Ranke-scher Ideen — als „Legalisierung der Kriegsformation“, deren Auflösung automatisch den Untergang des Staates bedeuten müsse<sup>130)</sup>; denn nach Ranke kann ein Staat nur durch die Mittel erhalten werden, durch die er entstanden ist, also durch Druck und Gegendruck an seinen Grenzen. Darin liege das „geschichtliche Recht des Krieges“<sup>131)</sup>.

*„Die ‚Gemeinschaft der Anstrengungen‘ (Ranke), nach außen hin betätigt, bewährt in der Geschichte aller Zeiten ihre staatenbildende Kraft.“*<sup>132)</sup>

Da die Historiker der Entstehung des Staates einzig die Außenpolitik zugrunde legten und gleichzeitig Außenpolitik mit Machtpolitik identifizierten<sup>133)</sup>, glaubten sie die einzig mögliche Definition für den Staat gefunden zu haben in der Formel „Staat ist Macht“<sup>134)</sup>. Dabei

<sup>126)</sup> Zum Organismusbegriff vgl. unten Wachstumstheorie.

<sup>127)</sup> Meinecke Nr. 9, S. 155 ff.; Rothfels Nr. 2, S. 128; Oncken Nr. 4, S. 3 ff.; Herre Nr. 4; zur Ranke-Renaissance in Deutschland vgl. vor allem Krill Nr. 1 u. H. Schleier in: Streisand Nr. 1, S. 99 ff.

<sup>128)</sup> Oncken Nr. 4, S. 16 (5. Okt. 1918); ebenso Rothfels Nr. 2, S. 128 (März 1919).

<sup>129)</sup> Rothfels Nr. 2, S. 128; ähnlich Oncken Nr. 4, S. 16.

<sup>130)</sup> Collischonn Nr. 1, S. 673; dazu Marcks Nr. 2, S. 144 (1924), der als Beweis für diese These den Winter 1918/19 angibt. Collischonn wurde in „Deutschlands Erneuerung“ als Professor der Geschichte bezeichnet; nähere Angaben über ihn waren nicht zu ermitteln. Seine Bemerkungen seien hier trotzdem angeführt, da er in seinem Aufsatz komprimiert und pointiert alle die Thesen über das Wesen des Staates darlegte, die in den Schriften der anderen Historiker mehr beiläufig als bekannte Voraussetzungen eingestreut waren.

<sup>131)</sup> Goetz Nr. 1, S. 1 (1916).

<sup>132)</sup> Oncken Nr. 4, S. 11 (5. Okt. 1918).

<sup>133)</sup> Marcks Nr. 1, S. 410 (1911); dazu Schwabe Nr. 1, S. 94.

<sup>134)</sup> Dazu Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 179; Becker Nr. 1, S. 137 (1921); Schäfer Nr. 18, S. 5 (1922); dazu Schwabe Nr. 1, S. 94.

galt Macht nicht als ein „nüchtern zu behandelndes Instrument“, sondern als „blind verehrter Gemüts- und Herzenswert“<sup>135)</sup>. So schrieb Meinecke Anfang August 1914:

*„Dem Wesen des großen Staates immanent ist das, was Bismarck seine einzige gesunde Grundlage nannte, der staatliche Egoismus, das Streben nach unbedingter Selbstbestimmung, nach Geltendmachung seiner Interessen durch alle Machtmittel, über die er verfügt.“*<sup>136)</sup>

Der Primat der Außenpolitik wurde also nicht gefordert oder abgelehnt entsprechend der jeweiligen politischen Situation, sondern er erschien als entscheidendes Konstituens des Staates „naturrechtlich, schlechthin, unwillkürlich und zwangsläufig“<sup>137)</sup>.

Mit dem Machtstaatsgedanken verbanden die Gelehrten die aus dem Organismusbegriff resultierende<sup>138)</sup> Wachstumstheorie, nach der jedem Staat der Trieb immanent ist, seine Macht ständig zu steigern, anderen Staaten gegenüber durchzusetzen und so die größtmögliche Autarkie zu erreichen<sup>139)</sup>. Als Beweis zitierten sie wiederum Ranke: „Das Maß seiner Unabhängigkeit gibt einem Staate seine Stellung in der Welt.“<sup>140)</sup> In der Macht- und Wachstumstheorie galt der Staat als Individuum, dem das Naturgesetz „Dasein ist Kampf“<sup>141)</sup>, das darwinistische Selektionsprinzip, als Ultima ratio<sup>142)</sup> die sittliche und ethische Forderung nach Kampf mit allen Mitteln stellte<sup>143)</sup>. Für die Art, in der deutsche Pro-

<sup>135)</sup> Meinecke Nr. 7, S. 283; dazu Schwabe Nr. 1, S. 98.

<sup>136)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 80 u. S. 195 (Sept. 1917); dazu ders. Nr. 11, S. 19 ff.; ferner Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 179; Hellmann Nr. 2, S. 25 (Dez. 1918); Brandenburg Nr. 2, S. 477 (April 1917); Schäfer Nr. 12, S. 13: „Ohne Gewalt kein Staat!“

<sup>137)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 215 (1917); dazu Oncken Nr. 4, S. 12: „Das Wesen des Staates beruht in seinem Gegensatz zu anderen Staaten.“ Dazu Lenz Nr. 3, S. 98; Marcks Nr. 6, S. 152 (1924); Schäfer Nr. 6, S. 93 (1919); Hellmann Nr. 4, S. 3 (1921).

<sup>138)</sup> Siehe oben.

<sup>139)</sup> Spahn Nr. 2, S. 370 (Jan. 1918); dazu Lenz Nr. 3, S. 247 (1920): „... so daß also jede Machtform (geprägte Form, die lebend sich entwickelt) ihrer Idee nach von dem Moment ab, wo sie ins Leben tritt, die universale Herrschaft anstrebt: es liegt nicht in ihrer Natur, sich selbst zu beschränken, die Grenzen müssen ihr gesetzt werden“. Ebenso Hellmann Nr. 4, S. 3, (1921); Spahn Nr. 4, S. 7 ff. (April 1918); Haller Nr. 1, S. 100 (1916); Hartung Nr. 2, S. 75 Spalte 1 (Nov. 1917); weitere Quellenangaben Schwabe Nr. 1, S. 99.

<sup>140)</sup> Oncken Nr. 4, S. 15 (5. Okt. 1918); Herre Nr. 4 (Juli 1918).

<sup>141)</sup> Haller Nr. 11, S. 192; Lenz Nr. 3, S. 251; Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 179; dazu Schwabe Nr. 1, S. 86.

<sup>142)</sup> Spahn Nr. 6 (Juli 1918).

<sup>143)</sup> E. Meyer Nr. 2, S. 436/7 (Febr. 1918); dazu Haller Nr. 2, S. 496 (1917); Oncken Nr. 4, S. 12; ders. Nr. 2, S. 488.

fessoren den Weltkrieg rechtfertigten und verherrlichten, gibt Schwabe in seiner Untersuchung eine ganze Reihe charakteristischer Beispiele<sup>144)</sup>. Mit solchen Ideen standen die deutschen Historiker in der deutschen Gesellschaft natürlich nicht allein da, wie das kürzlich neuentdeckte Beispiel des einflußreichen Kurt Riezler unmittelbar vor 1914 beweist.

Eine derart ausschließliche Definition des Staates durch die Außenpolitik ließ in der Ideologie nur wenig Raum für andere mögliche staatenbildende Kräfte wie Sprach- und Kultureinheit oder soziale und wirtschaftliche Verhältnisse. Die Gelehrten leugneten diese innenpolitische Kräfte keineswegs, billigten ihnen aber nur attributiven Charakter zu und suchten sie in die Machtstaatstheorie zu integrieren als Funktion der Außenpolitik<sup>145)</sup>.

*„Die Dynamik des außenpolitischen Geschehens ist so durchgreifend, die Forderung der Selbsterhaltung von so zwingender Natur, daß die innerpolitische Organisation nach dem äußeren Lebensgebot hin orientiert sein muß.“*<sup>146)</sup>

Da der Staat im Wandel der Geschichte verschiedene Mittel anwenden muß, um seine außenpolitischen Ziele durchzusetzen, muß er auch dafür sorgen, daß die innerpolitischen Ordnungen in einem adäquaten Verhältnis zu diesen Zielen stehen, um der Macht nach außen eine tragfähige Basis im Innern zu schaffen<sup>147)</sup>. Im Zeitalter der Weltpolitik und der Kriege mit Massenheeren hieß die Aufgabe des Staates demnach, „alle inneren Kräfte der Deutschen auf die Macht nach außen zu konzentrieren“<sup>148)</sup>, das heißt, die Massen zur Anerkennung des Staates und seiner Machtpolitik und damit zum „staatstragenden“ Volk zu erziehen<sup>149)</sup>. Das ideale Erziehungsmittel sa-

hen die Professoren in der staatlich geförderten Sozialpolitik<sup>150)</sup>, die die Massen notwendig davon überzeugen müsse, daß die Wahrung ihrer Lebensinteressen aufs engste an den bestehenden Staat gebunden sei<sup>151)</sup>. Unter diesem Aspekt sprach Hermann Oncken von einem Wechselverhältnis zwischen innerer und äußerer Politik<sup>152)</sup>, ebenso sein politischer Gegner Erich Brandenburg, denn „die staatliche Machtstellung (ist) die Bedingung der inneren Freiheit und der wirtschaftlichen Wohlfahrt“<sup>153)</sup>. Als die Massen während des Krieges auch eine verfassungsrechtliche Änderung ihrer Stellung im Staat forderten, glaubten die gemäßigten Historiker dem Primat der Außenpolitik am ehesten Rechnung zu tragen, wenn sie einige Konzessionen befürworteten, um die für die Macht- und Kriegspolitik notwendige „innere Kohärenz von Staat und Volk“<sup>154)</sup> aus „Staatsethik“ aufrechtzuerhalten<sup>155)</sup>. Die Rechtsstehenden verstanden hingegen unter Primat der Außenpolitik jegliche Ausschaltung innerpolitischer Tendenzen für die Dauer des Krieges<sup>156)</sup>; denn „die innere Politik trennt, die äußere einigt.“<sup>157)</sup>

Die hier nur in den Grundzügen skizzierte Staatsauffassung vertraten alle Historiker gemeinsam. Das trennende Moment zwischen den beiden politischen Gruppen war nicht prinzipieller Natur, sondern bestand in einer unterschiedlichen Akzentuierung einzelner Begriffe und Axiome wie „Macht“ und „Primat der Außenpolitik“. Die Rechtsgerichteten stellten sie unter das Prinzip der Ausschließlichkeit, das die Gemäßigten nicht voll akzeptieren konnten, da sie in „Geist“, „Recht“, „Kultur“ ebenfalls wirksame Kräfte sahen, die den

<sup>144)</sup> Dazu Meinecke Nr. 9, S. 244; Marcks Nr. 2, S. 146 (1924).

<sup>145)</sup> Dazu E. Meyer Nr. 2, S. 441 (Febr. 1918); Hartung Nr. 6, S. 115 (Dez. 1918); ders. Nr. 13, S. 278/9; ders. Nr. 14 (Nov. 1919); Schäfer Nr. 17, S. 603 (1920).

<sup>146)</sup> Oncken Nr. 4, S. 16 (5. Okt. 1918).

<sup>147)</sup> Brandenburg Nr. 2, S. 477 (April 1917).

<sup>148)</sup> Dazu Meinecke Nr. 10, S. 225 (Febr. 1918): „Die Wahlreform ist eben in der heutigen Lage für uns Mittelparteiler nichts anderes als ein unentbehrliches und großes Mittel der Macht, um Staat und Vaterland in den Stürmen des Weltkrieges und den auf ihn wahrscheinlich folgenden Zeiten latenter Bedrohung und Gefährdung so stark und verteidigungsfähig wie möglich zu erhalten... Auch wir treiben Machtpolitik, nur nach anderen und besseren Rezepten, als die Vaterlandspartei.“ Dazu Oncken Nr. 2, S. 487 (Juni 1918).

<sup>149)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 161 (Dez. 1916).

<sup>150)</sup> Vgl. dagegen Hartung Nr. 3, S. 261 (Febr. 1918) und Nr. 5, S. 420 (Juni 1918), der durch eine zu straffe Haltung in innenpolitischen Fragen eine Gefährdung des konservativen Gedankens sah und einen „konservativen Fortschritt“ propagierte.

<sup>151)</sup> Collischonn Nr. 1, S. 669.

<sup>144)</sup> Schwabe Nr. 1, S. 41; vgl. ferner Klein Nr. 1; Stern Nr. 1.

<sup>145)</sup> Schäfer Nr. 12, S. 43 (1919); Marcks Nr. 2, S. 117 (1924); Müller Nr. 3, S. 403 (Jan. 1918).

<sup>146)</sup> Rothfels Nr. 2, S. 128 (März 1919); vgl. dazu die Äußerung des rechtsradikalen Collischonn Nr. 1, S. 672 (1920): „Die innere Politik (darf) nichts als die bescheidene Magd der äußeren sein, die ihr lediglich die Mittel für ihren königlichen Beruf zu schaffen hat.“ Dazu Oncken Nr. 4; ders. Nr. 5, S. 4 ff.; Wahl Nr. 3, S. 19 (1921); Becker Nr. 1, S. 137 (1921); Herre Nr. 4 (1918); Hoetzsch Nr. 6, S. 491 (1925); Meinecke Nr. 8, S. 167 (1916).

<sup>147)</sup> Vgl. dazu Meinecke Nr. 10, S. 148 (1916).

<sup>148)</sup> Oncken Nr. 4, S. 22 (5. Okt. 1918); dazu Meinecke Nr. 10, S. 209 (1917); dazu Schwabe Nr. 1, S. 26.

<sup>149)</sup> Vgl. Oncken Nr. 4, S. 36 ff. (5. Okt. 1918); dazu Brandenburg Nr. 8, S. 262 (1921): Der altpreussisch-militaristische Geist „verlangte Gehorsam und Unterordnung, während die zum Selbstbewußtsein erwachten Volksmassen forderten, daß man mit ihnen verhandele, sie überzeuge von der Notwendigkeit dessen, was von oben befohlen ward.“

engen, verabsolutierten Machtbegriff erweiterten und ethisch überhöhten<sup>158)</sup>.

Während sie zu Anfang des Krieges ihre Differenzen nicht als trennend empfanden und stets auf die Gemeinsamkeiten hinwiesen, sahen sich gegen Ende des Krieges die Gemäßigten zu einer Abwehr gezwungen gegen die immer schärfere Überbetonung des Machtgedankens auf der politischen Rechten. Sie konnten und wollten selbst keine Alternative dazu liefern, sondern eben nur „mäßigend“ wirken. Nach der Niederlage und dem Zusammenbruch der alten Gewalten vollzogen sie keineswegs einen Gesinnungswechsel, wie ihre Gegner ihnen vorwarfen<sup>159)</sup>, sondern sie modifizierten teilweise ihre Begriffe von Staat und Macht und suchten sie den neuen politischen Realitäten anzupassen, während die Rechtstehenden nun mehr denn je auf ihrem Urteil beharrten und mit allen propagandistischen Mitteln nachdrücklich dafür eintraten.

## 2. Der „Deutsche Staatsbegriff“

Die Theorie vom Staat als „organisierte Macht“ verbanden die Gelehrten mit einer spezifisch deutschen Auffassung vom Wesen des Staates, deren Wurzeln sie im germanischen, deutschen und preußischen Charakter des Volkes suchten und ihn bewußt der westlich-demokratischen Staatsideologie gegenüberstellten.

Mit den eng ineinandergreifenden Begriffen Staat, Nation und Volk wird ein Fragenkomplex angeschnitten, der hier nicht im einzelnen erörtert werden kann; es sei nur auf einige Vorstellungen hingewiesen, die ungeachtet ihrer Verschwommenheit politisch relevant waren.

Während sich aus den Schriften der Historiker eine verhältnismäßig systematische Klärung des Staatsbegriffs herauskristallisieren läßt, erweist sich eine ähnliche Untersuchung für die Begriffe Nation, Kultur und Volk und ihrer Beziehungen zum Staat als aussichtslos gegenüber der Vielfalt der Pseudodefinitionen. Bewußt national dachten alle Historiker, wie sie stets betonten. Unklar aber blieb, was der „nationale Geist“ sei<sup>160)</sup>, ob er Ursache der Staa-

tenbildung war oder deren Ergebnis<sup>161)</sup>, ob er sich nur auf das Bestehende oder den Staat an sich bezog<sup>162)</sup>, ferner ob er notwendige Ausgangsbasis für eine Kultureinheit bildete oder erst aus ihr entstand<sup>163)</sup>. Einerseits betonte man, Kultur und Nation könnten nur am Leben erhalten und weiterentwickelt werden im Schutze eines mächtigen Staates<sup>164)</sup>, andererseits aber bestand man besonders nach dem Krieg auf dem Unterschied zwischen der deutschen Staatsnation (dem Reich) und der Kultur-nation, zu der u. a. die Ostgebiete, Elsaß-Lothringen und Österreich gehörten<sup>165)</sup>. Nimmt man den Begriff „Volk“ noch hinzu, wird das Geflecht von ineinandergreifenden und einander widersprechenden Erklärungen noch undurchdringlicher. Ein „Volk“ galt als „Nation“ erst, wenn es den Staat bejahte und ihm diente; dem stand der Satz gegenüber von den „zwei Nationen im Staat“, mit denen das staatstragende konservative Bürgertum und die staatsverneinenden sozialdemokratischen Arbeitermassen gemeint waren, die wiederum an anderer Stelle als „aus dem Volkstum und Staat herausgesprengt“ bezeichnet wurden<sup>165a)</sup>.

Um die spezifisch deutsche Staatsauffassung darzulegen, muß hier trotz der skizzierten Schwierigkeit die Vorstellung von „Volk“ näher untersucht werden:

Die Begriffe „Volkstum“, „Volkskörper“, „Volkscharakter“, „Wille des Volkes“, „Volksgemeinschaft“, „Volksstaat“, „Staatsvolk“ tauchten in der Publizistik der Kriegs- und Nachkriegszeit unzählige Male auf<sup>166)</sup>. Je nach dem Kontext verneinten oder bejahten die Historiker eine Definition von „Volk“ und „Nation“ durch die Rasse<sup>167)</sup> (vgl. Gegensatz romanisch-germanisches Wesen), durch das Ge-

---

Objektivität gegenüber der Welt, Anerkennung der geschichtlichen Relativität aller Dinge.“ Vgl. ferner Schäfer Nr. 12, S. 43 (1919); Hoetzsch Nr. 2, S. 132/33 (Febr. 1919); Hartung Nr. 13, S. 278/9; Meinecke Nr. 8, S. 165 (1916).

<sup>161)</sup> Dazu Lenz Nr. 1, S. 5; Hartung Nr. 14 (Nov. 1919); Haller Nr. 9, S. 10 ff. (1926); Collischonn Nr. 1, S. 745.

<sup>162)</sup> Goetz Nr. 16, S. 417 (1924); dagegen Goetz Nr. 8, S. 623 (Juli 1918).

<sup>163)</sup> Dazu Hellmann Nr. 4, S. 30 (1921); Collischonn Nr. 1, S. 748; Goetz Nr. 1, S. 44 (1916).

<sup>164)</sup> Dazu Meinecke Nr. 8, S. 165 (1916); Hartung Nr. 13, S. 278/9 (1919).

<sup>165)</sup> Vgl. vor allem Oncken Nr. 6 (1922); Müller Nr. 17, S. 280 (14. Nov. 1918).

<sup>165a)</sup> Müller Nr. 14, S. 53 (1923).

<sup>166)</sup> Goetz Nr. 2 (1917) und Nr. 10 (1919); Goetz setzte sich mit den Begriffen zwar im Ansatz kritisch auseinander, erlag aber schließlich doch der den Begriffen immanenten Irrationalität.

<sup>167)</sup> Dazu Becker Nr. 1, S. 4 (1921); Collischonn Nr. 1, S. 671; Müller Nr. 4, S. 66 (April 1918).

<sup>158)</sup> Vgl. Schwabe Nr. 2, S. 632; Nr. 1, S. 386 ff.

<sup>159)</sup> Below Nr. 20 (1920).

<sup>160)</sup> Dazu Naumann, Nationalsozialer Katechismus, 1897 (zit. nach Dehio Nr. 3, S. 479): „Was ist das Nationale? Es ist der Trieb des deutschen Volkes, seinen Einfluß auf die Erdkugel auszudehnen.“ Vgl. dazu Goetz Nr. 1, S. 42/43 (1916): „Der deutsche Nationalismus... wird in deutscher Hand schließlich doch zur geschichtlich möglichen Verwirklichung der Menschheitsideale. Auf diese Weise wird er

fühl der Stammeszugehörigkeit, durch Sprach- und Kultureinheit oder durch den Zusammenschluß zu einem Staat <sup>168</sup>). Bei all dieser Widersprüchlichkeit ist — mit aller gebotenen Vorsicht — eine gemeinsame Tendenz festzustellen, die sich mit den beiden folgenden Zitaten umreißen läßt, in denen sich gleichzeitig die ganze Problematik einer Definition spiegelt:

*„Das Volk aber, diese geistige Einheit, diese Idee, die eine so ungeheure Gewalt über uns ausübt, ist nicht ein von Uranfang an Gegebenes, Unveränderliches, sondern ein historisch Gewordenes, in fortwährender Umbildung Begriffenes, woran mitzuarbeiten, damit das Bessere gedeihe, das Schlechtere ausgeschieden und vertilgt werde, die Mitaufgabe jedes einzelnen unter uns ist, worin die nationale Gesinnung sich betätigt, zur nationalen Tat wird.“* <sup>169</sup>)

*„Ein Volk, das einen Staat hat, dem Leben dieses Staates aber gleichgültig gegenübersteht, ist noch keine Nation; erst ein Volk, das die Geschichte seines Staates miterlebt, auf der Seele trägt, will, ist eine Nation.“* <sup>170</sup>)

Die „Geschichte“ bezog sich also nur auf den verabsolutierten Staat (vgl. oben), dem Volk kam nur die Aufgabe zu, sie mitzuerleben, zu bejahen. Mit diesem Verhältnis zwischen Staat, Nation und Volk begründeten die Historiker ihre Einstellung zu Verfassungsfragen, zu Demokratie und Parlamentarismus.

Die Verherrlichung der Bismarckschen Reichsverfassung als dem einzig adäquaten Ausdruck deutschen Wesens und deutscher Bedürfnisse gipfelte in der Behauptung,

*„daß das deutsche konstitutionelle System nicht nur das für uns nach den historischen und nationalen Bedingungen gegebene und passendste, sondern auch objektiv ein besseres sei als der westliche Parlamentarismus“* <sup>171</sup>).

*„Und wenn jetzt ein halbes Jahrtausend lang romanische und angelsächsische Art die Staatskunst und Diplomatie der Völker unseres Erdballs bestimmt hat, so geben wir der starken Hoffnung Ausdruck, daß in den kommenden Zeiten deutsche Art ihnen den Stempel verleihen werde. Nicht nur zum Besten unserer Selbst, sondern der Menschheit schlechthin.“* <sup>172</sup>)

<sup>168</sup>) Dazu Meinecke Nr. 8, S. 165 (1916); Schäfer Nr. 11, S. 54 (1919); Hellmann Nr. 4, S. 29 (1921); Haller Nr. 9, S. 8/9 u. S. 12/13 (1926); ders. Nr. 10, S. 381; ders. Nr. 11, S. 66; Hartung Nr. 18: Deutsche Geschichte 1871—1919, 3. Aufl. 1952, Vorwort.

<sup>169</sup>) Delbrück Nr. 2, S. 379.

<sup>170</sup>) Collischonn Nr. 1, S. 668.

<sup>171</sup>) Delbrück Nr. 4 Bd. 3, S. 182 (Okt. 1918); ders. Nr. 4 Bd. 2, S. 206 ff.; dazu Goetz Nr. 15, S. 162 (1923); Schäfer Nr. 11, S. 48 (1919).

<sup>172</sup>) Herre Nr. 3, S. 40 (1918); dazu Goetz Nr. 1, S. 44 (1916).

Die Gelehrten zweifelten nicht daran, „daß die demokratische Grundlage der westlichen Staaten vielfach häufig nur ein täuschender Schein war, hinter dem sich die zum Teil recht skrupellose Regierung kleiner, aber mächtiger Interessengruppen verbarg“ <sup>173</sup>); daß „diese Plutokratien ihre Macht auf die allerübelste Weise, nämlich durch die Korruption ausüben“ <sup>174</sup>); daß dort die „Tyrannei der öffentlichen Meinung“ <sup>175</sup>) und „die wildesten und leidenschaftlichsten Exzesse einer überspannten Machtpolitik“ <sup>176</sup>) und eine „mit Humanitätsphrasen verbrämte Brutalität“ <sup>177</sup>) herrschten. Von dem „westeuropäischen Konstitutionalismus mit seinen Unzulänglichkeiten und Konstruktionsfehlern . . .“, von der Demokratie der großen Worte“ hatten die Gelehrten „die denkbar niedrigste Meinung“ <sup>178</sup>).

Im Gegensatz zu den westlichen „Scheindemokratien“ hatte sich laut Meinecke aus der Synthese von „Kaisertum, Aristokratie und Demokratie“ <sup>178a</sup>) ein „spezifisch deutscher Typus von Demokratie lebensfähig entwickelt“ <sup>179</sup>), der — um die politische Macht zu ihrem Maximum zu steigern — alle „Lebenswerte der Nation“ zusammenschloß unter dem „Ideale der Freiheit, der richtig verstandenen Freiheit, die nicht in erster Linie in der Ausübung von Herrschaft und Macht besteht“, sondern in der Entfaltung der Persönlichkeit <sup>180</sup>). Freiheit im deutschen Sinne war „organisierte Volkseinheit“ <sup>181</sup>), war „freiwillige und opferbereite Einfügung des Individuums in die Pflichten für die Gesamtheit“ <sup>182</sup>); darin bestand die „Ethik der deutschen Staatsdienstbarkeit“ <sup>183</sup>).

<sup>173</sup>) Brandenburg Nr. 10, S. 30/31 (1925); Haller Nr. 6 (29. Sept. 1918).

<sup>174</sup>) Delbrück Nr. 4 Bd. 3, S. 221 (Nov. 1918); dazu Haller Nr. 10, S. 411; Müller Nr. 4, S. 63 (April 1918).

<sup>175</sup>) Meinecke Nr. 4, S. 551.

<sup>176</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 163 (Dez. 1916); dazu Haller Nr. 6 (29. Sept. 1918); ders. Nr. 3 (Okt. 1917); Hellmann Nr. 1, S. 7 (Febr. 1917); Müller Nr. 2, S. 675 (Jan. 1918).

<sup>177</sup>) Hellmann Nr. 1, S. 9 (Febr. 1917).

<sup>178</sup>) Spahn Nr. 7 (Aug. 1918); vgl. dazu Meinecke Nr. 2 (1917); E. Meyer Nr. 4; dazu Schwabe Nr. 1, S. 78 ff.; dazu Kritik von Goetz Nr. 15, S. 162 (1923).

<sup>178a</sup>) Meinecke Nr. 8, S. 185 (1916).

<sup>179</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 173 (Dez. 1916); ebd. S. 180 (1917); dazu Rothfels Nr. 2, S. 129 (März 1917).

<sup>180</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 230/31 (Juni 1918); ähnlich Haller Nr. 10, S. 365 (1927); Hartung Nr. 9, S. 335 (Juni 1919); Meinecke (Nr. 9, S. 133) bedauerte noch 1949 das Ende des bürgerlichen Zeitalters, in dem sich die Persönlichkeit hatte entwickeln können: „Nur wer vor 1914 gelebt hat, weiß eigentlich, was Leben heißt.“

<sup>181</sup>) Ernst Troeltsch, zitiert von Meinecke als eigene Auffassung in Nr. 2, S. 544.

<sup>182</sup>) Oncken Nr. 4, S. 22 und öfter (5. Okt. 1918); dazu Delbrück Nr. 5, S. 17 (1920); Spahn Nr. 4, S. 2 (April 1918); Becker Nr. 1, S. 61 (1921); Rothfels Nr. 2, S. 129 (März 1919).

<sup>183</sup>) Meinecke Nr. 2, S. 539.

„Die Erlebnisse des Weltkrieges haben den Zusammenbruch der Ideale der französischen Revolution dargetan. Die Ideen der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind durch die deutschen Ideen von 1914, Pflicht, Ordnung, Gerechtigkeit überwunden.“<sup>184)</sup>

Die Beziehung von den Regierenden zu den Regierten stellte sich aufgrund der alten deutschen Tugenden<sup>185)</sup> nahezu von selbst her. Erfüllt vom preußischen Ethos der Pflicht und Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesamtheit, lenkten die Regierungen das Volk zu seinen außen- und innenpolitischen Aufgaben<sup>186)</sup> und förderten den (germanischen) Sinn für Gemeinschaft und Gerechtigkeit erstens durch eine ausgedehnte Sozialpolitik, zweitens durch die Überbrückung von Parteigegensätzen und Sonderinteressen einzelner Gruppen und drittens vor allem durch die allgemeine Wehrpflicht, die Meinecke<sup>187)</sup> als eine „demokratische Einrichtung“ bezeichnete, „die jedem Bürger, den sie verpflichtete, das Bewußtsein geben konnte und sollte, daß er den Staat mittrage und erhalte, daß Wohl und Wehe des Staates eine Angelegenheit des ganzen Volkes sei“<sup>188)</sup>. Umgekehrt war das Verhältnis der Regierten zum Staat bestimmt durch die Pflichterfüllung, die Einordnung in die Gesamtheit, durch Gefolgschaftstreue und Vertrauen gegen die Führenden<sup>189)</sup>, die deshalb ihrerseits der Aufgabe nachkommen mußten, gleichzeitig „dem Vertrauen wirksamen und sichtbaren Ausdruck (zu geben), welches das deutsche Volk verdient“<sup>190)</sup>.

Die Wechselbeziehungen zwischen Regierung und Volk auf der Basis des Vertrauens sahen die Professoren im Verlauf des Krieges immer

stärker gestört<sup>191)</sup>: die Konservativen durch die Reformbestrebungen der Sozialdemokratie, die Liberalen durch die Übersteigerung der Machtpolitik und des Militarismus bei der politischen Rechten. Waren auch die Wege verschieden, auf denen beide Gruppen die „Volksgemeinschaft“ wieder erreichen wollten, so herrschte doch Einigkeit darüber, daß die Grundlagen der deutschen Verfassung nicht angetastet werden dürften<sup>192)</sup>. So forderten die Gemäßigten eine Wahlrechtsreform als Mittel, „die alten aristokratischen Werte in Kultur und Staat auf die Dauer“ zu erhalten<sup>193)</sup>, und so die „Synthese von Macht und Freiheit“, von „Demokratie und Kaisertum“ zu schaffen<sup>194)</sup>. Eine Auslieferung der Regierungsgewalt an Parteien und Interessengruppen — wie in den westlichen Ländern — kam für die Gelehrten einem Verrat am Volk gleich<sup>195)</sup>. Die wahren Interessen des Volkes — das sie nicht als Summe von Einzelwesen oder Gruppen, sondern als unpolitische „geistige Einheit“ verstanden — konnte nach ihrer Meinung nur eine überparteiliche Regierung erkennen und vertreten, die Einsicht in das Lebensgesetz von Staat, Nation und Volk gewonnen hatte und nur ihnen diene. Dieses Ideal einer Regierung verwirklichte für sie die konstitutionelle Monarchie in der Verfassung von 1871, mit der das deutsche Verfassungsleben „zum alten germanischen Volkskönigtum“ zurückkehrte<sup>196)</sup>.

Wenn also die Professoren der Rechten wie der Mitte von sich selbst behaupteten, „demo-

<sup>181)</sup> Dazu Hashagen Nr. 7, S. 126 (1929): „Größer als die Not, die Bismarck dem deutschen Volke für die Zukunft machte, war die Not, die sein Volk ihm machte.“ Das galt nach Hashagen auch in der Kriegs- und Nachkriegszeit für das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten. Vgl. Becker Nr. 1, S. 106 (1921): „Vollendet ist diese Einheit (von Volk und Staat), wenn der Staat durch Formen und Ideengehalt seiner Verfassung ein Volksstaat und das Volk durch sein Denken und Wollen ein Staatsvolk ist.“ Diese Einheit fehlte nach Becker im Kaiserreich.

<sup>182)</sup> Dazu Brandenburg Nr. 2, S. 481 (April 1917); Goetz Nr. 15, S. 162 (1923).

<sup>183)</sup> Meinecke Nr. 9, S. 234; ähnlich in Nr. 10, S. 163 (Dez. 1916); dazu Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 4/5 (Anfang 1918).

<sup>184)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 153 (Dez. 1916); Rothfels Nr. 2, S. 129 (März 1919); vgl. Oncken Nr. 4, S. 25 (5. Okt. 1918); Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 184 (Okt. 1918); Hoetzsch Nr. 6, S. 491 ff. (1925). Meinecke lehnte dabei die Argumentation der Rechtskreise ab, die Freiheit im Staate sei abhängig von der absoluten Freiheit des Staates nach außen; Meinecke Nr. 10, S. 227/8 (Juni 1918); dagegen Brandenburg Nr. 2, S. 481 (April 1917); Below Nr. 2, S. 1416 (Nov. 1917); Schäfer Nr. 12, S. 5 (1919).

<sup>185)</sup> Dazu Hartung Nr. 14 (Nov. 1919).

<sup>186)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 180 (März 1917); dazu Herre Nr. 3, S. 38/39 (1918); Collischonn Nr. 1, S. 665 (1920).

<sup>184)</sup> Below Nr. 1, S. 437 (April 1917).

<sup>185)</sup> Schäfer Nr. 11, S. 8/9 (1919); ähnlich Spahn Nr. 4, S. 2 (Apr. 1918).

<sup>186)</sup> Vgl. Hoetzsch Nr. 6, S. 490 ff. (1925).

<sup>187)</sup> Meinecke Nr. 8, S. 198 (1916).

<sup>188)</sup> Vgl. dazu Becker Nr. 1, S. 53, 60 u. öfter; E. Meyer Nr. 3, S. 428 (Sept. 1918); Marcks Nr. 2, S. 121 (1924); Müller Nr. 11, S. 227 (Jan. 1921); Bergsträsser Nr. 4, S. 8 (1923); dazu Rothfels Nr. 3, S. 255 (Mai 1919): „Die allgemeine Wehrpflicht steht in vorderster Linie der Erziehungsmittel zur Demokratie, sie ist der stärkste, sinnfälligste Ausdruck einer über alle Einzelwünsche und Einzelinteressen erhabenen Gemeinschaftsidee. Nur an dieser inhaltlich bestimmten Idee, nicht an den formalen Prinzipien der Rechtsgleichheit oder der Mehrheitsregierung, kann sich der Geist der Solidarität entzünden, der den Volksstaat tragen muß, wenn anders er innerlich lebendig und fruchtbar sein soll.“

<sup>189)</sup> Dazu Below Nr. 20, S. 63 (1920).

<sup>190)</sup> Von Delbrück verfaßter Aufruf zur Durchführung einer Wahlreform, zit. nach Meinecke Nr. 10, S. 194 (Mai 1917).

kratisch" eingestellt zu sein<sup>197</sup>), so hieß das, sie strebten eben diese nationale Volksgemeinschaft als staatstragende Kraft an. Die Demokratie als Staatsform hingegen konnte in ihren Augen sehr „undemokratisch“ sein; denn der „Volkswille“ bezog sich stets auf das Ganze von Staat und Nation<sup>198</sup>), während der „Mehrheitswille“ nur Sonder- und Klasseninteressen widerspiegelte, in deren Dienst ihre Vertreter den Staat zu stellen wünschten<sup>199</sup>).

*„Der Wille eines Volkes äußert sich in seinen Taten und in seinen Opfern, Abstimmungen aber sind Produkte der Mächte, die in der Lage sind, ihren Einfluß geltend zu machen, die Masse der einzelnen zu belehren oder zu verführen, sie zu vergewaltigen oder zu bestechen, sie aufzuklären oder zu belügen, sie zu begeistern oder sie zu beschmeicheln. . . . Die Entscheidung gibt schließlich, wer das Geld hat, eine Wahlorganisation zu schaffen, die die immer sehr zahlreichen Gleichgültigen an die Urne schleppt. . . . Weshalb sollte die Majorität besser oder klüger sein als die Minorität?“<sup>200</sup>*

Parlamentarismus bedeutete unter diesem Gesichtspunkt Herrschaft der Parteien, die nicht

dem Staat und der Nation dienten, sondern sich selbst, die keine staatspolitischen, sondern jeweils wirtschaftliche, soziale, konfessionelle Ziele verfolgten, ohne sie zu einer höheren Einheit im Dienste der Volksgemeinschaft zu verbinden<sup>201</sup>). Durch ein parlamentarisches System wurde der Staat nach dieser Auffassung von Interessenverbänden mediatisiert und die direkte Beziehung zwischen Staat und Volk unterbunden<sup>202</sup>). Die geistige Freiheit, die im Deutschen Reich wie in keinem anderen Land bestünde<sup>203</sup>), und das Ideal der deutschen Freiheit — freiwilliger Dienst am Ganzen und unabhängige Entfaltungsmöglichkeit des Individuums — würden dann Parteidoktrinen unterworfen und damit aufs äußerste gefährdet, wenn nicht ganz zerstört<sup>204</sup>). So konnten dann (deutsche) Demokratie und Parlamentarismus als „schreiende Gegensätze“ erscheinen<sup>205</sup>).

In welcher Form diese in der Kaiserzeit entwickelten Überzeugungen noch relevant waren bei der Beurteilung der politischen Situation im Herbst 1918 sowie für die Vorschläge zu einer neuen demokratischen Reichsverfassung, wird im folgenden zu untersuchen sein.

#### IV. Beurteilung der Verfassungsänderung im Oktober 1918

Das Scheitern der Juli-Offensive 1918, die rapide Verschlechterung der militärischen Lage im Sommer und Herbst und den Zusammenbruch der Front im Südosten im September verheimlichte die OHL vor der deutschen Öffentlichkeit, soweit es irgend ging. In der Presse folgte auf Nachrichten über deutsche Rückzugsgefechte stets die Versicherung, Deutschland werde unter allen Umständen siegen<sup>206</sup>).

<sup>197</sup>) Schäfer Nr. 19, S. 233/34; Below Nr. 21, S. 277 (1920).

<sup>198</sup>) Collischonn Nr. 1, S. 746/7 (1920); dazu Müller Nr. 16, S. 137 (1920); Hoetzsch Nr. 6, S. 492 (1925).

<sup>199</sup>) Dazu Brandenburg Nr. 9, Bd. I, S. 126 (1922); Below Nr. 25, S. 536 (1923).

<sup>200</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 2, S. 204/5 (Mai 1917); vgl. Meinecke Nr. 10, S. 167 (1917); Collischonn Nr. 1, S. 753 (1920).

<sup>201</sup>) Meinecke Nr. 2, S. 35 (1917); dazu Müller Nr. 7, S. 100 (Nov. 1919); ders. Nr. 16, S. 137 (1920).

<sup>202</sup>) Below Nr. 30, S. 16 (1925); zu Meineckes Auffassung vgl. Besson Nr. 1, S. 124.

<sup>203</sup>) Schäfer Nr. 12, S. 38 (1919); Below Nr. 4 (Febr. 1918); dagegen Goetz Nr. 16, S. 419/20 (1924).

<sup>204</sup>) Dazu Below Nr. 2, S. 1416 (Nov. 1917): „Wer gegenüber der Resolution der Reichstags-Mehrheit unbedingten Gehorsam verlangt und einen großen Staatsmann wie Tirpitz abkanzelt, weil er an dem Verzichtfrieden Kritik übt, (sollte) überhaupt nicht hohe Lieder von Freiheit singen.“ Vgl. dazu Below Nr. 20, S. 55 (1920): „Ich hasse die Demokratie, weil ich die Freiheit liebe.“ Ähnlich Schäfer Nr. 12, S. 29 (1919).

In diese Zuversichtsstimmung platzte Ende September die Forderung der OHL hinein, die deutsche Regierung müsse unverzüglich die Entente-Mächte um einen Waffenstillstand ersuchen. Gleichzeitig wurde innerhalb kürzester Zeit die Regierung verfassungsrechtlich und zum Teil personell umgebildet: Der süddeutsche Liberale Prinz Max von Baden löste Graf Hertling im Kanzleramt ab, und die wichtigsten Minister stellte eine Reichstagskoalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Fortschritt.

Man muß sich die schockartige Wirkung dieser Ereignisse vergegenwärtigen, um die Reaktion der Professoren zu begreifen; denn innerhalb

<sup>205</sup>) Below Nr. 30, S. 16 (1925).

<sup>206</sup>) Vgl. Roloff Nr. 1, S. 332 (4. Okt. 1918), der regelmäßig in Westermanns Monatsheften als militärischer Berichtersteller schrieb. — Vgl. dazu Müller Nr. 17, S. 252: Bereits am 29. Sept. 1918 schickte Müller eine Eingabe an das bayerische Kriegsministerium, in der er die sofortige offizielle Bekanntgabe der militärischen Lage forderte. „Es muß in kürzester Form, und zwar sofort, und ohne jeden Zusatz und ohne jedes Versprechen zu einem guten Ausgang, die gegenwärtige Lage bekanntgegeben werden, die zu erkennen auch der letzte unserer Volksgenossen den Anspruch hat. . . . Aber es handelt sich um Stunden. Wenn die schlimme Nachricht stückweise und nicht durch die Führer der Nation bekannt wird, ist alles verloren.“

von Stunden waren die beiden Grundpfeiler ihres jahrelang gehegten politischen Glaubensbekenntnisses in sich zusammengestürzt. Der erste war die fast schon zum Dogma gewordene Zuversicht auf einen deutschen Sieg, genährt einerseits von den ständigen Siegesmeldungen von der Front und andererseits von der irrationalen Vorstellung, ein deutscher Sieg allein sei historisch zwangsläufig, notwendig, rechtmäßig. Der zweite Pfeiler war der tatsächlich zum Dogma erhobene Glaube an die Güte des deutschen Regierungssystems und seine absolute Gültigkeit gegenüber westlichen parlamentarischen Verfassungsformen. Es ist verständlich, daß bei diesem „Zusammenbruch der Illusionen“ und dem „Durchbruch der Wahrheit“<sup>207)</sup> die publizistische Aktivität der Historiker, vor allem der Konservativen, rapide sank. Auffallend aber ist, daß auch in den folgenden Monaten und Jahren sich nur wenige zu den einschneidenden Oktobervorgängen äußerten. Noch bemerkenswerter ist, daß in dem gesamten, dieser Arbeit zugrunde liegenden Material nur zweimal der Hinweis auftaucht, daß die Waffenstillstandsbitte und die Regierungsumbildung auf die Initiative von Ludendorff zurückgingen<sup>208)</sup>. Für die spätere Beurteilung des Kriegsausganges war das einfache Ignorieren dieser Tatsache von großer Bedeutung: Es erwies sich als ausgezeichnetes Mittel, die These des „im Felde unbesiegt“ und die Dolchstoßlegende mit zu begründen und zu festigen.

### 1. Die Gouvernamental-Liberalen

Noch am 28. September hatte Meinecke im Tagebuch notiert:

*„Mit den Vorkämpfern der Linken, mit ihren jüdisch sentimental weichen Ideen läßt sich kein Staat auf die Dauer regieren. Eisen ins Blut für sie — und Gehirnschmuck für die anderen.“*<sup>209)</sup>

Bereits am 7. Oktober aber befürwortete er den Eintritt der Linksparteien in die Regierung und kritisierte seine beiden Schüler und politischen Gesinnungsgenossen Siegfried Kaehler und Hans Rothfels, die trotz der veränderten militärischen und politischen Situation weiterhin „den machtpolitischen Überschwang des deutschen Bürgertums und die Überspannung unseres weltpolitischen Ehrgeizes“ verteidigten<sup>210)</sup>.

Anfang Oktober erließ die Berliner Professoren-Gesellschaft einen Aufruf, in dem sie erklärte,

*„wir stellen uns bewußt und fest in den Dienst der sich anbahnenden politischen Ordnung und der sie vertretenden Regierung. Es geht in diesen Tagen um das Bestehen, die Freiheit und die Ehre unseres Volkes. Wir können es nicht besser ausdrücken als durch das tapfere Wort in dem letzten Aufruf der Sozialdemokratischen Partei: ‚mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nie und nimmer abfinden‘.“*<sup>211)</sup>

In dem ungewöhnlichen Faktum, daß sich die Berliner Universität, die „geistige Leibgarde der Hohenzollern“, auf ein sozialdemokratisches Wort berief, sah Delbrück mit Recht ein „politisches Ereignis“. Es hatte jedoch, wenn überhaupt, nur eine rein punktuelle Bedeutung, denn die rechtsorientierten Professoren bereiteten weiterhin die Dolchstoßlegende vor, indem sie in ihrer Agitation und Polemik gegen die alten „Reichsfeinde“ fortfuhren. Der Versuch, die Anhänger des liberalen Volksbundes und die der Rechtsverbände einander anzunähern, um in der Stunde der Not durch Einigkeit stark zu sein, scheiterte völlig<sup>212)</sup>.

Mit den speziellen Problemen der Oktoberverfassung setzten sich vor allem Hans Delbrück und Friedrich Meinecke auseinander, die in engem Kontakt zum Prinzen Max standen und seinen „privaten Staatsrat“ bildeten<sup>213)</sup>. Charakteristisch für ihre Haltung war, daß sie auch jetzt noch die Staatsverfassung von 1871 grundsätzlich bejahten<sup>214)</sup>; nicht sie, sondern der „hypertrophische Ludendorffsche Kriegstaat“<sup>215)</sup> — der allerdings seine Wurzeln im alten Verfassungssystem hatte<sup>216)</sup> — war schuld an der drohenden Katastrophe und machte eine tiefgreifendere Form unvermeidlich<sup>217)</sup>, um damit „mitten im Kampf um Leben und Tod des Reiches der Schöpfung Bismarcks ein neues Rückgrat einzufügen“<sup>218)</sup>.

Nicht in erster Linie die Reformbestrebungen der Links- und Mittelparteien, sondern Ludendorffs Eingreifen in die Regierungspolitik (Kampf gegen Bethmann Hollweg, Sturz von Valentini) hatte nach Delbrück die „breite sichtbare Bresche in das Monarchentum Wil-

<sup>207)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 258 (27. 10./3. 11. 1918).

<sup>208)</sup> Roloff Nr. 2, S. 531 (Anfang Dez. 1918); Delbrück Nr. 5 u. Nr. 6, der schwere Vorwürfe gegen die Politik der OHL im Herbst 1918 erhob.

<sup>209)</sup> Meinecke Nr. 9, S. 266 (28. Sept. 1918).

<sup>210)</sup> Meinecke Nr. 9, S. 267/8 (7. Okt. 1918).

<sup>211)</sup> Zit. nach Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 86; dazu Schwabe Nr. 1, S. 372 ff.

<sup>212)</sup> Schwabe Nr. 1, S. 372 ff.

<sup>213)</sup> Meinecke Nr. 9, S. 168 u. S. 266.

<sup>214)</sup> Dazu unten Anm. 226 u. 227.

<sup>215)</sup> Meinecke Nr. 8, S. 277 (1928).

<sup>216)</sup> Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 184.

<sup>217)</sup> Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 184.

<sup>218)</sup> Oncken Nr. 4, S. 5 (Vorwort, 1. Nov. 1918).

helms II. gelegt, durch die jetzt die demokratische Flut hineinstürzt" <sup>219</sup>).

Ebenso charakteristisch aber war, daß beide — als überzeugte Gegner des Parlamentarismus ganz in der Tradition Bismarcks stehend — im Oktober 1918 nicht mehr eine „Mittelform zwischen rein monarchischem und rein parlamentarischen Regime“ anstrebten wie während des Krieges <sup>220</sup>), sondern sich aus Staatsräson auf den Boden der notwendig gewordenen neuen Verfassung stellten, „um zu retten, was noch zu retten war“ <sup>220a</sup>). Dahinter stand die Furcht vor einer Revolution von oben oder unten <sup>221</sup>), der nunmehr vorgebeugt werden konnte durch ein enges Zusammenarbeiten des Bürgertums mit der Sozialdemokratie <sup>222</sup>), wie es am 4. Oktober verwirklicht wurde. Meinecke bedauerte zwar, daß die früher geforderten Reformen — unter Ausschluß der Parlamentarisierung — nicht „als freie Gabe der Krone und der bisher herrschenden Schichten verliehen“ <sup>223</sup>), sondern unter dem Druck der auswärtigen Lage erzwungen worden waren <sup>224</sup>). Er betonte demgegenüber einerseits, daß gerade darin ihre „innerste Rechtfertigung“ lag, da „das Verfassungsleben der Staaten von jeher unter dem Gesetz der auswärtigen Politik“ stand.

*„Die Demokratisierung mußte schon deswegen kommen, weil die bisher zur Führung der Nation berufenen Schichten zum großen Teil versagt haben in den Grundfragen unserer auswärtigen Politik.“* <sup>225</sup>)

Auf der anderen Seite wies Meinecke auch auf den innenpolitischen Aspekt hin, daß „sehr entwicklungsfähige, vorwärtsweisende, reformbereite Elemente“ im ancien régime schon vorhanden waren; denn sonst hätte der Verfassungswechsel, der „inhaltlich eine ganz ungeheure Revolution“ darstellte, nicht mit die-

<sup>219</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 202 (Okt. 1918).

<sup>220</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 167 (Dez. 1916).

<sup>220a</sup>) Ders. Nr. 9, S. 168.

<sup>221</sup>) Meinecke Nr. 9 (Tagebuch 1. Mai 1918); ders. Nr. 8, S. 214 (1928); dazu Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 185 (Okt. 1918); ders., ebenda, S. 196; Delbrück sah in der Demokratisierung ein Positivum vor allem, weil sie für ihn die alldeutschen, militaristisch gesinnten Schichten ihrer politischen Macht entkleidete.

<sup>222</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 197 (Okt. 1918).

<sup>223</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 282.

<sup>224</sup>) Später sah Meinecke (Nr. 9, S. 282) gerade darin die Ursache für das Scheitern des neuen Regierungssystems; denn „es verlor nun an innerem Werte und innerlicher Wirksamkeit dadurch, daß es eben durch die Niederlage erzwungen war und mit der Erinnerung an den Zusammenbruch fortan belastet blieb“; ähnlich Oncken Nr. 4, S. 5 (Vorwort) (1. Nov. 1918); auch Oncken sah in den Oktoberereignissen den Primat der Außenpolitik bestätigt.

<sup>225</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 258 (27. Okt./3. Nov. 1918).

ser erstaunlichen Ruhe sich vollziehen und dem Volke wie eine „reife Frucht“ in den Schoß fallen können <sup>226</sup>).

Die Möglichkeit, daß in absehbarer Zeit die Monarchie durch eine Revolution beseitigt werden könnte, erwog keiner der liberalen Historiker. Im Gegenteil: Gerade in „einer auch noch so eingeschränkten Krone“ sahen sie eine Garantie „für die Erhaltung der großen nationalen Traditionen und der sozialen Ordnung“.

*„In dem neu geschaffenen Deutschland (müssen sich) alle Kreise um den Kaiser scharen können, der als Erbe seiner Ahnen die nationale Einheit verkörpert und darstellt.“* <sup>227</sup>)

Die alte Staatsideologie, die die gemäßigten Historiker mit den Begriffen Volkskaisertum, Volksgemeinschaft, Sozialpolitik und Primat der Außenpolitik charakterisierten, propagierten sie im Oktober 1918 nochmals mit allem Nachdruck, trotz oder gerade wegen ihrer tief verwurzelten Skepsis gegenüber dem parlamentarischen Regierungssystem.

*„Nun wird auch alles, alles darauf ankommen, daß das hohe Gut der Staatsautorität, des gesetzlichen Sinnes, der Unterordnung des einzelnen unter das Gemeinwohl unversehrt aus der alten in die neue Welt Deutschlands übergeht.“* <sup>228</sup>)

Obwohl sie nicht plötzlich überzeugte Anhänger des Parlamentarismus geworden waren <sup>229</sup>), ging die Diskussion im wesentlichen nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“ der neuen Regierungsbildung, das heißt, „ob jetzt ein Mehrheitsministerium oder ein Koalitionsministerium aus allen Parteien richtiger sei“ <sup>230</sup>). Delbrück begrüßte den Ausschluß der Konservativen aus der Regierung, da sie — abgesehen von ihrer unverändert gebliebenen Überzeugung — durch ihre bisherige politische Tätigkeit sich selbst derart diskreditiert hätten, daß ihre Mitarbeit zwangsläufig das im Inland ebenso wie im Ausland dringend notwendige Vertrauen in die neue Regierung von Anfang an belasten, wenn nicht gar unmöglich

<sup>226</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 7/8 (Anf. Nov. 1918); dazu ebenda, S. 3: „Diese Bündnisfähigkeit (für die neuen Kräfte des Volkslebens — K. Th.) aber hatte das Bismarcksche System seiner größeren Weitherrlichkeit zu verdanken, seinen liberalen und demokratischen Konzessionen, seiner Sozialreform und überhaupt seinem Schritthalten mit gewissen modernen Bedürfnissen und Entwicklungen.“ Dazu Oncken Nr. 4, S. 26 (5. Okt. 1918).

<sup>227</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 185 (Okt. 1918).

<sup>228</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 7/8 (Anf. Nov. 1918).

<sup>229</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 3 S. 186 (Okt. 1918); Meinecke Nr. 9, S. 269 (7. Okt. 1918) und S. 277 (13. Okt. 1918); ders. Nr. 10, S. 225.

<sup>230</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 267 (3. Okt. 1918).

machen würde<sup>231</sup>). In dieser Argumentation zeigte sich insofern ein gewisser Optimismus, als Delbrück davon überzeugt war, erstens werde die völlige Neubildung einen entscheidenden Einfluß auf die zukünftigen Friedensverhandlungen ausüben, da Wilson es in seinen Noten abgelehnt hatte, mit den alten aristokratisch-militaristischen Führungsschichten in Deutschland zu verhandeln<sup>232</sup>), und zweitens sei mit ihr die Gefahr einer Revolution gebannt.

Beiden Überlegungen gegenüber war Meinecke wesentlich skeptischer; er wollte deshalb die Regierungsumbildung in zwei Etappen durchgeführt sehen: Ein Koalitionsministerium solle den Frieden schließen, so daß die Konservativen die schwere Verantwortung dafür mittragen müßten, und erst hinterher solle „ein reines, nicht abgenütztes Ministerium der Linken eintreten und durch vollen Eintritt der Mehrheitssozialisten uns vor der Revolution bewahren“<sup>233</sup>). Diese Voraussicht der möglichen politischen Konsequenzen wurde dann durch den Gang der Ereignisse bestätigt, wie Meinecke selbst gegenüber der scharfen Kritik der Rechtskreise an der Politik der Oktoberkoalition immer wieder betonte, unterstützt von der überwiegenden Mehrheit seiner ähnlich gesinnten Kollegen.

*„Vielleicht würden wir etwas andere Töne aus diesem (konservativen) Lager jetzt hören, wenn die neue vor 4 Wochen gebildete Regierung auch Vertreter der Rechten mit in ihre Reihen aufgenommen hätte. Sie hätten dann die Verantwortung für die zwangsläufig von uns zu fassenden Entschlüsse mit zu tragen gehabt, und ihre Anhänger im Lande würden ihre Kritik an diesen Entschlüssen gezügelt haben.“*<sup>234</sup>)

Im Oktober 1918 modifizierten die gemäßigten Historiker in einigen Punkten ihr politisches Urteil. Oder besser: Unter dem Eindruck der militärischen und politischen Notlage des Reiches und der oktroyierten Verfassung betonten sie mit stärkerem Nachdruck und in größerem Ausmaß als bisher die dringende Notwendigkeit von Reformen. Das Ziel war das gleiche geblieben: Einheit im Innern und maßvolle Politik auf der Basis von Macht und Stärke

nach außen hin. Den Primat der Außenpolitik als politisches Grundprinzip gaben sie keineswegs auf, sondern sie wollten ihn nur noch enger, unlösbar mit der Innenpolitik, mit den Interessen und dem politischen Bewußtsein der Massen verflechten<sup>235</sup>). Entscheidend für ihre spätere Haltung aber war die Modifizierung ihres Urteils über die Sozialdemokratie. Während des Krieges hatten sie der sozialdemokratischen Partei trotz aller Kritik an ihrer außen- wie innenpolitischen Konzeption gelegentlich zugestanden, daß sie sich zu einer staatsloyalen, ja sogar kaisertreuen Partei gewandelt habe<sup>236</sup>). Nun erhofften sie geradezu von ihr außenpolitisch die Rettung des Vaterlandes und innenpolitisch die Erhaltung der Monarchie und die Bewahrung des Reiches vor einer Revolution von oben oder unten<sup>237</sup>). Dahinter stand nicht eine plötzlich erwachte Sympathie für die „Sozen“<sup>238</sup>), sondern ihre alte Überzeugung, daß es die erste und wichtigste Aufgabe von Parteien sei, dem bestehenden Staat zu dienen und nicht den Willen und die Interessen ihrer Wählermassen durchzusetzen (vgl. oben S. 19 f.). Die Stellungnahme zur politischen Lage im Oktober 1918 beeinflusste später weitgehend die Beurteilung der Sozialdemokratie während und nach der Revolution.

## 2. Die Rechts-Konservativen

Mit den einzelnen Problemen der Oktoberereignisse setzten sich die rechtsstehenden Historiker kaum auseinander, da sie sich generell gegen die Politik der Mittel- und Linksparteien stellten.

Die Koalition von Parteien in einer parlamentarischen Regierung, die die Gemäßigten als Sammlungspolitik begrüßt hatten, bedeutete nach Johannes Haller die größte Gefahr für Deutschland, da die Parteien sich „nur aus taktischen Rücksichten, im Kampf gegen die Regierung zusammengefunden“ hatten und „nur im Negieren“<sup>239</sup>) einig waren. Eine derartige

<sup>235</sup>) Dazu Bußmann Nr. 1, S. 124.

<sup>236</sup>) Bußmann Nr. 1, S. 57, dazu Below Nr. 31, S. 27 (1926).

<sup>237</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 267 (3. Okt. 1918); dazu Roloff Nr. 1, S. 332 (4. Okt. 1918).

<sup>238</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 270 (13. Okt. 1918): „Es fehlt den Sozen an jenem elementaren nationalen Instinkte, der jetzt nötig wäre . . . Jetzt zeigt es sich also tragisch, was wir an letzter nationaler Widerstandskraft verloren haben durch die jahrzehntelange Entfremdung der Massen vom Staate.“ Hier zeigt sich bereits eine Spielart der Dolchstoßlegende, s. unten S. 28 ff.

<sup>239</sup>) Hartung Nr. 14 (5. Nov. 1919); ders. Nr. 18, S. 363 (1923).

<sup>231</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 182 (Okt. 1918); dazu ders. Nr. 2, Bd. 173, S. 430 ff. (29. Aug. 1918): „Ehe wir . . . das Alldeutschtum, seine Kriegsziele und blasphemische Predigt vom ‚deutschen Herrenvolk‘ nicht eingestampft haben . . ., eher kann die Stunde für Friedensverhandlungen nicht schlagen.“ Ähnlich ebenda Bd. 174, S. 145 (29. Sept. 1918) und S. 429 (23. Nov. 1918).

<sup>232</sup>) Dazu Hobohm Nr. 2, S. 23 (20. Okt. 1918).

<sup>233</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 267 (3. Okt. 1918).

<sup>234</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 260 (20. Nov. 1918).

Koalition müsse notwendig bereits bei Übernahme der Regierung wieder auseinanderfallen. Abgesehen von der grundsätzlichen Ablehnung einer Parlamentarisierung — die Haller als „ein Wort von vielleicht berechneter Unklarheit, eine Sache von jedenfalls ausländischer Herkunft“ bezeichnete<sup>240)</sup> — grenzte es für die Alldeutschen fast an Vaterlandsverrat, die Regierungsgeschäfte ausgerechnet den alten „Reichsfeinden“ zu übertragen<sup>241)</sup>.

*„Und diese Volksvertretung, die, solange es Zeit war, nichts getan hat, was ihres Amtes war, sie fühlt sich jetzt berufen, jetzt, in der höchsten Not, selbst die Zügel zu ergreifen! Es sind ja buchstäblich dieselben Parteien, dieselben Männer, die so viele Jahre ihre Pflicht versäumten, und die jetzt mit einem Male ihre Befähigung zur Rettung des Vaterlandes entdeckt haben, ohne daß man auch nur wüßte und feststellen könnte, ob sie eigentlich noch die Mehrheit des deutschen Volkes vertreten.“*<sup>242)</sup>

Die von den Mittel- und Linksparteien und den gemäßigten Historikern häufig ausgesprochene Hoffnung, die Regierungsumbildung werde den Friedensschluß in positivem Sinne beeinflussen, lehnten die Rechtsstehenden kategorisch ab; denn „kann irgend jemand daran zweifeln, daß Wilson und Genossen irgend etwas anderes wollen als Macht?“<sup>243)</sup>

Der alte Machtstaatsgedanke wurde hier also als Beweis dafür angeführt, daß eine Neuorientierung der Regierung nicht nur sinnlos, sondern staatsgefährdend sei. Außerdem hatte, nach der schon im Kriege vertretenen Ansicht der konservativen Gruppen, der Parlamentarismus in den westlichen Ländern längst abgewirtschaftet und war einer Diktatur der Interessengruppen unter Führung der Staatsmänner gewichen. Ganz abgesehen davon, daß schon „das schlichte Gefühl des vaterländischen Stolzes und das ganz gewöhnliche Schamgefühl“ die „Nachahmung dieses verfehlten Musters“ verbot, erschien daher die Parlamentarisierung

<sup>240)</sup> Haller Nr. 6 (29. Sept. 1918).

<sup>241)</sup> Hartung Nr. 14 (5. Nov. 1919); dazu Haller Nr. 10, S. 418: „Es hat mehr als sinnbildliche Bedeutung, daß mit Bethmann Hollweg die Erbschaft Bismarcks dem Enkel eines Mannes zufiel, der Bismarck bekämpft und gehaßt hatte; daß mit Hertling der Führer der Partei ans Ruder kam, die recht eigentlich zur Bekämpfung Bismarcks und seines Werkes gegründet war; und daß als Retter in der höchsten Not in Max von Baden ein Werkzeug der Demokratie gerufen wurde, die von Bismarck hatte überwunden werden müssen, damit das Reich geschaffen werden konnte, und die mit ihm niemals Frieden geschlossen hatte. Alle, die er im Leben besiegt oder gebändigt hatte, triumphierten über den Toten.“

<sup>242)</sup> Haller Nr. 6 (1. Okt. 1918).

<sup>243)</sup> Schäfer Nr. 5 (29. Okt. 1918).

Deutschlands geradezu als schädigender Atavismus:

*„Wenn wir denn schon dazu verurteilt sein sollten, die abgelegten Kleider anderer Völker zu tragen, so ist es doch der Gipfel der Bedientenhaftigkeit, zu glauben, der Feind werde uns freundlicher begrüßen, wenn wir ihm in einem zerschissenen Rock entgegentreten, den er selbst erst vor acht Tagen fortgeworfen hat. Über solche Gesinnung kann man nur mit schweigender Verachtung hinweggehen.“*<sup>244)</sup>

Als im Oktober die Demokratisierung Preußens und die Parlamentarisierung der Reichsregierung endgültig durchgeführt waren, veröffentlichte der Konservative Ulrich Kahrstedt einen programmatischen Aufsatz, in dem er dazu aufrief, den Parlamentarismus als eine neue Methode zu begreifen, „seine Weltanschauung in der Öffentlichkeit, im politischen Leben zu verfechten“, als das „von der Zeit diktierte Mittel, der sogenannten Demokratie, das heißt der Ochlokratie, entgegentreten“<sup>245)</sup>. Ähnlich wie die Gemäßigten propagierte er den Zusammenschluß aller staatsbeherrschenden Schichten:

*„Ganz wenige, alle Nationalgesinnten herbeirufende markige Worte gehören über das Tor (einer konservativen Sammlungspartei — K. Th.): Deutschtum, Ordnung, Privateigentum, Bildung. — Alles andere ist von Übel.“*

Das Ziel war eine „Nationalpartei, eine Front aller derer, die nicht Polen, Rote oder Handlanger der Massen werden wollen“<sup>246)</sup>. In der Grundtendenz stimmten die Gemäßigten einem solchen politischen Konzept durchaus zu, wenn sie sich auch von der scharfen Polemik gegen Links deutlich distanzieren. Liberale wie Konservative sahen — wenn auch mit unterschiedlicher Betonung — im Parlamentarismus ein Übel, dem man am besten durch die Sammlungspolitik entgegenwirken konnte, die nach der Vorstellung der Gemäßigten von der bürgerlichen Linken als Kern ausgehen sollte, während die Konservativen alle bürgerlichen Schichten auf die Seite einer nationalen Rechtspartei ziehen wollten. In der letzten Konsequenz stand das Ideal einer Einheitspartei dahinter, obwohl es so prononciert nie ausgesprochen wurde.

Trotz der gemeinsamen Grundlage gab es auf der Ebene der praktischen Politik zwischen den beiden Gruppen kaum noch Berührungspunkte: Die Spaltung der Professorenschaft in „zwei Systeme“<sup>247)</sup> vertiefte sich noch mehr

<sup>244)</sup> Haller Nr. 6 (1. Okt. 1918).

<sup>245)</sup> Kahrstedt Nr. 3, S. 69 (Anfang Nov. 1918).

<sup>246)</sup> Ebenda, S. 72.

<sup>247)</sup> Meinecke, Zwei Systeme (1918), zitiert nach Schwabe Nr. 1, S. 351.

im Oktober, da die Gemäßigten sich stärker als bisher der Realpolitik der Mittelparteien näherten, die Rechten hingegen weiterhin ihre völlig unreal gewordene Machtpolitik verfochten.

Mit Ausnahme des Aufsatzes von Kahrstedt wurde auf die Oktoberereignisse in der Publizistik der rechtsorientierten Historiker auch nach 1918 kaum detailliert eingegangen. Wurden sie einmal erwähnt, so nur in einer allgemeinen polemischen Weise. Dietrich Schäfer sah in ihnen nur die „Ohnmacht des nationalen Gedankens“, die für ihn damit erwiesen war, daß „einem Zentrumsführer . . . dann gar noch . . . dem politisch denkunfähigen badi-schen Prinzen“ und einem „Mann von den sittlichen Qualitäten eines Erzberger“ die Leitung des Reiches anvertraut wurde<sup>248</sup>). Wenn von der „Kurzsichtigkeit, Unzuverlässigkeit, dem

Mangel an Feingefühl und Pflichtgefühl, das den Herren (Max von Baden) auszeichnete“, die Rede ist, wenn Max von Baden als „Totengräber deutscher Größe“ oder die neue parlamentarische Monarchie als „Volksstaat Erzbergers“ bezeichnet wurde<sup>249</sup>), so zeigt das anschaulich, wie der Haß gegen eine Demokratisierung und Parlamentarisierung des Reiches auf bestimmte Personen abgelenkt wurde — eine Methode, mit der die rechtsstehenden Professoren, die sich offiziell „auf den Boden der neuen Verfassung“ stellten, von Anfang an gegen die junge Republik agitierten<sup>250</sup>). Abgesehen davon, daß sie die führenden Persönlichkeiten der Oktoberregierung ablehnten, sahen sie in der verfassungsrechtlichen Neuordnung die unmittelbare Ursache für die militärische Niederlage und die Vorstufe zur November-Revolution<sup>251</sup>), wie im folgenden darzulegen sein wird.

## V. Ursachen der militärischen Niederlage und der Revolution

Bereits kurz nach dem Sturz der Monarchie am 9. November 1918 setzte eine Flut von Schriften ein, in denen die Historiker die Hintergründe und unmittelbaren Ursachen der Niederlage und der Revolution aufzuzeigen suchten. Aus ihnen läßt sich ein ganzer Katalog von Ursachen zusammenstellen, der den Zeitraum von der Reichsgründung 1871 bis hin zu der noch am 9. November ungelösten Kaiserfrage umfaßte. Der größte Teil der Abhandlungen stammte von Rechtskreisen; die Gemäßigten hingegen ergriffen — ähnlich wie während des Krieges — überwiegend nur das Wort, um den heftigen Attacken von rechts entgegenzutreten.

Beide politischen Gruppen von Historikern sahen ihre nationale Pflicht in der Stellungnahme zu den revolutionären Vorgängen; denn niemand war in dem Maße berufen, die geschichtlichen Ursachen bloßzulegen, wie gerade der Historiker. Und der Weg der Nation in eine bessere Zukunft war nach ihrer Ansicht nur offen, wenn Klarheit geschaffen war über die Vergangenheit und die wichtigsten Entwicklungen, die zu der unmittelbaren Gegenwart geführt hatten (s. S. 7 ff.).

Die Beurteilungen der Oktober- und Novemberereignisse lassen sich zunächst in zwei große Gruppen einteilen:

1. Die Revolution brach aus, weil der Krieg verloren war, und
2. der Krieg ging verloren, weil die Revolution ausbrach.

Während die zweite These ausschließlich von Rechtsextremisten vertreten wurde und bereits 1918 unter dem Namen „Dolchstoßlegende“ bekannt war, ist die erste These nicht so eindeutig auf eine Parteilinie festzulegen. Sie läßt sich wiederum unterteilen: a) Der Krieg ging aus rein militärischen Gründen verloren, und b) der Krieg ging aus innenpolitischen Gründen verloren. Die erste These ist der politischen Mitte zuzuordnen, die zweite wiederum der Rechten; sie wäre als „große“ oder „erweiterte“ Dolchstoßlegende zu bezeichnen. Die hier versuchte Typisierung bedeutet aber keine grundsätzliche Scheidung der drei Positionen, die häufig ineinandergriffen.

### 1. Die „große“ Dolchstoßlegende: Von Bismarck bis Max von Baden

In seinen Erinnerungen schilderte Meinecke eine Unterredung mit seinen Berliner Kollegen im Oktober 1918, in deren Verlauf von Rechtsstehenden die Ansicht vertreten wurde, „daß die eigentlichen Schuldigen an unserer militärischen Lage die Flaumacher und Defaitisten im Lande seien“, und er stellte erstaunt und bestürzt fest, „die Dolchstoßlegende also noch

<sup>248</sup>) Schäfer Nr. 11, S. 77 (1919).

<sup>249</sup>) Below Nr. 12, S. 79 (1919); ders. Nr. 5, S. 326 (1918); dazu Müller Nr. 11, S. 228 (Jan. 1921).

<sup>250</sup>) Dazu Schäfer Nr. 19 (1926), S. 232.

<sup>251</sup>) Schäfer Nr. 11, S. 65 (1919); Below Nr. 12, S. 78/79 (1919); ähnlich Hellmann Nr. 4, S. 21 (Dez. 1918).

vor dem 9. November!"<sup>252</sup>) Das Erstaunen Meineckes ist unverständlich im Hinblick auf die gesamte annexionistische Publizistik, in der die Forderung nach Machterweiterung und unbegrenzter Politik der Stärke stets mit der Warnung verbunden wurde, durch die parteipolitischen Formeln von „Verzicht“ und „Mäßigung“ sei der militärisch sichere deutsche Sieg ständig gefährdet, das heißt durch die „erschlaffenden Dünste“, die von der Heimat ausgingen<sup>253</sup>).

*„Der schlimmste Feind des Deutschen ist stets er selbst. Wir haben alle Aussichten, den Krieg zu gewinnen, wenn wir ihn nicht durch den eigenen Kleinmut verlieren.“*<sup>254</sup>)

Mit den „Kleinmütigen“ waren alle gemeint, die nicht die rechtsextreme, annexionistische Linie vertraten; am schärfsten aber wurden die Sozialdemokraten verurteilt, die angeblich die chronische Schwäche der Regierung ausnutzten und ihre eigensüchtigen Ziele verfolgten ohne Rücksicht auf das Reich<sup>255</sup>).

*„Die Kräfte, welche bewußt das Deutsche Reich zerstören und eine Umwälzung nach russischem Vorgang herbeiführen wollen, sind eifrig an der Arbeit; die Regierung aber verhält sich passiv, abwartend und nachgiebig. . . . So ist die Besorgnis nur zu groß, daß der Ausgang (des Krieges) nicht durch die Erfolge der Feinde, sondern durch eigene Schuld das Verhängnis Deutschlands herbeiführen kann.“*<sup>256</sup>)

Die annexionistischen Historiker hatten also die Dolchstoßlegende in allen ihren möglichen Erscheinungsformen bereits vollständig in der Kriegspropaganda ausgebildet; sie stellten dieses Thema sofort in den Mittelpunkt ihrer Publizistik, sobald sie ihre eigene Politik irgendwie gefährdet sahen wie zur Zeit der Reichstags-Resolution im Juli 1917 oder der Streiks im Januar 1918. Der übersteigerten These vom Primat der Außenpolitik, die Wert und Eigenständigkeit der innenpolitischen, vor allem der sozialen Kräfte weitestgehend negierte oder zumindest verurteilte, war eine Dolchstoßlegende — „Versagen der Heimat“ — bereits immanent. Es stellt sich also die zwar hypothetische, aber durchaus berechtigte Frage, ob ihre endgültige Ausformung zu Beginn der Weimarer Republik tatsächlich nur eine unmittelbare Abwehrreaktion gegen die

<sup>252</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 254.

<sup>253</sup>) E. Meyer Nr. 3, S. 428 (Sept. 1918); dazu Schwabe Nr. 1, S. 352.

<sup>254</sup>) Fester Nr. 2, S. 26 (Dez. 1917); E. Meyer Nr. 2, S. 436 (Febr. 1918); Müller Nr. 4, S. 65 (April 1918); ders. Nr. 5, S. 349 ff. (Aug. 1918).

<sup>255</sup>) Schäfer Nr. 11, S. 69 (1919); Hartung Nr. 18, S. 355 (1923).

<sup>256</sup>) E. Meyer Nr. 2, S. 436 (Febr. 1918); dazu Schäfer Nr. 12, S. 40 (1919); Spahn Nr. 8, S. 133 (1919).

Novemberereignisse und die Niederlage im Kriege darstellte oder ob sie nicht vielmehr ähnlich vertreten worden wäre, wenn das kaiserliche Deutschland etwa im Sommer 1918 einen Frieden auf dem Status quo ante erreicht hätte.

In der Version der erweiterten Dolchstoßlegende registrierten die annexionistischen Historiker alle nur möglichen Momente, die seit Bismarck zu einer Schwächung der Reichsgewalt und zur Unterminierung des nationalen Selbsterhaltungstriebes geführt haben könnten. Obwohl sie den wirtschaftlichen und damit auch machtpolitischen Aufschwung des Deutschen Reiches begrüßten, ja sogar forderten, standen sie verständnislos und ablehnend der Entwicklung zum modernen Industriestaat gegenüber, die durch das ungeheure Anwachsen der Arbeitermassen und ihrer Forderung nach Macht im Staate das tradierte, als Ideal angesehene Staatsgefüge zu zerstören drohte, in der Adel, Militär, Besitz und Bildung die Nation verkörperten und die Politik bestimmten. Ihrer Ansicht nach war es nicht gelungen, den nationalen Geist in der Arbeiterschaft zu wecken, da die großen Parteien, vor allem die SPD, die rein materialistischen Interessen der Massen noch förderten und zu eigenen machtpolitischen Zwecken mißbrauchten, die denen des nationalen Staatsinteresses zuwiderliefen<sup>257</sup>).

So hatte schließlich die Revolution nur ausbrechen und das Reich zu Grunde richten können, weil die Phrasen „Internationalismus“, „Freiheit“, „Gleichheit“, „Pazifismus“<sup>258</sup>) jahrzehntelang den spezifisch deutschen Geist bekämpft hatten, dessen Grundlagen Ordnung, Sittlichkeit und Macht waren.

Die verstärkte Suggestivkraft dieser Phrasen auf die Massen während des Krieges erschien

<sup>257</sup>) Vgl. dazu Schäfer Nr. 11, S. 70 (1919): „Die sozialdemokratische Agitation hat auch von jeher ganz besonders mit den rohen Trieben gearbeitet, deren Erregung allein breiteste Massen in Bewegung setzen kann.“

Dazu Wahl Nr. 3, S. 15 (April 1921). Wahl behauptete, weder „Hebung der materiellen Lage“ noch „Erteilung eines starken Anteils an der Staatsgewalt vornehmlich durch das allgemeine Wahlrecht“ hätten die Arbeitermassen zu nationalen, staatstragenden Schichten erziehen können, da sie nicht im konkreten Staat, sondern im Staat an sich ihren Feind sähen.

<sup>258</sup>) Dazu Below Nr. 20, S. 52 (1920). Die Rechten hatten nach Below mit ihren Prognosen recht behalten. „Eine schwere Niederlage hat nur die demokratische Richtung der Historiker erlitten, welche von extrem-demokratischer Verfassung, Gleichheit, Pazifismus, Völkerbund, Völkerversöhnung ein goldenes Zeitalter erwartet hatte.“ Dazu Müller Nr. 14, S. 89 (1924).

nur dadurch möglich, daß der Weltkrieg „den deutschen Geist in einer Pause seines Schaffens“ traf, und durch eine Übersteigerung der „materiellen Werte, während die ideellen mehr und mehr zum Schmuck des Lebens herabsanken“<sup>259</sup>). So bedeutete z. B. für Johannes Haller die Revolution

*„die Tatsache eines ungeheuren Bankrotts, der ebenso schmerzlich wie beschämend ist, weil er einen Fehlbetrag an geistigen und sittlichen Kräften enthüllte, . . . der nicht möglich gewesen wäre, wären nicht schon vor dem Kriege Geist und Gewissen der Nation erschlaft und stumpf gewesen.“*<sup>260</sup>)

Nur so konnte das deutsche Volk Opfer einer „bewußten Irreführung durch einen Geist werden, der der Feind alles dessen ist, was sich in der Geschichte ausgewirkt hat als deutscher Geist“<sup>261</sup>). Träger des suggestiv auf die Massen wirkenden antideutschen Geistes war die Sozialdemokratie, die dieses Prinzip nur hinter dem „Klassenkampf“ verbarg<sup>262</sup>), und mit ihr im Grunde das Zentrum und die Anhänger der „Neuorientierung“<sup>263</sup>).

Die Agitation der „Demagogen“ mit „Freiheitsphrasen“, deren Folge schließlich der Zusammenbruch im November 1918 war, setzte für Dietrich Schäfer bereits im 19. Jahrhundert ein:

*„Die Zermürbung der inneren Front und dadurch Zersetzung auch der äußeren . . . ist allerdings nur möglich gewesen, hat überhaupt nur versucht werden können, weil seit Jahrzehnten, seit der Begründung des Reiches immer und immer wieder gewählt worden war gegen jede Steigerung der Macht, gegen jede Stärkung der Rüstung, gegen das führende Preußen und seinen angeblich lähmenden und tötenden Militarismus.“*<sup>264</sup>)

<sup>259</sup>) Haller Nr. 10, S. 377; vgl. Schäfer Nr. 11, S. 77 (1919); dazu Wahl Nr. 2, S. 1 (Vorwort) (1920): Laut Wahl lagen die Motive des Zusammenbruchs von 1918 bereits in den 70er Jahren. „Zum ersten Male sah man . . . in großem Maßstab streikende Arbeiter; man erlebte Löhne, die den Arbeitern ermöglichte, zu prassen, ja Champagner zu trinken; man stand einem mächtigen Anschwellen blutrünstiger sozialdemokratischer Agitation gegenüber . . .“

<sup>260</sup>) Haller Nr. 10, S. 378; ähnlich Müller Nr. 10, S. 200 (Dez. 1920); ders. Nr. 11, S. 230 (Juni 1921); vgl. dagegen Marcks Nr. 2, S. 103 (1921): „Der Zusammenbruch war nicht das logische Ende eines langen Niederganges, sondern der jähe Abbruch einer Fülle und Frische und Kraft, hervorgerufen lediglich durch auswärtige Übergewalt, nicht etwa durch innerliches Verdorren: obwohl es an innerlichen Mängeln sicherlich nicht fehlte.“

<sup>261</sup>) Collischonn Nr. 1, S. 666 (1920).

<sup>262</sup>) Ebenda.

<sup>263</sup>) Below Nr. 5, S. 322 (1918); ders. Nr. 12, S. 82 (1919).

<sup>264</sup>) Schäfer Nr. 17, S. 604 (1920); ders. Nr. 12, S. 13 (1919); vgl. dazu Haller Nr. 10, S. 418.

Das heißt, das von den Historikern als absolut gültig bezeichnete Lebensgesetz des Staates war nicht erkannt bzw. bewußt negiert worden: der Primat der Außenpolitik und die zur Erhaltung des Staates notwendige ständige Steigerung der Macht<sup>265</sup>) (s. oben S. 13 ff.).

Schäfers allgemein gehaltenes Urteil präzierte Below in einem langen „Sündenregister“ der „Demokratie“, ohne dabei diesen Begriff näher zu definieren; er benutzte ihn vielmehr als simplifizierendes Schlagwort für alle die politischen Tendenzen in Deutschland, die sich nicht eindeutig mit der alldeutsch-annexionistischen Richtung identifizieren ließen.

Die Demokratie trug demnach laut Below die stärkste Verantwortung für den unglücklichen Ausgang des Krieges durch<sup>266</sup>):

1. die Schwierigkeiten, die sie vor dem Krieg einer befriedigenden deutschen Rüstung bereitete<sup>267</sup>),
2. die Hemmungen, die sie von jeher einer festen auswärtigen Politik entgegensetzte,
3. die unmittelbar und mittelbar wesentlich durch sie veranlaßte Verschleppung des U-Bootkrieges,
4. den Widerstand gegen die Verwendung der tüchtigsten Männer (gemeint war vor allem Tirpitz; ferner Ludendorff und die Militärs, die der zivilen Reichsleitung gegenüber nicht genügend Machtbefugnisse erhielten)<sup>268</sup>),
5. ihre unaufhörlich geforderten Friedensangebote (gemeint vor allem die Friedensoffensive Dezember 1916<sup>269</sup>),

<sup>265</sup>) Dazu Schäfer Nr. 11, S. 58/59 (1919): „Noch nie hat ein Volk zugleich mit Erfolg um sein Bestehen kämpfen und die inneren Verhältnisse der Heimat auf neue Grundlagen stellen können. . . . England und Frankreich haben ihre Revolutionen vollzogen in vollständiger Sicherheit ihres äußeren Bestandes.“

<sup>266</sup>) Below Nr. 12, S. 82 (1919); Numerierung und Zusätze in Klammern von K. Th.

<sup>267</sup>) Vgl. Schäfer Nr. 19, S. 59 (1926); Brandenburg Nr. 8, S. 261 (1921).

<sup>268</sup>) Vgl. Müller Nr. 11, S. 228 (Jan. 1921); Sternfeld Nr. 3 (9. Juli 1919): „Niemals waren die Deutschen im Weltkrieg einig, und sie hatten keinen Führer, der ihnen ein Zwingherr zur Einigkeit wurde.“ Vgl. ferner Haller Nr. 10, S. 365: „Im gesamten Regierungsapparat nicht ein wirklicher politischer Kopf, die Botschafter eine Staatsgalerie von Nullen, die Marine in Händen von Mittelmäßigkeiten und der Chef des Generalstabs ein friedliebender, schwerkranker Mann, der sich nie etwas zugetraut hatte und schon bei der Mobilmachung körperlich und seelisch zusammenbrach — das war die Führung!“

<sup>269</sup>) Dazu Spahn Nr. 8, S. 134 (1919).

6. ihre Verzichtformeln in der Kriegszielfrage (gemeint vor allem die Reichstagsresolution Juli 1917)<sup>270)</sup>,
7. ihre Lähmung jedes Siegwillens bis zur Unterhöhlung des guten Geistes unseres Heeres (Vorwurf vor allem gegen die gesamte nicht rechtsorientierte Presse)<sup>271)</sup>,
8. die ganze Halbheit unserer Politik, ihr Zickzack (gemeint das Tauziehen zwischen den Parteien unter sich, ferner zwischen Parlament, Regierung und OHL)<sup>272)</sup>,
9. die ungeschickten Friedensverhandlungen in Litauisch-Brest<sup>273)</sup>,
10. dadurch, daß Bethmann Hollweg den politischen Schwerpunkt während des Krieges immer mehr auf die Seite des Reichstages hat gleiten lassen<sup>274)</sup>.

Zwar stellte Below als einziger einen solchen Katalog auf, in den Einzelheiten stimmten jedoch die meisten rechtsstehenden Historiker mit ihm überein, und ihre Ergänzungen entsprachen ganz dem Charakter dieser Liste<sup>275)</sup>.

Die Erfolge der Politik in den vergangenen Jahren waren ausschließlich denen zu verdanken, die sich der von Ernst Troeltsch, dem Sprecher der Gemäßigten, geforderten „Demobilisierung der Geister“ (das heißt Abbau der alldeutschen Leidenschaften und politischen Ziele) und ihrer soeben skizzierten Konsequenzen entgegengestellt und mit „sachverständigem Urteil“ die nötigen machtpolitischen Maßnahmen getroffen hatten<sup>276)</sup>.

Aus den zeitlich weit zurückgreifenden Ursachen des inneren und äußeren Zusammenbruchs zog Below das Fazit:

*„Der Fortschritt der Demokratie hätte zur Revolution, oder, um es genauer auszudrücken, zur Auflösung auch ohne den Krieg geführt.“*<sup>277)</sup>

Jeglicher Einbau von demokratischen Institutionen, die die Gemäßigten zur Erhaltung des bestehenden spezifisch deutschen Machtstaates

<sup>270)</sup> Dazu Below Nr. 30, S. 16 (1925); Hartung Nr. 6, S. 115 (15. 12. 1918).

<sup>271)</sup> Dazu Sternfeld Nr. 3 (Juli 1919).

<sup>272)</sup> Dazu Hartung Nr. 18, S. 363 (1923); Schäfer Nr. 17, S. 603 (März 1920); Müller Nr. 11, S. 228 (1921); Sternfeld Nr. 3 (Juli 1919); Marcks Nr. 2, S. 99 (1921).

<sup>273)</sup> Dazu Haller Nr. 5 (11. Sept. 1918).

<sup>274)</sup> Below Nr. 5, S. 322 (1918); dazu ders. Nr. 12, S. 78 (Febr. 1919).

<sup>275)</sup> Vgl. Schäfer Nr. 15 (1. April 1920).

<sup>276)</sup> Below Nr. 11, S. 813 (1918); dazu Müller Nr. 11, S. 228 (1921).

<sup>277)</sup> Below Nr. 12, S. 82 (1919); ders. Nr. 20, S. 52 (1920).

gefordert hatten, stellte demnach also bereits einen Dolchstoß dar, der den Staat in seinen Grundfesten erschüttern mußte — unabhängig von der außenpolitischen Lage oder innenpolitischen Entwicklungen. Damit sprach Below indirekt aus, daß der Gedanke einer Dolchstoßlegende bereits im Kriege — besonders zur Zeit der forcierten Reformbewegung im Juli 1917 — konzipiert und durch die November-Revolution nur noch bestätigt, ergänzt und verschärft worden war.

## 2. Der „kleine“ Dolchstoß: Die Oktober-Verfassung 1918

*„Es kann unserem Volk nicht oft genug vor Augen gestellt werden: Nicht ihren Waffenerfolgen verdanken unsere Feinde ihren Sieg unserer Erbärmlichkeit in der Heimat verdanken sie ihn. Mögen die militärischen Eigenschaften Joffres, Pétains und Fochs, mag die Zähigkeit der englischen, italienischen Feldherrn noch so groß gewesen sein, mögen die technischen Hilfsmittel der Amerikaner noch so unerschöpflich gewesen sein, niemals hätten sie uns so in die Knie gezwungen, hätten wir uns nicht selbst aufgegeben.“*<sup>277a)</sup>

Die Selbstaufgabe der deutschen Nation begann nach dieser nur von Rechtskreisen vertretenen Auffassung Anfang Oktober 1918<sup>278)</sup>, als die den deutschen Staat und den deutschen Sieg gefährdenden innen- und außenpolitischen Konzeptionen der Reichstagsmehrheit vom Juli 1917 für Regierung und militärische Führung allein maßgebend wurden<sup>279)</sup>. In einer unpräzisen, allgemein polemischen Art stellten die Historiker die Vorgänge so dar, als seien die Links- und Mittelparteien aus eigener Machtvollkommenheit in die Regierung eingetreten; und die Tatsache, daß das Deutsche Reich die Entente um einen Waffenstillstand ersucht hat, erwähnten sie nur selten und buchten sie dann stets auf das Schuldkonto von Max von Baden und Erzberger. Hinweise auf Ludendorff als den eigentlichen Initiator fehlten völlig (s. oben S. 21).

Unter der neuen Regierung konnten nach Ansicht der Professoren die Sozialdemokraten, vor allem die Unabhängigen, jetzt ungestört und mit finanzieller Unterstützung feindlicher Mächte ihre Agitation mit verstärktem Nach-

<sup>277a)</sup> Dazu Schwabe Nr. 1, S. 371: Im privaten Kreis gaben einige Annexionisten bereits im Oktober 1918 zu, daß ein Siegfrieden in weite Ferne gerückt sei; O. Hoetzsch in: Nr. 1, Bd. III, S. 515 (9. Okt. 1918), sogar öffentlich: „Nun ist der Krieg zu unseren Ungunsten entschieden“.

<sup>278)</sup> Schäfer Nr. 11, S. 65 (1919); zur Dolchstoßlegende vgl. vor allem Petzold Nr. 1.

<sup>279)</sup> Dazu Hartung Nr. 18, S. 363 (1923).

druck fortsetzen. Doch hätte „die politische Gasvergiftung, von der Heimat ausgehend“<sup>280)</sup>, nur wenig vermocht, wäre nicht die „Parole gegen die Oberste Heeresleitung“ und damit die Boykottierung der nationalen Verteidigung<sup>281)</sup> zum obersten Prinzip der neuen Regierung erhoben worden, die mit ihrem „Verständigungsfrieden . . . an Seifenblasen ihre Freude“ hatte<sup>282)</sup>.

*„Man war geblendet von dem strahlenden Licht der Volksherrschaft, das man glaubte heraufdämmern zu sehen, und vertraute blind dem Sirengesange eines Wilson.“*<sup>283)</sup>

Die im Oktober begonnene Unterminierung der tradierten deutschen Staatsordnung mündet zwangsläufig in dem totalen Umsturz am 9. November 1918, mit dem die Heimat dem bis dahin noch tapfer kämpfenden Heer den letzten, endgültigen Dolchstoß versetzte<sup>284)</sup>. Als das eigentliche revolutionierende Moment sahen sie die Demokratisierung des Reiches an (s. S. 27), die „ruchloseste Leichtfertigkeit“<sup>285)</sup>, wenn nicht gar „Landesverrat“<sup>286)</sup> bedeutete, da sie Siegeswillen und Widerstandskraft des Volkes und damit auch die Kampfmoral an der Front untergraben habe.

Dem Einwand der Gemäßigten, die Revolution sei im Gegenteil ausgebrochen, weil die Rechtskreise die rechtzeitige Demokratisierung systematisch boykottiert hätten, begegnete Below mit dem Argument, die Revolution sei z. B. in badischen Städten mit Klassenwahlrecht meist in maßvolleren Grenzen verlaufen als in Stuttgart mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht<sup>287)</sup>. Sie sei also nicht eine Frage der Reformen<sup>288)</sup>, sondern der Industrialisierung — jedoch nicht aus sozialen Gründen, sondern weil die sozialdemokratische Agitation und Demagogie in dicht besiedelten Industriegebieten die besten Möglichkeiten hatte, „Massentriebe blindwütig in Bewegung“ zu setzen<sup>289)</sup>.

<sup>280)</sup> Haller Nr. 10, S. 372.

<sup>281)</sup> Schäfer Nr. 17, S. 604 (1920).

<sup>282)</sup> Schäfer Nr. 6, S. 88 (1919).

<sup>283)</sup> Schäfer Nr. 17, S. 604 (1920); ders. Nr. 6, S. 88 (1919).

<sup>284)</sup> Schäfer Nr. 11, S. 65 (1919); ders. Nr. 13, S. 19 (1920); Haller Nr. 10, S. 372.

<sup>285)</sup> Schäfer Nr. 13, S. 19 (1921).

<sup>286)</sup> Schäfer Nr. 11, S. 69 (1919); ähnlich Hoetzsch Nr. 7, S. 86.

<sup>287)</sup> Below Nr. 12, S. 83 (1919).

<sup>288)</sup> Die Professoren der Rechten wie der Mitte waren sich darin einig, daß die sozialpolitischen Einrichtungen im Deutschen Reich besser waren als in allen anderen Staaten. Vgl. Meinecke Nr. 2, S. 35 (1917); Below Nr. 12, S. 77 (1919); Schäfer Nr. 11, S. 68/69 (1919).

<sup>289)</sup> Schäfer Nr. 11, S. 78 (1919); vgl. oben Anm. 257.

Während die rechtsstehenden Historiker dazu neigten, alle nicht-konservativen politischen Gruppen gleichzusetzen, erkannten doch einige von ihnen gelegentlich an, daß innerhalb der Sozialdemokratie gewisse Differenzen herrschten. Demnach verfügten vor dem 9. November nur die Unabhängigen über ein wirklich revolutionäres Programm, dessen Hauptpunkte Sturz der Monarchie und Einrichtung von Arbeiter- und Soldatenräten waren, und über ein ausgedehntes, von Rußland bezahltes Agentennetz<sup>290)</sup>. Die MSPD aber besaß weder Einsicht noch Kraft und Willen genug, dem entgegenzutreten und konnte sich nur noch behaupten durch „liebenswürdige Nachgiebigkeit“ gegen USPD, Spartakisten<sup>291)</sup> und dem Diktat der Straße<sup>292)</sup>. Ihre beiden entscheidenden Fehler lagen laut Schäfer darin, daß sie die unversehrte Erhaltung des Reiches außenpolitisch auf dem Wege über die Internationale<sup>293)</sup> und innenpolitisch durch eine Frontstellung gegen rechts glaubte erreichen zu können<sup>294)</sup>. Er sah die Haltung der MSPD bestimmt durch ihre Angst, Anhänger zu verlieren<sup>295)</sup>, und durch ihre starre Parteidoktrin, die nicht nach „Volkswohl“ und Staatsinteressen fragte<sup>296)</sup>. Damit war die MSPD in gleichem Maße des Dolchstoßes für schuldig befunden wie die Unabhängigen und die Spartakisten<sup>297)</sup>.

Derartige Ansätze zu einer nuancierenden Darstellung der revolutionären Vorgänge stammten nahezu ausnahmslos aus dem Winter 1918/19, als die Weiterentwicklung noch unsicher erschien. Doch auch schon damals überwogen bei weitem solche Schlagworte, die mehr einer generellen Diskreditierung der neuen Regierung als einer historisch-kritischen

<sup>290)</sup> Dazu Petzold Nr. 1, der zwar die Dolchstoßlegende ablehnt, nicht aber die Agitation von den Unabhängigen und den Spartakisten.

<sup>291)</sup> Below Nr. 12, S. 78 (1919); vgl. dazu Müller Nr. 7, S. 99 (Nov. 1919): Das Kennzeichen der modernen demokratischen Bewegung „ist das Unbeherrschte, Willkürliche, Zufällige, Naturartige, was ihr anhaftet. Sie wird nicht von den Regierenden vorbereitet oder gar geleitet . . . Sie vollzieht sich vielfach gegen ihren Willen, meist ohne ihr Zutun; wenn sie sie fördern, sind sie vielmehr ihre Diener als ihre Führer. Sie trachten entweder, sie zurückzudrängen, oder lassen sich von ihr leiten, ohne sie zu beherrschen. Sie verkennen oft ihr eigentliches Dasein noch in dem Augenblick, wenn sie sich bereits der Gewalt bemächtigt. Aber auch aus der Mitte der Bewegung selbst erheben sich keine überragenden Führer: Zerrissene Einzelvorgänge überall.“

<sup>292)</sup> Schäfer Nr. 12, S. 7 (1919).

<sup>293)</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>294)</sup> Schäfer Nr. 11, S. 78 (1919).

<sup>295)</sup> Ebenda.

<sup>296)</sup> Schäfer Nr. 7, S. 677 (1919).

<sup>297)</sup> Schäfer Nr. 11, S. 72 (1919).

Analyse dienten. Trotzdem beanspruchten die Gelehrten, mit wissenschaftlicher Objektivität alle Vorgänge zu untersuchen und zu schildern <sup>298</sup>).

In den Begründungen der militärischen Niederlage und der Revolution mit der „kleinen“ Dolchstoßlegende zeichnen sich zwei Hauptargumente ab: 1. die Agitation „von unten“ gegen den bestehenden nationalen Staat und 2. die Unfähigkeit der Regierenden, nach innen und außen Realpolitik nach konservativem Vorbild zu betreiben.

Das zweite Argument stützten die Gelehrten mit folgender Beweiskette:

1. Die Männer der neuen Ordnung haben die internationalen Machtverhältnisse und die verschleierte Eroberungspolitik Wilsons nicht erkannt;

2. deshalb sind sie auf Wilsons Forderungen „hereingefallen“ und haben das Deutsche Reich durch die Verabschiedung Ludendorffs und die Ablehnung der nationalen Verteidigung den äußeren Feinden und durch die Demokratisierung den inneren Feinden ausgeliefert;

3. sie haben nicht erkannt, daß grundsätzlich der bürgerlichen Demokratie der Umschlag in eine sozialistische immanent ist.

*„Die bürgerliche Demokratie ruft nach Demokratisierung des Staates und schwelgt im Glück, sobald sie erreicht ist. Sofort aber wird die bürgerliche zugunsten der sozialistischen Demokratie aus dem Sattel gesetzt.“* <sup>299</sup>)

*„Das ist genau das, was die Gegner der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes in Preußen von deren Wirkung vorausgesagt haben: die Demokratie führt notwendig zur Republik.“* <sup>300</sup>)

Da die Demokratisierung seit Bismarck ständig Fortschritte machte, wenn auch gehemmt durch die alten Gewalten, mußten laut Below Parlamentarismus, Sozialismus und Republik, das heißt der Dolchstoß gegen alles Bestehende, mit historischer Notwendigkeit kommen. Er forderte jedoch nicht, wie seine gemäßigten

<sup>298</sup>) Aus dem reichhaltigen Vokabular ihrer Publizistik seien hier nur einige Beispiele gegeben: „Landesverrat“, „Novemberverbrechen“, „Zersetzung“, „Auflösung“, „Nachäffung fremder Muster“, „Herrschaft der Landfremden, Deserteure und der wurzellosen Schwätzer“, „Tumel der Selbstsucht“, „mörderische Selbstzerfleischung“, „Triumph der Feiglinge und Literaten“, „Tumel von Schlagworten“ usw.; eine Häufung derartiger Schlagworte bei Müller Nr. 9, S. 42 (Okt. 1920); da ähnliche in nahezu allen Veröffentlichungen der Historiker auftauchten, kann hier auf weitere Belegstellen verzichtet werden.

<sup>299</sup>) Below Nr. 12, S. 79 (1919).

<sup>300</sup>) Ebenda, S. 78.

Kollegen, sich der Entwicklung zu beugen und anzuschließen; im Gegenteil: gerade als Historiker sah er seine nationale und ethische Pflicht nun darin, einer zwangsläufigen Entwicklung, die zu einer Auflösung aller Normen und Werte führen mußte, sich mit aller Kraft entgegenzustemmen <sup>301</sup>).

Derartige Überzeugungen warfen nachträglich ein bezeichnendes Licht auf die Versicherung der alldutschen Professoren während des Krieges, in kommenden Friedenszeiten stünde den geforderten Reformen nichts mehr im Wege (vgl. oben S. 12 u. Anm. 88). Außerdem legten sie bereits die Richtung fest, in der sie künftig Politik betreiben wollten; denn mit dem Dolchstoß hatte nach ihrer Meinung die Mehrheit des Volkes versucht, die Gesetze zu negieren, denen Staaten, Völker und politische Entwicklungen unterworfen seien, und war völlig gescheitert — und gerade damit war in ihren Augen die uneingeschränkte, objektive Gültigkeit der tradierten Staatsideologie historisch-politisch bestätigt und nachgewiesen. Das Endergebnis des jahrelang von nicht-konservativen Kreisen praktizierten Dolchstoßes — der Umsturz im November 1918 — verdiente deshalb nicht den großen Namen einer Revolution. Im Vergleich mit anderen großen europäischen Revolutionen kamen die Historiker zu dem Schluß, die deutsche sei nur Ausdruck der Schwäche, sei Auflösung und ein totaler Zusammenbruch ohne kraftvolle Führerpersönlichkeiten und ohne einen neuen zukunftsweisenden Gedanken, der auf nationalem und sozialem Gebiet Deutschland kraftvoll hätte einigen können <sup>302</sup>). Die rasche Liquidierung dieser „Ochlokratie“ und „Anarchie“ war deshalb der Hauptparagraph im politischen Programm, mit dem die rechtskonservativen Historiker die Zukunft des neuen deutschen Staates zu bestimmen hofften.

### 3. Ablehnung der Dolchstoßlegende.

Wie ihre konservativen Kollegen erblickten auch die liberalen in den Novemberereignissen vor allem den Beweis für die Richtigkeit ihrer bisherigen politischen Anschauungen. Das bedeutet, aus ihrem früheren Kampf gegen allddeutsch-militaristische Tendenzen ergab sich nun zwangsläufig der Kampf gegen die Dolchstoßlegende, den sie gerade als Historiker aus Pflichtgefühl gegenüber Staat und Na-

<sup>301</sup>) Below Nr. 31, S. 40 (1926).

<sup>302</sup>) Dazu Müller Nr. 9, S. 42 ff.; ders. Nr. 14, S. 52 (1923) u. ö.; Schäfer Nr. 7, S. 677 (März 1919); ders. Nr. 13, S. 19 (1920); ebenso Dehio Nr. 3, S. 87.

tion führten; denn — so lautete ihre Begründung — erstens war der „Dolchstoß“ tatsächlich eine „Legende“, das heißt historisch unwahr; zweitens förderte sie die politische Zerrissenheit Deutschlands in einem Moment, in dem die ganze Nation einheitlich zusammenhalten mußte<sup>303</sup>), um der außen- wie innenpolitischen Probleme Herr zu werden; drittens war sie ein taktisches Mittel, um dem Volk für die Zukunft das politische Selbstbestimmungsrecht zu verweigern<sup>304</sup>); viertens bereitete sie ideologisch den Boden vor für eine alldeutsch-militaristische Gegenrevolution, die den endgültigen Untergang des Reiches nach sich ziehen mußte<sup>305</sup>).

Die tieferen Gründe des militärischen Zusammenbruchs im Herbst 1918 lagen nach Ansicht der liberalen Historiker hauptsächlich in der Politik der Rechtskreise, die die Realisierung all der gemäßigten Bestrebungen verhindert hatte, die Below als Ursachen von Niederlage und Revolution aufzählte (s. S. 27 f.). Bereits im September 1917 hatte Meinecke eine Äußerung Kühlmanns aufgegriffen:

*„Revolutionen entstehen aus Fehlern der auswärtigen Politik. Wenn die zur Führung des Staates berufenen Klassen ihre Aufgabe nicht verstehen und den Weg zum Frieden nicht zu finden wissen, so verlieren sie ihre Autorität, und das Ganze bricht zusammen.“*<sup>306</sup>

Abgesehen davon, daß diesem Wort die Staatsideologie vom Primat der Außenpolitik und von a priori führenden Schichten zugrunde lag, ist es doch bemerkenswert, daß Meinecke — wenn auch äußerst vage — eine gewisse Berechtigung der Möglichkeit einräumte, die traditionell herrschenden Gruppen könnten, wenn sie versagten, von anderen abgelöst werden. Damit war, ebenso wie die Dolchstoßlegende selbst, auch ihre Widerlegung in den Ansätzen bereits während des Krieges konzipiert.

Annexionismus und extreme Machtpolitik im Stile der OHL forderten nach Ansicht der Gemäßigten das „Gesetz der Geschichte“ heraus, demzufolge sich stets alle gefährdeten Staaten gegen den Staat zusammenschlossen, der nach absoluter Hegemonie strebte (s. S. 12 f.). Die militärische Niederlage Deutschlands, die bereits im September 1918 besiegelt war, war also nicht auf die Kraftlosigkeit des Kaiser-

reichs zurückzuführen, sondern im Gegenteil auf eine Überschätzung und Überspannung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten; deren unmittelbare Folge, die Revolution, war demnach „in erster Linie ein Ereignis militärisch-politischer Natur und, wenn man will, ein negatives Ereignis, nämlich der Einsturz eines überlasteten Bauwerks“<sup>307</sup>).

Den realpolitischen, gemäßigten Kurs der zivilen Gewalten hatten die Militärs mit immer schärferen Mitteln boykottiert, bis sie gegen Ende des Krieges praktisch die Herrschaft im Staate innehatten und eine Art von Militärdiktatur ausübten<sup>308</sup>). Eine wesentliche Voraussetzung für diese Entwicklung lag in der deutschen Verfassung selbst, die die militärische und die zivile Gewalt unabhängig voneinander direkt dem Kaiser unterstellte. Das System an sich erschien den Gelehrten als gut und wertvoll, es wirkte sich aber verhängnisvoll für Deutschland aus, da der Kaiser sich als völlig unfähig erwies<sup>309</sup>), die beiden Gewalten sinnvoll zu koordinieren und die politische Auswertung militärischer Operationen der zivilen Regierung als letztlich entscheidender Instanz zu überantworten. Die gemäßigten Historiker waren sich darin einig, daß der Ausgang des Kampfes um die Macht in Deutschland zugunsten des Alldeutschtums und seines entscheidenden Exponenten, der Obersten Heeresleitung<sup>310</sup>), die wesentliche Ursache der militärischen Niederlage bildete<sup>311</sup>). Delbrück zog daraus die Konsequenz und drehte die Dolchstoßlegende um:

*Die Vorkämpfer der Dolchstoßlegende müssen „auf den Rückstoß gefaßt sein: die Oberste Heeresleitung hat den Krieg absichtlich und verbrecherisch verspielt, denn sie hat statt alles zu tun, den Verständigungsfrieden herbeizuführen, ihn nach Kräften zu verhindern gesucht und ihn erst angestrebt, als es zu spät war.“*<sup>312</sup>)

Aber nicht nur die Rechtsextremisten hatten sich nach Ansicht der Historiker als politisch unfähig erwiesen, sondern ebenfalls die Parteien im Reichstag, die den Alldeutschen kein echtes Alternativprogramm entgegengestellt, sondern — in jeweils parteitaktisch und pragmatisch motiviertem Hin und Her befangen — die realen Möglichkeiten verspielt hatten, auf die Gesamtpolitik der Reichsleitung entschei-

<sup>303</sup>) Delbrück Nr. 6, S. 33 u. 63 (1922); laut Delbrück arbeitete die Dolchstoßlegende den Feinden in die Hände; vgl. ferner Roloff Nr. 2, S. 532 (Dez. 1918).

<sup>304</sup>) Dazu Becker Nr. 1, S. V (1921); dieser interessante Gesichtspunkt tauchte sonst nicht wieder auf.

<sup>305</sup>) Meinecke Nr. 6 (1922).

<sup>306</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 251.

<sup>307</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 42 (März 1919).

<sup>308</sup>) Delbrück Nr. 4, S. 39 (1922); ähnlich Müller Nr. 12, S. 229 (1921).

<sup>309</sup>) Goetz Nr. 12, S. 83 (1920).

<sup>310</sup>) Delbrück Nr. 6, S. 33 (1922).

<sup>311</sup>) Den Beginn dieser Entwicklung sah Goetz bereits in den neunziger Jahren, seit der Verabschiedung Bismarcks; Goetz Nr. 16, S. 418 (1924).

<sup>312</sup>) Delbrück Nr. 6, S. 63 (1922).

denden Einfluß auszuüben<sup>313</sup>). Die Historiker, die in einer parlamentsunabhängigen Regierung das Ideal einer deutschen Staatsverfassung verwirklicht sahen, ließen die Frage unbeantwortet, auf welchem Wege der in seinen Befugnissen außerordentlich beschränkte Reichstag Einfluß auf die Politik hätte gewinnen sollen — vor allem angesichts der Tatsache, daß selbst die Reichsregierung sich nicht gegen Kaiser und OHL durchzusetzen vermochte. Die Ursache für die offensichtliche Widersprüchlichkeit dürfte in ihrer tiefverwurzelten generellen Ablehnung von Parteien durch die Gemäßigten zu finden sein. Noch irrationaler war ihr Vorwurf, auch das deutsche Volk sei an der militärischen Niederlage mitschuldig, weil es „falschen Propheten“ gefolgt war und sich der verderblichen Politik nicht entgegengesetzt hatte<sup>314</sup>). Die liberalen Professoren konstruierten aus ihrer Kritik aber nicht eine andere Variation der Dolchstoßlegende, sondern versuchten, mit ihrer Hilfe die Frage zu beantworten, wie es zu der überragenden Machtstellung der Militärs gekommen war.

Angesichts der unrealen Machtpolitik der OHL glaubten die liberalen Professoren, Deutschland vor dem Untergang nur retten zu können durch eine Änderung der Verfassung, die nun die militärische der zivilen Gewalt unterordnete und die demokratischen Strömungen verfassungsmäßig im Staat verankerte (s. S. 20 ff.).

*„Die heutige deutsche Demokratie oder demokratische Staatsform ist keineswegs das Ergebnis der Revolution, sie ist vielmehr in der Hauptsache das Gegengewicht gegen die Revolution gewesen.“*

„Die stärkste der revolutionierenden Kräfte“ war für Meinecke der Krieg selbst und ihm immanent die Friedenssehnsucht<sup>315</sup>). Er lehnte deshalb — ebenso wie seine gleichgesinnten Kollegen — von Anfang an auch die Version der „kleinen“ Dolchstoßlegende ab<sup>316</sup>); denn allein ein „dogmatischer Glaube an den Sieg“, wie ihn die Annexionisten forderten, erzeuge nicht den Siegeswillen, sondern könne eher „zu einem narkotischen Mittel werden“, dessen Wirkung eines Tages aufhören und dann verheerende Folgen haben konnte, wie die Revolution erwies<sup>317</sup>). In diesem Sinne schrieb Delbrück:

<sup>313</sup>) Goetz Nr. 12, S. 83 (1920); Delbrück Nr. 6, S. 36 (1922).

<sup>314</sup>) Goetz Nr. 12, S. 83 (1920); Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 214 (Nov. 1918).

<sup>315</sup>) Meinecke Nr. 8, S. 227 (1928); dazu Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 213 (Nov. 1918).

<sup>316</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 254 u. ö.

<sup>317</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 257 (3. Nov. 1918).

*„Der Feldzug und der Krieg ist verlorengegangen, nicht weil die Stimmung zusammengesunken war, sondern die Stimmung versagte, als die Truppe zu fühlen begann, daß sie den Krieg nicht mehr gewinnen könne.“*<sup>318</sup>).

Der letzte entscheidende Fehler der OHL war deshalb für Delbrück das überstürzte Drängen auf einen Waffenstillstand<sup>319</sup>). Es dokumentierte einerseits den Feinden gegenüber in unklarer überdeutlicher Weise die militärische Notlage Deutschlands, und andererseits mußte diese plötzliche amtliche Bankrotterklärung eine verheerende Wirkung auf die bis dahin noch siegesgläubigen, ahnungslosen Massen ausüben<sup>320</sup>).

Der Versuch, in den Oktobertagen „die alte autoritäre Monarchie gesetzlich umzubilden zur Volksmonarchie“, war letztlich gescheitert wegen der Wilsonschen Noten<sup>321</sup>); die Revolution war dann unvermeidlich geworden durch das zeitliche Zusammentreffen der beiden „letzten Staatsfehler des alten Systems“: „die verzögerte Abdankung des Kaisers und der unüberlegte Entschluß zum Flottenvorstoß“<sup>322</sup>). Dieses Argument Meineckes aus dem Jahre 1928 ist bemerkenswert, weil er selbst noch Anfang November 1918 — im Gegensatz zu einem Kollegen — eine „heroische Erhebung“, also den Endkampf, gefordert hatte, um den „letzten Zusammenhang mit unserer Geschichte“ nicht zu verlieren<sup>323</sup>).

Mit der Darstellung der Ereigniskette — Fehler der verantwortlichen Gewalten — militärische Niederlage — Stimmungsumschwung und Friedenssehnsucht — Fehler der Führung — Revolution — repräsentierten Meinecke und Delbrück die ganze Gruppe der liberalen Gelehrten.

Den Vorwurf der Konservativen, der Zusammenbruch sei größtenteils eine Folge der sozialistischen Agitation vor allem von seiten der Unabhängigen, wiesen die Liberalen im allgemeinen zurück, und zwar nicht, weil sie diese Agitation überhaupt leugneten, sondern weil sie erst dann geschichtlich wirksam wer-

<sup>318</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 207.

<sup>319</sup>) Delbrück Nr. 6, S. 59 u. ö. (1922); Roloff Nr. 2, S. 531 ff. (Anf. Dez. 1918).

<sup>320</sup>) Vgl. dazu Bergsträsser Nr. 3, S. 120 (1921).

<sup>321</sup>) Meinecke Nr. 8, S. 220 (1928); dazu Roloff Nr. 2, S. 532 (Dez. 1918).

<sup>322</sup>) Meinecke Nr. 8, S. 222 (1928); vgl. dagegen Hartung Nr. 18, S. 362 (1924): Der Flottenvorstoß sei eine militärische Notwendigkeit gewesen; die Unabhängigen aber hätten das Gerücht verbreitet, die Flotte solle geopfert werden, um damit Meuterei und Umsturz agitatorisch vorzubereiten.

<sup>323</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 271 (13. Okt. 1918); ebenso Nr. 10 (3. 11. 1918); vgl. Hobohm Nr. 2, S. 21 (ca. 20. Okt. 1918).

den konnte, „als die Immunität des Körpers gegen das Gift geschwunden war“; denn in Krisensituationen wurden extreme Oppositionsparteien „der gegebene Magnet für alle Unzufriedenheiten“<sup>324</sup>).

Sowohl die extreme Machtpolitik der Rechten als auch die zermürbende Propaganda von links in der Endphase des Krieges waren schuld an der moralischen Zersetzung von Heimat und Heer<sup>325</sup>), die schließlich in dem Zusammenbruch zutage trat, „den man November-Revolution nennt“<sup>326</sup>). Bis dahin aber war „das deutsche Volk, trotz aller Sozialdemokratie, in dem Rufe gewesen, ein Volk der Disziplin und Autorität zu sein“<sup>327</sup>).

Ähnlich wie die alldeutschen Professoren suchten auch die gemäßigten die tieferen Wurzeln dieser Entwicklung. Meinecke glaubte, sie gefunden zu haben in dem „nüchternen Egoismus und Materialismus des modernen Proletariats“; ihm fehlte, wie den Sozialisten und den Matrosen, die „heroisch-ritterliche Ethik des ehrenvollen Unterganges, der freiwilligen, nutzlosen, aber ruhmreichen Selbstaufopferung“<sup>328</sup>).

Der MSPD billigte man zwar allgemein zu, daß sie die Revolution nicht gewollt und schon seit Jahren einen evolutionären Kurs gesteuert hatte<sup>329</sup>), aber da sie nach Ansicht der Professoren noch unter dem „Banne ihrer eigenen Vergangenheit“<sup>330</sup>) stand, konnte und wollte sie sich der gewaltsamen Revolution nicht entziehen, nachdem der Anstoß von anderer Seite gekommen war, nämlich der rein militärischen und unpolitischen Matrosenmeuterei, die allerdings von den Unabhängigen<sup>331</sup>) angestiftet und dann politisiert worden war. Als die Revolution nicht mehr aufzuhalten war, lehnten die Mehrheitssozialisten nun ein weiteres Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien ab und schwenkten nach links über zu den „ihnen unsympathischen“ Unabhängigen, um so die Revolution abzuschwächen, „aufzufangen“, sie aber gleichzeitig auch zu „besie-

geln“<sup>332</sup>); denn „weder die Soldaten allein noch die Sozialisten allein hätten die Autorität der alten Ordnung zu zerbrechen vermocht; aber verbündet miteinander vermochten sie es.“<sup>333</sup>)

Keiner der Gelehrten beschuldigte einzelne führende Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Partei; im Gegenteil bezeichneten sie Männer wie Ebert und Noske als Bewahrer des Vaterlandes vor dem endgültigen Chaos, da sie den „alten deutschen Staatsgedanken“ in die radikal veränderten Verhältnisse hinüberretteten und mit allen positiven Kräften des alten Staates zusammenarbeiteten: mit den führenden Gewalten des Heeres wie mit dem gesamten Staats- und Behördenorganismus<sup>334</sup>). Ähnlich wie die Konservativen sahen sie in der Revolution weniger das Werk einzelner zielbewußter Führer, als vielmehr das letzte Glied einer Ereigniskette<sup>335</sup>), in der die Sozialisten zwangsläufig dominieren mußten, weil sie als einzige in dieser Situation der totalen Auflösung ein positives Programm — die Republik — aufstellen und damit die Massen an sich binden konnten<sup>336</sup>). Aus der Überzeugung heraus, daß diese Entwicklung sich mit einer gewissen inneren Notwendigkeit vollzog, kritisierte z. B. Walter Goetz seine konservativen Kollegen, „die den Sinn für Werden und Vergehen unter dem eigenen Leiden verloren zu haben schienen“, und er hielt ihnen entgegen, „daß hier Weltgeschichte und nicht Parteigeschichte vor sich gegangen sei“<sup>337</sup>).

Obwohl die liberalen Historiker sich derart detailliert mit den Novemberereignissen auseinandersetzten und sich scharf gegen die Dolchstoßlegende alldeutscher Prägung wandten, war und blieb doch in ihren Augen die Revolution der „schändlichste Hochverrat“<sup>338</sup>) und ein „nationales Verbrechen“<sup>339</sup>), das einen „noch gar nicht übersehbaren Bestand an nationalen Lebensgütern“ und „unersetzliche Ge-

<sup>324</sup>) Meinecke Nr. 8, S. 226 (1928); dazu Roloff Nr. 2, S. 532 (Dez. 1918); Bergsträsser Nr. 3, S. 120 (1921).

<sup>325</sup>) Delbrück Nr. 6, S. 60 (1922); Becker Nr. 2, S. 32 (1922); Hobohm Nr. 3, S. IV (1919).

<sup>326</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 150.

<sup>327</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 31 (März 1919).

<sup>328</sup>) Ebenda, S. 35 ff.

<sup>329</sup>) Bergsträsser Nr. 1, S. 5/6 (1919); Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. IV u. S. IX (1919).

<sup>330</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 40/41 (März 1919); Becker Nr. 1, S. 74/75 (1921); Roloff Nr. 2, S. 532 (Dez. 1918).

<sup>331</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 213 u. S. VII; Hellmann Nr. 2, S. 21/22 (23. Dez. 1918); Bergsträsser Nr. 3, S. 120 (1921); Hartung Nr. 18, S. 362 (1924).

<sup>332</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 40/41 (März 1919); dazu Nr. 10, S. 275 (13. Dez. 1918); Hellmann Nr. 2, S. 22 (23. Dez. 1918); Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. VII (1919). Später beurteilte Meinecke die MSPD etwas positiver: Nr. 8, S. 237 (1928).

<sup>333</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 41 (1919).

<sup>334</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 271/72 (30. Nov. 1918); ders. Nr. 8, S. 237 (1928); dazu Müller Nr. 13, S. 44/45 (1925); Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 216 (Nov. 1918); alle drei Historiker betonten dabei vor allem die Verdienste der alten Gewalten. Hinweis auf mögliche Gefahren im Bündnis zwischen Noske und den Zeitfreiwilligen bei Meinecke Nr. 8, S. 152.

<sup>335</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 211 (Nov. 1918).

<sup>336</sup>) Ebenda, S. 213.

<sup>337</sup>) Goetz Nr. 16, S. 416 (1924).

<sup>338</sup>) Becker Nr. 2, S. 32 (1922).

<sup>339</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 60 (Dez. 1918).

mühtwerte unserer geschichtlichen Vergangenheit und unseres öffentlichen Lebens“<sup>340)</sup> zerstört hat.

Immer wieder wiesen sie darauf hin, die Revolution sei hauptsächlich ausgebrochen infolge der außenpolitisch bedingten Notlage — ihr Hauptargument gegen die Dolchstoßlegende —, und dennoch konstruierten sie eine dritte Version der Dolchstoßlegende aus der Frage, welchen Einfluß die Revolution auf die außenpolitische Lage ausgeübt habe. Die militärische Situation beurteilten sie folgendermaßen: Die Niederlage war bereits Ende September 1918 praktisch besiegelt durch die ständig wachsende Übermacht der Feinde; die Kräfte Deutschlands hätten allenfalls noch Wochen ausgereicht<sup>341)</sup>, um die Gegner von den Grenzen abzuwehren; und die Entente-Mächte hätten im Bewußtsein ihrer Stärke höchstwahrscheinlich bis zu ihrem nahen Endsieg durchgehalten<sup>342)</sup>. Trotz dieser überaus realistischen Einschätzung der Situation Deutschlands bezeichneten sie die Revolution als endgültigen Dolchstoß gegen die deutsche Wehrkraft — allerdings ohne diesen in ihren Augen verfemten Ausdruck zu gebrauchen —; *„denn die Revolution hat unser Unglück unübersehbar gesteigert, uns den äußeren Feinden gegenüber vollends wehrlos gemacht und im Innern unausdenkbare Gefahren heraufgeführt.“*<sup>343)</sup>

*„Die planmäßige Herbeiführung (der Revolution) bleibt trotz aller Fehler des alten Systems ein ewig schmachvolles Verbrechen, denn sie verwandelte unsere militärische Niederlage in gänzliche Wehrlosigkeit.“*<sup>344)</sup>

Diese Sätze hätten ebenso von alldeutscher Seite kommen können; wie ihre politischen Gegner sahen die gemäßigten Historiker in der Revolution den ausschlaggebenden Faktor für die Waffenstillstandsbedingungen und später den Versailler Frieden<sup>344a)</sup>.

<sup>340)</sup> Meinecke Nr. 6, S. 9 (März 1919).

<sup>341)</sup> Delbrück Nr. 6, S. 62 (1922); Roloff Nr. 2, S. 531 (Dez. 1918).

<sup>342)</sup> Goetz Nr. 14, S. 54 (Febr. 1922); Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 207 (Okt. 1918).

<sup>343)</sup> Meinecke Nr. 6, S. 59/60 (Dez. 1918).

<sup>344)</sup> Becker Nr. 1, S. 75 (1921); dazu Delbrück Nr. 5, S. 23 (1920); ders. Nr. 4, Bd. 3, S. 208 u. S. 213 (Nov. 1918); Roloff Nr. 2, S. 531 ff. (Dez. 1918); Hartung Nr. 10 (Juni 1919); ders. Nr. 14 (Nov. 1919); Goetz Nr. 14, S. 54 (Febr. 1922).

<sup>344a)</sup> So auch noch Herzfeld Nr. 1, S. 192 u. ö. (1928).

In dem publizistischen Streit um den Dolchstoß waren die Liberalen eindeutig in der schwächeren Position. Die Alldeutschen hatten ein durchaus in sich geschlossenes, einheitliches Bild von all den Tendenzen gezeichnet, die nicht in der rechtskonservativen Linie lagen und ihrer Ansicht nach deshalb direkt oder indirekt am Dolchstoß beteiligt waren. Da sie selten auf Einzelheiten genauer eingingen, waren ihre polemischen Anklageschriften von einer geradezu monumentalen Wucht, die propagandistisch wahrscheinlich außerordentlich wirksam war.

Die Gemäßigten hingegen waren in zweifacher Hinsicht in einer wesentlich schwierigeren Lage. Einerseits hatten sie bei aller Kritik die alten Ordnungen in Deutschland voll und ganz bejaht und sahen sich nun gezwungen, der Kritik größere Berechtigung und einen größeren Spielraum zuzugestehen. Andererseits gab es von jeher zwischen ihnen und der Sozialdemokratie bedeutend mehr trennende als verbindende Momente. Jetzt aber fühlten sie sich verpflichtet, aus Erkenntnis der politischen Entwicklung, aber auch aus Staatsräson<sup>345)</sup> die politischen Entscheidungen und Motive der SPD wenn nicht unbedingt gutzuheißen, so doch zu akzeptieren<sup>346)</sup>. Das politische Konzept der Rechtsstehenden ist durchaus denkbar auch ohne eine Opposition von links; die Gemäßigten hingegen hatten ihr politisches Urteil vor allem in Abwehr gegen die Alldeutschen herausgebildet und sahen sich mehr und mehr gezwungen, sich den Linksparteien als den möglichen zukünftigen Verbündeten zu nähern. Die Schwierigkeit einer Stellung zwischen rechts und links<sup>347)</sup> sowie ihr Versuch, die Ursachen von Niederlage und Revolution möglichst detailliert darzustellen, ohne sich jedoch von allen alten Vorstellungen lösen zu können, verringerten beträchtlich die Überzeugungskraft ihrer politischen Schriften und damit ihre unmittelbare agitatorisch-mitreibende Wirkung auf die breite Öffentlichkeit.

<sup>345)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 271 ff. (20./30. Nov. 1918); Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 216 (Nov. 1918).

<sup>346)</sup> Dazu Meinecke Nr. 9, S. 258.

<sup>347)</sup> Dazu Besson Nr. 1, S. 121: Hinweis, daß die Haltung der liberalen Historiker (hier: Meinecke) symptomatisch war für die Demokratische Partei: „zerrieben zwischen links und rechts“.

## VI. Probleme der Neugestaltung des Reiches

### 1. Beurteilung der politischen Lage im Winter 1918/19

Die neuere deutsche Geschichtsforschung kommt immer mehr zu dem Ergebnis, daß die Ereignisse im Herbst 1918 eher eine große Revolte darstellen als eine echte Revolution, die mit alten überlebten Gewalten aufräumt und neuen Strömungen Raum schafft<sup>348</sup>). Im Ansatz war diese These bereits unmittelbar nach dem November-Umsturz vorhanden in den wiederholten Hinweisen der Historiker, daß die Revolution keinen Durchbruch entscheidend neuer Ideen darstelle und daß eine endgültige Revolution verhindert worden sei durch das Zusammenarbeiten der MSPD mit den alten Gewalten wie Militär und Bürokratie.

Unabhängig von der Frage, Revolution oder Revolte, empfanden sämtliche Historiker den November 1918 als „radikalen Bruch in der deutschen Geschichte“<sup>349</sup>). Historisch gesehen kann als „Bruch“ nur der gewaltsame Sturz der Monarchie und die Einführung der in Deutschland traditionslosen Republik bezeichnet werden; denn die parlamentarische Verfassung von 1919 unterschied sich nicht grundsätzlich von der noch im kaiserlichen Deutschland im Oktober 1918 konzipierten Verfassungsänderung.

Der Sturz der deutschen Fürstentümer wurde insofern als Bruch angesehen, als die alten Dynastien seit Jahrhunderten das Bild der deutschen Geschichte bestimmten<sup>350</sup>) und im allgemeinen einen festen Rückhalt fanden im traditionsbewußten Denken der Bevölkerung<sup>351</sup>). Das Hohenzollernsche Kaiserhaus aber besaß erst eine Tradition von knapp 48 Jahren; seinen Sturz empfanden die Historiker aus zwei eng ineinandergreifenden Gründen trotzdem als einen Bruch in der deutschen Geschichte: Erstens galt in ihrem Geschichtsbild das Jahr 1871 — die Machtübernahme Preußens in Deutschland — weniger als Einschnitt, denn vielmehr als Höhepunkt einer kontinuierlichen Entwicklung, angefangen bei Luther und dem Großen Kurfürsten über Friedrich den Großen, Stein, Hardenberg und

Scharnhorst bis hin zu Bismarck<sup>352</sup>). Die Vorstellung von einer derartigen „Kontinuität in der deutschen Geschichte“ spiegelt sich in der Historiographie, in der vornehmlich Themen aus der preußischen Geschichte bevorzugt wurden. Zweitens waren die Historiker davon überzeugt, die Einigung des Deutschen Reiches unter der Hohenzollern-Krone bedeute die Überwindung des Tiefpunktes der deutschen Geschichte, den 1648 besiegelten Partikularismus, und damit die Fortsetzung der mittelalterlichen Reichsidee<sup>353</sup>). Der Ausschluß Österreichs, des jahrhundertelangen Trägers der deutschen Kaiserkrone, aus dem neuen deutschen Staatenbund wurde nicht als Bruch in der deutschen Geschichte betrachtet, sondern als Folge der historischen Entwicklung und notwendige Voraussetzung zur Kontinuität des Reichsgedankens<sup>354</sup>).

Der zweite Grund, 1918 als einen „Bruch“ zu sehen, lag darin, daß nun die Parteien nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch ideell ausschließlich die politische Leitung des Staates übernehmen sollten, während nach der Oktober-Verfassung die Macht der Parteien einerseits noch eingeschränkt war durch den unverändert gebliebenen Reichsrat und andererseits psychologisch begrenzt war durch die überparteiliche Stellung des Kaisers, der in den Augen der Professoren die Einheit des Volkes und des Reiches symbolisierte (s. S. 22). Die dritte Ursache, einen „Bruch“ anzunehmen,

<sup>352</sup>) Lenz Nr. 2, S. V (Vorwort) 1922: „Luther und Bismarck: es sind die beiden Großen, die am Anfang und Ausgang einer Periode stehen, deren innere Einheit heute um so deutlicher heraustritt, als sie seit dem November 1918 durch den staatlichen und sittlichen Niederbruch unseres Volkes von der Gegenwart getrennt ist. Ihr Inhalt war der Kampf um das evangelische Kaiserreich deutscher Nation.“ Dazu Oncken Nr. 5, S. 19 (1921); Müller Nr. 16, S. 159; Collischonn Nr. 1, S. 748 (1920); Brandenburg Nr. 5, S. 24 (1919).

<sup>353</sup>) Vgl. dazu Collischonn Nr. 1, S. 746: „Nation sind nicht die, die in den Grenzen des Reiches und unter seinen Gesetzen leben, sondern die, in deren Denken und Fühlen das mittelalterliche Kaisertum, die großen Hohenzollern, Stein, Bismarck, Hindenburg lebendig sind.“ Dazu Haller Nr. 8, S. 373 (1922); Haller konstruierte nach der Revolution eine negative Kontinuität in der deutschen Geschichte: „Das Deutsche Reich, das Bismarck gründete, ist zur Episode geworden, eine Unterbrechung der Entwicklungsreihe, die vor 700 Jahren begann und in der die Zahlen 1648 und 1815 die großen Marksteine sind, denen sich 1918 würdig anreihet.“ — Wiederaufgreifen der mittelalterlichen Reichsidee besonders bei Spahn Nr. 15.

<sup>354</sup>) Nach der Revolution kritisch gegenüber diesem Geschichtsbild: Meinecke Nr. 6, S. 54 (Dez. 1918); Goetz Nr. 10, S. 421 (1924).

<sup>348</sup>) Vgl. Elben Nr. 1: Zur Erhaltung des obersten Beamtenstabes im Reich; vgl. Eschenburg zur Kontinuität der geistig-politischen Situation in Deutschland und der verfassungsrechtlichen Bestimmungen zwischen Kaiserreich und Republik.

<sup>349</sup>) Rothfels, Nr. 2, S. 129 (13. März 1919); ähnl. Hartung Nr. 6, S. 114 (15. Dez. 1918).

<sup>350</sup>) Hartung Nr. 6, S. 114 (15. Dez. 1918).

<sup>351</sup>) Brandenburg Nr. 8, S. 259 (Jan. 1921).

war nicht verfassungsrechtlicher Natur, sondern lag nach Ansicht der Gelehrten in der Auflösung der tradierten deutschen Staatsauffassung. In der spezifisch deutschen Vorstellung von „Demokratie“ war ein Versuch der Bevölkerung, selbst die politische Initiative zu ergreifen, undenkbar (s. S. 17 ff.); denn die „deutsche Demokratie“ war ja nicht bestimmt von der freien Entscheidung des Volkes, sondern gerade aus dem Kampf der Dynastien gegen die konstituierende deutsche Nationalversammlung 1848/49 entstanden und 1867/71 von Bismarcks kryptoabsolutistischem Obrigkeitsstaat unter massivem Druck befohlen worden. Auch nach 1918, als man der Revolution von 1848 etwas mehr Aufmerksamkeit schenkte als zuvor, wiesen nur die Linksdemokraten mit Nachdruck darauf hin, daß zwischen der von oben angeordneten „deutschen Demokratie“ und der von unten aufgebauten Demokratie westlicher Prägung ein fundamentaler Unterschied bestand — nicht nur der Idee nach, sondern auch in der verfassungsmäßigen Verwirklichung<sup>355</sup>).

Für eine derartige Konstruktion des Geschichtsbildes auf der Basis einer angenommenen Kontinuität in der deutschen Geschichte, aus der dann die Vorstellung vom „Bruch in der deutschen Geschichte“ resultierte, versuchte Below eine Art politische und wissenschaftliche Grundlage zu liefern:

*„Wir halten uns für berechtigt darüber zu urteilen, ob diese oder jene politische Handlung der Vergangenheit der nationalen Entwicklung in dem Sinn, wie wir sie heute fassen, gedient hat, da wir das Recht haben, die historische Entwicklung auf ein bestimmtes nationales Ziel hin anzusehen. Wir sprechen uns durchaus die Befugnis zu, historische Fragen aufzuwerfen, die aus den Erlebnissen der Gegenwart stammen. Warum sollen wir auf die Bereicherung unserer Beurteilungsfähigkeit verzichten, die uns durch den nationalen Gedanken als politisches Prinzip gegeben ist?“*<sup>356</sup>

In den ersten Monaten nach dem November-Umsturz glichen sich die Schriften der rechtsstehenden und der gemäßigten Historiker auffallend. Grundtenor war eine scharfe Kritik an den revolutionären Vorgängen, an der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, an der Erschütterung von Recht und Ordnung und an der Auflösung der alten deutschen Staatsethik. Man fürchtete allgemein ein Diktat der „Straße“, der „Halbbildung“, die „Klassen-

<sup>355</sup> Dazu Quidde Nr. 3, S. 12 ff. (Okt. 1919); Bergsträsser Nr. 1, S. 13 ff. (1919); Goetz Nr. 11 (1919); Hellmann Nr. 3 (1920); ähnl. Becker Nr. 1, S. 2 u. ö. (1921).

<sup>356</sup> Below Nr. 23, S. 13 (1922).

herrschaft des Proletariats“<sup>357</sup>), die alle deutschen Kulturgüter zerstören und die dringend notwendige klare Politik nach innen und außen verhindern würde<sup>358</sup>).

Die rechtsgerichteten Historiker führten diese Entwicklung zurück auf die von ihnen seit jeher bekämpfte radikale Demokratie, die ihrer Ansicht nach von der falschen Voraussetzung ausging, Recht, Freiheit und Gleichheit ließen sich miteinander vereinen<sup>359</sup>), während doch gerade die mechanische Gleichmacherei zwangsläufig zu einem Unrecht dem einzelnen gegenüber führen und die Freiheit des Individuums einschränken, wenn nicht gar vernichten müsse<sup>360</sup>).

Wie im Winter 1918/19 vertrat Below noch 1926 die Ansicht,

*„daß die Gleichheit der Idee des Staates und des Volkstums widerstreitet. Die organische Staatsidee und die Idee der Nation fordern Gliederung; die Idee der Gleichheit bewirkt die Atomisierung der Staats- und Volksangehörigen.“*<sup>361</sup>)

Das bisherige hohe geistige Niveau in Deutschland würde damit einer allgemeinen Nivellierung zum Opfer fallen und durch eine „tüchtige Mittelmäßigkeit“ ersetzt werden<sup>362</sup>). Die Begriffe „Demokratie“, „Mehrheitsherrschaft“, „Diktatur des Proletariats“, „Ungechtigkeit“, „Bolschewismus“ wurden in der rechtsorientierten Publizistik nahezu synonym verwandt<sup>363</sup>). In diesem Sinne zog z. B. Fritz Hartung im Juni 1919 aus den Erfahrungen der letzten Monate die Konsequenz,

*„daß der eifersüchtige Gleichheitssinn der Republik alle ausgezeichneten Individualitäten unmöglich macht und daß also in Zeiten der Not nur Gevatter Gerber und Wursthändler*

<sup>357</sup> Brandenburg Nr. 6, S. 6/7 (1919); dazu Schäfer Nr. 11, S. 80 (1919): „Jetzt ist der Handarbeiter dem akademisch Gebildeten im Einkommen nicht nur gleichgestellt, sondern ihm gegenüber, wenn man die Vorbildung bedenkt, weitaus im Vorteil.“

<sup>358</sup> Brandenburg Nr. 6, S. 6/7 (1919); Below Nr. 12, S. 84 (Febr. 1919); Hoetzsch Nr. 2, S. 134 (Febr. 1919).

<sup>359</sup> Spahn Nr. 4, S. 2 (April 1918); Schäfer Nr. 11, S. 71 (1919); ders. Nr. 12, S. 44 (1919); Below Nr. 12, S. 79 (Febr. 1919); ders. Nr. 31, S. 36 ff. (1926).

<sup>360</sup> Sternfeld Nr. 6 (März 1920); dazu Haller Nr. 11, S. 26; Below Nr. 12, S. 79 (Febr. 1919).

<sup>361</sup> Below Nr. 31, S. 36 (1926).

<sup>362</sup> Haller Nr. 10, S. 365 (1927); Hartung Nr. 9, S. 334 ff. (Juni 1919).

<sup>363</sup> Vgl. Brandenburg Nr. 9, S. 126 (1922): Brandenburg war der Auffassung, daß in jedem Demokraten der Absolutist stecke; der Demokrat verteidige die Allgewalt seines Herrn, des Volkswillens, ebenso eifrig, wie nur ein Diener des unumschränkten Despoten dessen Herrschaft verteidigen könne.

sich an die Spitze des Gemeinwesens stellen werden.“<sup>364</sup>)

Die Befürchtungen der liberalen Historiker lagen nahezu auf der gleichen Linie wie die der konservativen. Die Staatsgewalt in Händen „zwar nicht der Analphabeten, aber noch schlimmer, der Halbbildung“<sup>365</sup>), „Herrschaft des Proletariats“<sup>366</sup>), „ungerechte Organisation der Unordnung“<sup>367</sup>) — so stellte sich ihnen die innenpolitische Situation im Winter 1918/19 dar; denn mit der Zerstörung der „durch die Jahrhunderte lebendig gebliebenen Ehrerbietung des deutschen Volkes für echte und gute Autorität und Ordnung und ... der Festigkeit der überlieferten staatlich-monarchistischen Einrichtungen“ waren die „gewaltigen Schutzdämme“ gegen die „demokratische Nivellierung und Massenherrschaft“ durchbrochen<sup>368</sup>).

Im Gegensatz aber zu den Konservativen vertraten die Gemäßigten die Überzeugung, diese staats- und kulturgefährdenden Entwicklungen würden fast ausschließlich von der extremen Linken vorangetrieben, die sich als Ziel die Bolschewisierung Deutschlands gesteckt habe. Die MSPD aber war zu schwach, dem wirksam entgegenzutreten; so charakterisierte Siegmund Hellmann die Regierung Ebert-Haase als Despotie gegen rechts aus „Fürcht vor der eingebildeten Gefahr der Gegenrevolution“ und gleichzeitig als Schwäche gegen links, um sich an der Macht zu halten<sup>369</sup>). Meinecke hingegen faßte das Bündnis Ebert-Haase als Versuch auf, den Bolschewismus zu bekämpfen, und hoffte nach dessen Scheitern auf einen entschlossenen, starken Willen der MSPD, das „Steuerruder des Ganzen“ zu ergreifen, das heißt, mittels einer vorübergehenden Diktatur den totalen Bürgerkrieg zu vermeiden<sup>370</sup>).

Das einzige Mittel, eine echte Ordnung in Deutschland auf die Dauer wiederherzustellen und gleichzeitig die politischen Ambitionen der Linken zu vereiteln, sahen die liberalen Gelehrten nun in einer vollständigen Demokratisierung des Reiches auf der Basis einer

konstituierenden Nationalversammlung, in der alle sozialen Schichten und politischen Gruppen vertreten waren<sup>371</sup>). Das entscheidende Argument für die Demokratie war z. B. für Meinecke, daß bei den momentanen Verhältnissen nur so die geistige Aristokratie zu retten sei:

*„Das rohe Herrentum von links, das sich in Gestalt des Bolschewismus bei uns aufzutun versucht, ist der äußerste Gegenschlag gegen das bisherige Herrentum von rechts.... Zum Herrentum sagt die Demokratie ein unbedingtes Nein, — zur Aristokratie, zur guten, auf Geist, höherer Kultur und Leistung beruhenden, stets neu sich bildenden und bewährenden Aristokratie darf und muß die gute Demokratie ein freudiges Ja sagen, weil sie ohne solche Anerkennung der Führerschaft der Besten verflacht und entartet. Wir sehen genau die Gefahren, die hier auch unserer deutschen Demokratie von der mangelnden Selbstzucht der Massen und von den Ansprüchen der Halbbildung drohen.... Die ideale Aufgabe, die wir uns stellen, gute Demokratie mit guter Aristokratie zu verbinden, ist uns von der geschichtlichen Entwicklung selber jetzt gebieterisch gestellt.“<sup>372</sup>)*

Abgesehen von den hier skizzierten Differenzen zwischen den rechtskonservativen und den gemäßigten, sich nunmehr „demokratisch“ nennenden Historikern, ist für beide Gruppen gleichermaßen folgendes zu konstatieren: Ihnen galt der „Bruch in der deutschen Geschichte“ als schweres Verhängnis, das die zukünftige Politik unbedingt zu mildern habe. Außerdem barg für sie das mögliche Abrutschen der innenpolitischen Entwicklung nach links eine ungeheure Gefahr, der unter allen Umständen entgegenzutreten war. Unter diesen beiden Aspekten müssen die Vorschläge der Historiker zur Neugestaltung des Reiches gesehen werden. Dabei ging es im wesentlichen um drei, zum Teil ineinandergreifende Hauptprobleme.

1. Welcher Gestalt muß die neue Verfassung sein, damit möglichst viel Kontinuität zwischen Kaiserreich und Republik erhalten bleibt?
2. Wie ist den neuen politischen Strömungen am besten Rechnung zu tragen, ohne daß sie zur Gefahr für das Reich werden können?
3. Auf welchem Wege ist die Grundlage eines demokratischen Volksstaates, die staatsbejahende, nationale Staatsauffassung, in der gesamten Bevölkerung zu schaffen und zu festigen?

<sup>371</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 271 ff. (20./30. Nov. 1918); ebenda, S. 275 (13. Dez. 1918).

<sup>372</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 64 ff. (Dez. 1918).

<sup>364</sup>) Hartung Nr. 9, S. 333 (1. Juni 1919).

<sup>365</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 224 (Dez. 1918).

<sup>366</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 51 (Dez. 1918); dazu ders. Nr. 10, S. 303 (Jan./Febr. 1919).

<sup>367</sup>) Bergsträsser Nr. 1, S. 14 (1919).

<sup>368</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 249 (7. Dez. 1918), damals mit umgekehrten Vorzeichen: Er bezeichnete die Prophezeiung einer derartigen Entwicklung als „Schreckgespenst“ und hielt die „Schutzdämme“ dagegen für stark genug.

<sup>369</sup>) Hellmann Nr. 2, S. 3 ff. (23. Dez. 1918); ähnlich Schäfer Nr. 11, S. 69 (1919).

<sup>370</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 274 ff. (13. Dez. 1918); s. u. Anm. 428.

## 2. Die zukünftige Verfassung des Deutschen Reiches

In den Monaten nach der Revolution sprachen nahezu sämtliche Historiker, bei aller Enttäuschung, Verbitterung und Kritik an den bestehenden Verhältnissen, von ihrer Bereitschaft, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und mitzuwirken an der Neugestaltung bzw. — wie es meistens hieß — an dem Wiederaufbau des Reiches.

Die Gelehrten waren sich im großen und ganzen darin einig, daß die politischen Fehler und Schwächen Kaiser Wilhelms II. überwiegend auf seine Person, nicht aber auf das monarchische System zurückzuführen waren<sup>373</sup>). Dennoch erkannten sie im allgemeinen an, daß in der öffentlichen Meinung die Monarchie selbst durch den Kaiser diskreditiert worden sei<sup>374</sup>) und nur noch geringen Rückhalt in der Bevölkerung besaß<sup>375</sup>). Am schärfsten verurteilten sie den Versuch Wilhelms II., im November 1918 nur als Kaiser der Deutschen, nicht aber als preußischer König abzudanken, da eine solche Entscheidung die Auflösung des Reiches bedeutet hätte<sup>376</sup>). Sie hielten sich aber mit ihrer Kritik am Kaiser und an seinen Beratern weitgehend zurück<sup>377</sup>), vor allem die Konservativen, die darin nur zersetzende Tendenzen sahen und demgegenüber dazu aufforderten, lieber die jetzigen Mißstände zu kritisieren, die ihnen viel schwerwiegender erschienen<sup>378</sup>).

Bei der Frage, ob die Monarchie wieder eingesetzt werden kann und soll, muß man unterscheiden zwischen der konstitutionellen Verfassung des Kaiserreichs und der Monarchie als Staatsform.

Da die Vorschläge und Befürchtungen der Professoren für die Zukunft des deutschen Staates

<sup>373</sup>) Haller Nr. 6 (29. Sept. 1918); Meinecke Nr. 9, S. 124; vgl. dagegen die Kritik von Goetz Nr. 12, S. 83 (Febr. 1920); ders. Nr. 16, S. 421 (1924); ähnl. Becker Nr. 1, S. 102 (1921): „Dagegen ist zu sagen, daß der Kaiser sich bei einer parlamentarischen Verfassung ganz anders entwickelt und verhalten hätte und gar nicht in der Lage gewesen wäre, einen solchen Schaden anzurichten.“

<sup>374</sup>) Vgl. Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 213 (Dez. 1918); die „Republik“ sei das einzige positive Programm in der Revolution gewesen; vgl. dazu Busmann Nr. 1, S. 57.

<sup>375</sup>) So Haller bereits Nr. 6 (29. Sept. 1918); Hartung Nr. 6, S. 114 ff. (15. Dez. 1918); Brandenburg Nr. 7, S. 15 (1919).

<sup>376</sup>) Becker Nr. 1, S. 38/39 (1921); ähnlich Hartung Nr. 7, S. 138 (Jan. 1919).

<sup>377</sup>) So selbst W. Goetz, der noch am ehesten zur Kritik an den alten Zuständen neigte in Nr. 12 (Febr. 1920).

<sup>378</sup>) Below Nr. 18 (Okt. 1919); Schäfer Nr. 12, S. 62 (1919).

überwiegend aus ihrer Stellung zur konstitutionellen Monarchie, die alle Historiker bejahten, resultierten, sei diese im folgenden in den Grundzügen kurz skizziert; Differenzen zwischen den beiden politischen Gruppen bestanden nicht in grundsätzlichen, sondern höchstens in einzelnen praktischen Fragen und können hier unberücksichtigt bleiben.

Die innere Stabilität des Staatsgefüges und die Sicherung und Machtstellung eines Staates nach außen war ihrer Ansicht nach nur gewährleistet in einer starken Führungsspitze, die frei war von fluktuierenden Parteimeinungen<sup>379</sup>). Sie glaubten, diese Überzeugung unabhängig vom deutschen Regierungssystem zu vertreten, da sie überhaupt Grundlage aller staatlichen Existenz und weder an geschichtliche Epochen noch an bestimmte Regierungssysteme gebunden sei. Das wurde häufig am Beispiel Amerikas demonstriert: Dort, im Mutterlande der Demokratie, vereinige der Präsident eine Fülle von Macht, wie sie der deutsche Monarch nie besessen habe<sup>380</sup>). Nur ein so kleines und neutrales Land wie die Schweiz könne es sich leisten, die Führung des Staates auf ein fünfköpfiges Kollegium zu verteilen<sup>381</sup>).

Eine gewisse Kontrolle des leitenden Staatsmannes — sei er Monarch, Kanzler oder Präsident — durch ein Gremium von Politikern wurde allgemein zugestanden, damit seine Position nicht in eine persönliche Diktatur zum Schaden des Staatsganzen ausarten konnte. In den Augen der Professoren bot das deutsche System ausreichende Kontrollinstanzen in den deutschen Fürstenthümern, dem Reichsrat, den Landtagen und dem Reichstag, ferner in der Übertragung der Regierungsgeschäfte auf einen Kanzler und verantwortliche Ressortminister. Das im Zeitalter der Massen geforderte Mitspracherecht des Volkes glaubten sie genügend realisiert im Reichstag, dem das Recht der Gesetzgebung und der Budgetbewilligung zustand.

Die theoretischen Auseinandersetzungen mit dem Wert der konstitutionellen Monarchie nahmen zu Beginn der Weimarer Republik rapide zu, vor allem in Rechtskreisen. Dabei handelte es sich vorwiegend um die Verfassungsform, die sie nach wie vor als beste und vor allem für Deutschland als geeignetste be-

<sup>379</sup>) Sternfeld Nr. 6 (1920); vgl. Goetz Nr. 15, S. 162 (1923), der dieses Regierungssystem 1923 mit nahezu denselben Worten scharf kritisierte, mit denen er es im Juli 1918 als Idealverfassung verteidigt hatte, in: Nr. 8, S. 621.

<sup>380</sup>) Haller Nr. 10, S. 410; Below Nr. 12, S. 80 (1919); Schäfer Nr. 12, S. 5 (1919).

<sup>381</sup>) Haller Nr. 10, S. 410.

trachteten. Eine vollständige Parlamentarisierung der Reichsregierung bedeutete in ihren Augen mehr denn je eine Gefahr für den inneren und äußeren Bestand des Reiches; denn jetzt war die Beschränkung der Macht der Parteien durch die Monarchie weggefallen, mehr noch: sie hielten gerade die deutschen Parteiverhältnisse völlig ungeeignet für eine Parlamentsregierung, da bei der Vielzahl der Parteien eine Regierung nur in Form einer Koalition möglich war, die bei jeder Differenz zwischen den Partnern gefährdet war und damit jeden Versuch zu einer einheitlichen, klaren Politik praktisch zunichte machen mußte. Die Rückkehr zur konstitutionellen Verfassung der Monarchie erschien ihnen deshalb als einzig gangbarer Weg aus dem Chaos, in dem sie das Reich glaubten versinken zu sehen.

Anders verhielt es sich mit der Monarchie als Staatsform. Die Rückkehr der Hohenzollern in absehbarer Zeit auf einen wiedererrichteten deutschen Kaiserthron hielten fast alle Historiker für unwahrscheinlich<sup>382</sup>), selbst diejenigen, die sich nach wie vor grundsätzlich zur Monarchie bekannten<sup>383</sup>). Ihre Argumente, warum die Wiedereinführung der Monarchie zur Zeit unmöglich oder gar falsch sei, waren unterschiedlich. Meinecke, der als „Herzemonarchist“ und „Vernunftsrepublikaner“ die Professoren der Mitte repräsentierte, lehnte die Reaktion ab, weil sie notwendig zur „Wiederherstellung auch der überlebten militaristischen Form der Monarchie und des konservativen Klassenstaates“ führen müsse; da aber die sozialistischen Arbeitermassen sich niemals in eine derartige Restauration finden würden, hielt er die Republik für „diejenige Staatsform, die uns am wenigsten trennt“<sup>384</sup>). Im Gegensatz dazu erschien z. B. Schäfer und Haller eine wirkliche Reaktion deshalb als undurchführbar, weil die Demokratisierung inzwischen zu

weit fortgeschritten sei. Ein zukünftiger deutscher Kaiser könne allenfalls ein „Kaiser der kleinen Leute“ sein; auf einer solchen Grundlage könne aber kein großes Volk seine staatliche Existenz behaupten<sup>385</sup>).

„So wie die Gesellschaft heute ist, bietet sie der Monarchie keinen ausreichenden Wurzelboden. Auf einem lockeren Sandboden wächst keine Eiche, höchstens niedriges Gestrüpp, und auf der ungegliederten Masse von Einzelwesen, die die heutige Gesellschaft mit ihrer Freiheit, Gleichheit und Unbrüderlichkeit darstellen, läßt sich der Königsthron nicht bauen.“<sup>386</sup>)

Unabhängig von dieser Skepsis den realen Möglichkeiten gegenüber, hofften nahezu alle konservativen Historiker auf die Rückkehr der Monarchie, obwohl nur wenige von ihnen das so unmißverständlich aussprachen wie z. B. Otto Hoetzsch<sup>386a</sup>). Daß sie einer eventuellen gewaltsamen Reaktion nicht unbedingt abgeneigt waren, ist auf Grund ihres gesamten politischen Schrifttums anzunehmen, wurde aber nie ausgesprochen oder auch nur angedeutet. Vielmehr stellten sie sich offiziell auf den Boden der neuen Republik; jedoch ist diese Tatsache eher als Lippenbekenntnis zu bewerten.

Die hier vorgenommene Trennung zwischen konstitutioneller Verfassung und Monarchie als Staatsform war in der Publizistik der konservativen Historiker nur im Ansatz vorhanden<sup>387</sup>), meistens wurden sie als Einheit aufgefaßt und dem Begriffspaar Parlamentarismus und Republik wertend gegenübergestellt. Gelegentlich führten Versuche, Republik und Monarchie gegeneinander abzugrenzen, geradezu zu völligen Begriffsverwirrungen, wie z. B. bei Johannes Haller, der alle Republiken, in denen ein einzelner an der Spitze des Staatswesens steht, als Monarchien bezeichnete und nur die Schweiz als Republik gelten ließ, und andererseits die Wahl als Unterscheidungsmerkmal zwischen Republik und Monarchie ablehnte, da die deutschen Könige und Kaiser ebenfalls gewählt worden waren<sup>388</sup>). Die Gleichsetzung von Verfassungsform und Staatsform einerseits und die unklare Gegenüberstellung von Monarchie und Republik andererseits dienten in erster Linie der Herabsetzung und Diskreditierung der neuen Republik, die die Professoren offiziell anzuerkennen vorgaben.

<sup>382</sup>) Hartung Nr. 6, S. 114 ff. (15. Dez. 1918); Collischonn Nr. 1 (1920); Schäfer Nr. 19, S. 232 (1926); dagegen Hellmann Nr. 2, S. 22 (23. Dez. 1918), der eine mögliche Reaktion aus dem „typischen“ Verlauf der europäischen Revolutionen, der englischen und französischen, ableitete.

<sup>383</sup>) Schäfer Nr. 12, S. 39 (1919), er rechtfertigte dieses Bekenntnis zur Monarchie mit der in der Republik offiziell anerkannten Freiheit der Meinungsäußerung; außerdem hätte unter der Monarchie auch jeder sich zur Republik bekennen können. Dagegen Goetz Nr. 16, S. 419 ff. (1924), die Freiheit der Meinungsäußerung hätte da aufgehört, „wo die Majestas des Monarchen oder die Staatsform der Monarchie in Frage kam“.

<sup>384</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 281 ff. (Jan. 1919); vgl. Becker Nr. 1, S. 148 (1921).

<sup>385</sup>) Schäfer Nr. 11, S. 72 (1919); dazu Hartung Nr. 6, S. 114 ff. (15. Dez. 1918).

<sup>386</sup>) Haller Nr. 10, S. 415.

<sup>386a</sup>) Hoetzsch Nr. 2, S. 135 (1919) u. ö.

<sup>387</sup>) Vgl. dazu die Kritik von Becker Nr. 1, S. 147 (1921).

<sup>388</sup>) Haller Nr. 10, S. 410.

Obwohl viele der rechtsstehenden Professoren ihre Bereitschaft erklärten, aktiv am Wiederaufbau des Staates mitzuarbeiten<sup>389</sup>), machten sie doch selten konkrete Vorschläge für die zukünftige Verfassung. Eine Ausnahme war der frühere Alldeutsche Erich Brandenburg, der sich allein dadurch bereits in seiner politischen Einstellung von seinen Kollegen unterschied und sich den Gemäßigten näherte. Sachliche Auseinandersetzungen mit Regierungsmaßnahmen, mit der Frage, ob und wie eine Nationalversammlung einberufen werden sollte, und schließlich mit der Weimarer Verfassung lassen sich bei den Konservativen, ausgenommen das Problem „Was wird aus Preußen?“ und die Wahlrechtsfrage, kaum nachweisen: Immer wieder propagierten sie ein berufsständisches Wahlrecht als das der deutschen Gesellschaftsstruktur angemessenste; es sei ebenso demokratisch wie das allgemeine gleiche Wahlrecht, verhindere aber gleichzeitig die Auswüchse der radikalen Demokratie und des Parlamentsabsolutismus<sup>390</sup>). Die Tatsache, daß sie keine konkreten Vorschläge machten, ist nur psychologisch zu erklären: Sie lehnten den neuen Staat grundsätzlich ab, noch bevor er in einer Verfassung Form gewonnen hatte, da er von Männern geschaffen und regiert wurde, gegen die sie ihr Leben lang gekämpft hatten<sup>391</sup>). Sachlich ist ihre Haltung nicht zu erklären, denn ihrer politischen Konzeption nach hätten sie durchaus die Verfassungsvorschläge von ihrem politischen Gesinnungsgenossen Erich Brandenburg<sup>392</sup>) oder auch von ihrem Gegner Friedrich Meinecke<sup>393</sup>) in den Grundzügen akzeptieren können, ohne ihr Ideal von einer starken Regierungsgewalt, wie sie sie in

der konstitutionellen Verfassung Bismarcks verwirklicht sahen, aufgeben zu müssen.

Meinecke und Brandenburg kamen bei ihren Überlegungen, welches die bestmögliche Verfassung für Deutschland sein würde, unabhängig voneinander zu auffallend gleichen Ergebnissen. Beiden war zum Zeitpunkt, da sie ihre Gedanken niederschrieben, der Verfassungsentwurf von Hugo Preuß noch unbekannt.

Theodor Eschenburg kam in seiner Analyse der Weimarer Verfassung zu dem Ergebnis, das maßgebende Modell für den Präsidenten sei die verfassungsrechtliche Stellung des deutschen Kaisers gewesen, der Präsident sei mit kaiserlichen Befugnissen ausgestattet und stelle also eine Art „Ersatzkaiser“ dar<sup>394</sup>). Eschenburg griff damit einen Terminus von Meinecke auf, ohne jedoch darauf hinzuweisen, daß Meinecke mit diesem Begriff seinen eigenen Verfassungsentwurf umschrieb, in dem die Machtstellung des Präsidenten weit über das von Hugo Preuß festgelegte Maß hinausging.

*„Hauptsache ist und bleibt, daß eine Verfassung richtig an das Bestehende anknüpft, das Mögliche erreicht.“*<sup>395</sup>)

Mit dieser Forderung des rechtskonservativen Dietrich Schäfer stimmten sowohl Brandenburg als auch Meinecke völlig überein; sie bildete die ideologische Grundlage ihrer Verfassungsvorschläge.

Als Meinecke am 18. November 1918 vom Staatssekretär des Äußeren, Solf, gebeten wurde, die Reichsverfassung von 1849 daraufhin zu prüfen, ob sie als Grundlage der neuen Verfassung dienen könne, kam er zu dem Ergebnis,

*„daß sie dafür ganz ungeeignet sei. Der reine Parlamentarismus, in den sie auslief, erschien mir für das republikanische Deutschland als durchaus unerwünscht. Wir brauchten eine starke Zentralgewalt, die auch gegenüber dem Parteitreiben festen Kurs steuern konnte, wir brauchten ... ein ‚Ersatzkaisertum‘, und nicht die französische oder englische, sondern die nordamerikanische Verfassung, mit ihrer starken, plebiszitären Präsidentschaft müßte den Typus bilden, nach dem wir zu bauen hätten.“*<sup>396</sup>)

Auch der nun „gemäßigt“ auftretende Brandenburg sowie der betont vom konservativen Standpunkt aus argumentierende Ulrich Kahr-

<sup>389</sup>) Vgl. Schäfer Nr. 12, S. 39 (1919).

<sup>390</sup>) Hoetzsch Nr. 2, S. 134 (Febr. 1919); Schäfer Nr. 11, S. 50 (1919); Below Nr. 31, S. 47 ff. (1926); dazu Brandenburg Nr. 5, S. 116 (1919); das allgemeine gleiche Wahlrecht sei kein Mittel, die Unzufriedenheit der unteren Klassen zu beseitigen. Vgl. dazu die Äußerungen des Demokraten Hellmann Nr. 2, S. 25 (23. Dez. 1918), es sei fraglich, „ob das Leben des Staates, für dessen ruhige und stetige Entwicklung Tradition und bodenständige Elemente Voraussetzung sind, dauernd auf das fluktuierende Element des städtischen Arbeiterproletariats aufgebaut werden kann“. Vgl. ferner Spahn Nr. 10 (Mai 1919), der auf den Genossenschaftsgedanken zurückgriff, den er aus der Räteverfassung ableitete. Er sah darin wahrhaft völkische Demokratie nach germanischen Grundsätzen und gleichzeitig die Einschränkung der radikalen Demokratie und ihrer negativen Äußerungen wie Wahlen, Parteiwirtschaft und Parlamentarismus.

<sup>391</sup>) Schäfer Nr. 12, S. 62 (1919).

<sup>392</sup>) Brandenburg Nr. 6 (1919).

<sup>393</sup>) Meinecke, Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik, in: Nr. 10, S. 290 ff. (Jan. 1919); ders., Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfassung, in: Nr. 10, S. 304 ff. (Febr. 1919).

<sup>394</sup>) Eschenburg Nr. 1, S. 53, S. 63, S. 59.

<sup>395</sup>) Schäfer Nr. 12, S. 28 (1919).

<sup>396</sup>) Meinecke Nr. 9, S. 258/9; dazu Brandenburg Nr. 6, S. 33.

stedt benutzten die amerikanische Verfassung als Modell und glaubten, damit zu beweisen, daß sie sich nunmehr auf den Boden der Demokratie gestellt hätten. Während des Krieges aber waren sich Konservative und Gemäßigte darin einig gewesen, daß in Deutschland mehr Freiheit und Demokratie herrsche als gerade in Amerika (s. S. 18 ff.); noch Anfang 1919 bemerkte z. B. Dietrich Schäfer, „daß der dortige Präsident über größere Macht verfügt als ein deutscher Reichskanzler oder auch der deutsche Kaiser“<sup>397</sup>).

Meinecke und Brandenburg nahmen sich die amerikanische Verfassung auch nicht in erster Linie zum Muster, weil sie glaubten, sie wirkliche am reinsten das Ideal einer Demokratie, sondern ihr Hauptargument war, daß darin die größten Möglichkeiten lagen, die Macht des Parlaments einzuschränken und eine starke, vom „Parteitreiben“ unabhängige Führungsspitze zu schaffen. Die wesentlichen Punkte ihrer Verfassungsvorschläge werden im folgenden skizziert.

Der Präsident sollte — wie in Amerika — vom ganzen Volk auf demokratischer Grundlage gewählt werden, „um die nötige Volksautorität und den selbständigen Rechtsboden gegenüber dem Parlament“ zu haben<sup>398</sup>); damit würde dann „unabhängig von den Zufälligkeiten der dynastischen Geburt das Gute der konstitutionellen Monarchie Bismarcks“ erneuert<sup>399</sup>). Der Präsident sollte in einem Wahlgang ermittelt werden, also möglicherweise nur durch eine relative Mehrheit; denn „Stichwahlen verleiten zu unlauteren Geschäften zwischen den Parteien“ und verfälschten durch einen unverhältnismäßigen Einfluß kleiner Parteien das Wahlergebnis<sup>400</sup>). Vor allem würden die Parteien auf diese Weise gezwungen, nur solche Kandidaten aufzustellen, die auch außerhalb der Partei Vertrauen und Ansehen genossen. „Unter dieser Zwangsläufigkeit würde die Auslese der bedeutendsten Staatsmänner der Nation erfolgen.“<sup>401</sup>) Ent-

scheidender als dieses Argument für die Volkswahl des Präsidenten mit einmaligem Wahlgang dürfte der ideologische Hintergrund in Meineckes Überlegungen gewesen sein: nämlich die staatspolitischen Ideale einer „nationalen Einheitsfront“<sup>402</sup>) und eines „Volkskaisers“, die für ihn nur durch möglichste Einschränkung der ihm nach wie vor suspekten Parteien zu verwirklichen waren. Below bemerkte später kritisch zu dem von Meinecke angestrebten „Ausleseprozeß“, daß man damit nur einen durchschnittlichen, in jeder Beziehung „bequemen“ Mann ermitteln könne, denn wirklich fähige, charaktervolle Männer mit einem klaren politischen Konzept könnten unmöglich die Sympathien und Anerkennung aller Parteien erlangen und würden deshalb durch den Ausleseprozeß von der ihnen zukommenden Machtstellung ausgeschlossen<sup>403</sup>). Aus denselben Gründen lehnte Brandenburg eine Wahl des Präsidenten durch das Parlament ab<sup>404</sup>).

Der zweite wichtige Punkt in Meineckes und Brandenburgs Verfassungsvorschlägen war die Frage der Ministerernennung. Beide forderten, sie sollten vom Reichspräsidenten nach freier Wahl ernannt und vom Parlament nur formell bestätigt werden. Daß Meinecke dafür als Muster die amerikanische und nicht die deutsche Verfassung von 1871 angab, dürfte auf taktische Gründe zurückzuführen sein, da Bismarcks Verfassung nicht als demokratisch galt. Die Minister würden bei diesem Berufungsverfahren als „Organe des Präsidenten“ fungieren und wären somit nur ihm und nicht dem Parlament verantwortlich<sup>405</sup>). Brandenburg begrüßte diese ausschließliche Bindung der Minister an das Staatsoberhaupt als „konstitutionelles System“<sup>406</sup>). Würde jedoch das Ministerium nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit des Volkshauses gebildet, so ginge die Macht des Präsidenten sofort wieder an das Parlament verloren und er würde zu einer rein „dekorativen Stellung“ absinken<sup>407</sup>), obwohl er sich doch auf einen „ebenso starken Machtgrund im Volkswillen“ beru-

<sup>397</sup>) Schäfer Nr. 12, S. 5 (1919); dazu Haller Nr. 6 (29. Sept. 1918): „In Amerika besteht die Diktatur sogar verfassungsmäßig. Der Präsident der Vereinigten Staaten ist Diktator, in der Leitung der Außenpolitik namentlich vollkommen uneingeschränkt. Wie sklavisch ihm die Herde der Volksvertreter gehorcht, haben wir erlebt.“ Sowohl die Konservativen als auch die Gemäßigten haben den spezifischen Charakter der amerikanischen Verfassung zweifellos mißverstanden; das kann hier jedoch im einzelnen nicht näher untersucht werden.

<sup>398</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 291; Brandenburg Nr. 6, S. 31.

<sup>399</sup>) Meinecke Nr. 8, S. 226 (1928).

<sup>400</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 328.

<sup>401</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 291.

<sup>402</sup>) Meinecke Nr. 8, S. 208 (1928).

<sup>403</sup>) Below Nr. 31, S. 6 (1926).

<sup>404</sup>) Brandenburg Nr. 6, S. 31.

<sup>405</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 292; vgl. dazu Goetz Nr. 8, S. 618 (20. Juli 1918), Goetz rechtfertigte damals mit nahezu den gleichen Worten das konstitutionelle System als „deutsche Lösung des Parlamentarismus“, in der die Parteien zwar Einfluß hätten, jedoch „ohne daß die Regierung als solche eine parteipolitische — also doch nicht vollkommen sachliche — zu werden brauchte“. Der Inhalt des reinen Parlamentarismus aber würde nur der „Kampf um die Minister-Sessel“ werden.

<sup>406</sup>) Brandenburg Nr. 6, S. 31.

<sup>407</sup>) Brandenburg Nr. 6, S. 38.

fön konnte wie die Abgeordneten<sup>408)</sup>. Damit aber das Parlament „zu einer Pflanzschule leitender Staatsmänner“ werden könne — ein Gedanke Max Webers, den nun einige Historiker aufgriffen —, sollte es dem Präsidenten freistehen, auch Parlamentarier in sein Ministerium zu berufen. Zu dieser Konzession an den Parlamentarismus waren viele liberale Historiker bereits gegen Ende des Krieges bereit gewesen, sie argumentierten damals jedoch noch ganz vom Boden der Bismarckschen Verfassung aus<sup>409)</sup>. Darauf berief sich auch Meinecke, der mit seinen Vorschlägen das System der teilweisen Parlamentarisierung verwirklichen wollte, das unter der Kanzlerschaft des Grafen Hertling begonnen worden sei und zum Übergang vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat beigetragen habe<sup>410)</sup>.

Die Legislativgewalt gestanden Meinecke und Brandenburg dem Parlament zu. Träger der Exekutive jedoch sollte der Präsident sein, sie sollte ihren „Ankergrund im Volkswillen haben“, damit sie unabhängig von den wechselnden Parteimehrheiten sei und so „jede Versuchung zur Usurpation, zur monarchistischen und militaristischen Reaktion abgeschnitten wird“<sup>411)</sup>. Die Furcht vor einer eventuellen Usurpation von links erwähnte Meinecke zwar nicht, stand aber zweifellos gleichwertig dahinter.

Der Reichstag sollte sich aus zwei Häusern zusammensetzen, denen „man die aus dem Jahre 1848 stammenden guten deutschen Namen ‚Volkshaus‘ und ‚Staatenhaus‘ geben sollte“<sup>412)</sup>. Brandenburg sah in dem Staatenhaus einen Ersatz für den alten Bundesrat; jedoch müßten seine Mitglieder nun von den Volksvertretungen der Einzelstaaten gewählt werden, und zwar nach Listenwahl, „damit nicht die augenblickliche Mehrheit in der Lage ist, ausschließlich ihre Gesinnungsgenossen zu entsenden; Mehrheiten und Minderheiten der Einzelparlamente müssen ihrem Stärkeverhältnis entsprechend vertreten sein“<sup>413)</sup>. Brandenburg meinte hiermit vor allem das demokratische Prinzip zu verwirklichen, beabsichtigte aber hauptsächlich eine Stärkung der konservativen Kräfte, da auch in den Länderregierungen wie im Reichstag häufig die Rechtsparteien in der Opposition standen, also

im Staatenhaus nicht zur Geltung gekommen wären, wenn die Länder nur durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten waren, wie es später die Weimarer Verfassung bestimmte. Das Zweikammersystem begründete Brandenburg ausschließlich damit, daß es in unlösbarem Zusammenhang stünde mit der Volkswahl und der eigenen Regierung des Präsidenten. Bemerkenswert aber ist, daß gerade der betont konservativ argumentierende Ulrich Kahrstedt die Einrichtung eines Staatenhauses begrüßte, da es — nach den Erfahrungen anderer Länder — „regelmäßig einen staatskonservativen Charakter“ trüge und „immer als mäßigend gegenüber dem oft radikalen Repräsentantenhaus“ gewirkt habe, unabhängig davon, daß seine Mitglieder nach dem gleichen Wahlrecht gewählt worden waren wie die des Volkshauses<sup>414)</sup>.

Für die einzelnen Machtbefugnisse des Präsidenten gab zwar Meinecke wiederum als Modell die Stellung des amerikanischen Präsidenten an, Brandenburg hingegen die des deutschen Kaisers; beide aber billigten dem Reichspräsidenten dieselben Rechte zu.

*„Als Haupt der Regierung muß der Präsident alle Rechte haben, die in einem monarchischen Staate dem Herrscher zustehen. Er muß demnach den Oberbefehl über Heer und Flotte und die Oberleitung der gesamten Verwaltung unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit führen. Er muß ferner das Reich nach außen hin vertreten, Krieg erklären, Frieden und alle Verträge in dessen Namen abschließen und die Gesetze verkündigen; ... (dabei) ist er an die Zustimmung des Reichstages gebunden.“*<sup>415)</sup>

Brandenburg bezeichnete es als selbstverständlich, daß der Reichstag die gesamte auswärtige und innere Politik des Reiches überwachen mußte<sup>416)</sup>, Meinecke hingegen hätte die Außenpolitik gern unabhängig von Parlamentsentscheidungen gesehen. Mit Bedauern stellte er jedoch fest:

*„Die neue demokratische Strömung bei uns und die neue weltpolitische Lage, in die wir geworfen sind, werden darauf hindrängen, eine wirksame Volkskontrolle der auswärtigen Politik aufzurichten, und demnach die Zustimmung beider Häuser zu Friedens- und anderen Verträgen zu fordern“*<sup>417)</sup>.

Meinecke distanzierte sich hiermit zwar persönlich von der demokratisch-parlamentarischen Staatsform, akzeptierte sie aber unter

<sup>408)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 309; Brandenburg Nr. 6, S. 31.

<sup>409)</sup> Vgl. z. B. Goetz Nr. 8, S. 617 (Juli 1918); Delbrück Nr. 4, Bd. 2, S. 209 (1917).

<sup>410)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 292.

<sup>411)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 288.

<sup>412)</sup> Brandenburg Nr. 6, S. 20 ff.; Meinecke Nr. 10, S. 293.

<sup>413)</sup> Brandenburg Nr. 6, S. 20.

<sup>414)</sup> Kahrstedt Nr. 4, S. 473 (April 1919).

<sup>415)</sup> Brandenburg Nr. 6, S. 33 ff.; ebenso Meinecke Nr. 10, S. 293 ff.

<sup>416)</sup> Brandenburg Nr. 6, S. 29 ff.

<sup>417)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 293/94.

dem Druck der politischen Umstände; diese Haltung charakterisierte auch sein späteres Verhältnis zur Weimarer Verfassung.

Da sich in den Konzeptionen von Meinecke und Brandenburg durch die starke Machtposition des Präsidenten notwendig eine Rivalität zwischen ihm und dem Volkshaus ergab, sollte der Präsident „als natürlicher Tribun des Volkes“ das Recht erhalten, „bei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Volkshaus über Verfassungsänderungen und wichtigere Gesetzesvorlagen an das Referendum des Volkes zu appellieren“<sup>418</sup>). Wenig später, unter dem Eindruck der weniger starken Präsidialherrschaft im Verfassungsentwurf von Hugo Preuß<sup>419</sup>), forderte Meinecke dieses Recht des Präsidenten auf jeden Fall, also auch gegen übereinstimmende Beschlüsse beider Häuser<sup>420</sup>). Außerdem sollte der Präsident das Recht erhalten, mit Zustimmung des Staatenhauses das Volkshaus aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben<sup>421</sup>).

Meinecke und Brandenburg konzipierten also eine Verfassung, in der das Reichsoberhaupt die Pflichten und Rechte des früheren Kaisers und des Kanzlers in einer Person vereinigte. Wenig später — in seiner Kritik des Preußischen Entwurfes — wies Meinecke darauf hin, die zwangsläufige Rivalität zwischen Präsident und Parlament würde noch dadurch verschärft und kompliziert, daß „zwischen dem Reichspräsidenten und das vom Volkshause abhängige Ministerium noch ein Reichskanzler eingeschoben wird, der ebenfalls vom Vertrauen der Volksmehrheit abhängen soll“. In dieser Dreiteilung der Regierungsgewalt sah er mehr Gefahren als Vorzüge, ohne sie allerdings näher zu bezeichnen; zweifellos aber befürchtete er einen verstärkten Einfluß der Parteien. „Also lasse man den Reichspräsidenten getrost seinen eigenen Reichskanzler sein“ und gebe ihm „den für unser deutsches Ohr voller tönenden und beziehungsreicheren (Titel) eines deutschen Reichskanzlers“<sup>422</sup>). Die Symbolisierung der Kontinuität zwischen Kaiserreich und Republik durch die Beibehaltung

<sup>418</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 293.

<sup>419</sup>) Meinecke bedauerte später, daß Solf schon im November 1918 von seinem Amt zurücktreten mußte und damit seinen Einfluß auf das Verfassungswerk verlor, das nun in die Hände von Hugo Preuß kam. Solf tendierte wesentlich mehr zu den Vorstellungen Meineckes als Preuß, in: Nr. 9, S. 259.

<sup>420</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 308; ebenso Brandenburg Nr. 6, S. 40 ff.

<sup>421</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 293, ebenso Brandenburg Nr. 6, S. 37.

<sup>422</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 310.

alter Bezeichnungen hatte auch Brandenburg gefordert<sup>423</sup>).

Eine Gefahr, die in einer solchen Machtfülle liegen könnte, sahen Meinecke und Brandenburg nicht; denn:

*„das Volk will . . . keinen schwachen, sondern einen starken Präsidenten, und jeder vom Volke gewählte Präsident muß den Ehrgeiz haben, dies Vertrauen zu rechtfertigen und so zu regieren, wie das Volk es will. Er wird es schon tun, um seine Wiederwahl zu ermöglichen. Und er wird freier und ungehinderter dem Gesamtinteresse des Volkes dienen, fester und sicherer die große Linie des Handelns durchführen, als ein durch parlamentarische Rücksichten auf Schritt und Tritt gebundenes Ministerium.“*<sup>424</sup>)

Meinecke wie Brandenburg glaubten, mit ihren Vorschlägen die „Demokratisierung Deutschlands“ fördern zu können; jedoch wie während des Krieges waren sie auch jetzt noch davon überzeugt, daß Demokratie nicht gleichbedeutend war mit Parlamentarismus, daß beide vielmehr in gewisser Weise einander widersprachen (s. S. 19 ff.). Sie hielten nämlich nach wie vor die Parteien nicht für repräsentative Vertreter des Volkswillens, sondern für Interessenverbände, die nach Macht strebten, um in erster Linie ihre eigenen parteipolitischen Ziele durchzusetzen statt staatspolitische, die der Gesamtheit der Nation dienten<sup>425</sup>). Schließlich stand hinter den Verfassungsvorschlägen noch die alte Staatsideologie von der „deutschen Demokratie“, die durch das Vertrauensverhältnis zwischen Führer und Volk definiert war, im Gegensatz zur

<sup>423</sup>) Brandenburg Nr. 6, S. 21.

<sup>424</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 309; vgl. dazu Müller Nr. 16, S. 137 (1920): „Wir wünschen eine volkstümliche Regierung in Deutschland . . . Ihre erste Aufgabe müßte die Befreiung von der Parteischablone sein . . . Sie müßte sich stützen auf die schaffenden Kräfte im deutschen Volke.“ Vgl. dazu Mommsen Nr. 4, S. 156 (1921); vgl. ferner Brandenburg Nr. 6, S. 16, die Staatsform sei letztlich gleichgültig, „wenn diese nur die Gewähr für lange Dauer und einheitliche Zusammenfassung aller Volkskräfte bietet.“ Dazu Bußmann Nr. 1, S. 61, Bußmann schließt aus ähnlichen Äußerungen Max Webers, „daß das Verhalten jener Gelehrtenpolitiker mehr pragmatisch als ideologisch bestimmt war.“ Dem Begriff „Zusammenfassung aller Volkskräfte“ scheint aber doch deutlich eine Ideologie zugrunde zu liegen.

<sup>425</sup>) Vgl. Oncken Nr. 4, S. 39 (5. Okt. 1918): Die Voraussetzung für eine begrenzte Mitwirkung der Parteien an der Außenpolitik sei, „daß die Parlaments-Parteien die Verantwortung, die sie auf sich nehmen, in ihrem vollen Umfange erkennen: ihre innere Erziehung muß so fortschreiten, daß sie in den Lebensfragen der Nation alle subalternen Parteiinteressen hinter sich werfen, um gleich den englischen Parteien zu Trägern einer kontinuierlichen und einheitlichen Außenpolitik zu werden.“

„modernen Demokratie“<sup>426</sup>); denn ohne die Hoffnung auf die „Gefolgschaftstreue“ des Volkes gegenüber ihrem selbstgewählten Staatsoberhaupt ist kaum zu erklären, warum beide Professoren das Referendum an das Volk so hervorhoben und also glaubten, das Volk werde Maßnahmen und Vorschläge des Präsidenten eher gutheißen als die Reichstagsabgeordneten<sup>427</sup>). Von den Parteien befürchteten sie eine gewisse Unredlichkeit dem Volke gegenüber, Demagogie und Meinungsmanipulation, um Stimmen zu gewinnen und an die Macht zu kommen. Der Gedanke, daß möglicherweise der Präsident aber seine ungeheure Macht dazu ausnutzen könne, ebenfalls den Volkswillen zu manipulieren, fehlte in den Überlegungen Meineckes und Brandenburgs völlig. Letzten Endes zielten ihre Vorstellungen auf eine Art von Cäsarismus ab; denn — so begründete Meinecke seinen Verfassungsentwurf — um einem Cäsarismus zu entgehen, der zur monarchistischen Reaktion führte, „müssen wir die Vorzüge der Einheitlichkeit und Kraft, die ihm eigen sind, in eine andere Form zu fangen versuchen“<sup>428</sup>).

Die Konzeptionen von Meinecke und Brandenburg stimmten in allen wesentlichen Punkten nahezu wörtlich überein. Gelegentliche kleinere Differenzen in zweitrangigen Einzelfragen ergaben sich schon daraus, daß Brandenburg seine Vorschläge wesentlich ausführlicher und detaillierter vorbrachte. Auffällig aber ist, daß bei der Gleichheit der Forderungen der frühere Alldeutsche Brandenburg gelegentlich demokratischer argumentierte als Meinecke, der nunmehr der Demokratischen Partei angehörte. Begriffe wie „Cäsarismus“ und „Ersatzkaisertum“ fehlten bei Brandenburg völlig, und er operierte auch längst nicht

so häufig mit dem Begriff „Volk“ wie Meinecke.

Vergleicht man die Verfassungsvorschläge der beiden Historiker mit der Bismarckschen Verfassung der konstitutionellen Monarchie, so wird deutlich, daß sie hier wirklich ein „Ersatzkaisertum“ konstruiert haben<sup>429</sup>), oder besser — da das dynastische Prinzip wegfiel — eine „temporäre Vertrauensdiktatur“, wie Meinecke es in einem anderen Zusammenhang 1912 einmal formuliert hatte<sup>430</sup>).

### 3. Sozialisierung und Sozialpolitik

Bereits während des Krieges hatten einige Professoren die sich abzeichnende Entwicklung begrüßt, daß der Staat immer größeren Einfluß auf die Wirtschaft ausübte; sie hatten hierin „staatssozialistische Tendenzen“ gesehen, die das deutsche Staatswesen vor seinen Nachbarn auszeichnete und die zur Stärkung des Staates einerseits und zum Ausgleich der Klassenunterschiede andererseits beitrügen. Außerdem bildeten sie eine positive Schranke gegen extremen Kapitalismus westlicher Prägung. Naumanns Begriff des „National-Sozialismus“ gewann unter diesem Aspekt eine neue Bedeutung auch für Rechtskreise<sup>431</sup>). Als mit der Übernahme der Macht durch die Sozialdemokratie im November 1918 die Frage der Sozialisierung auftauchte, lehnten die konservativen Professoren sie demnach nicht grundsätzlich ab, wie man es aus ihrer sonstigen Haltung gegenüber der Neuordnung des Reiches hätte schließen können. Eine technisch und finanziell durchführbare Vergesellschaftung und Verstaatlichung einiger Großbetriebe bejahten nahezu alle Historiker<sup>432</sup>).

Below begründete es damit, daß sie die Gefahren der Demokratie zwar nicht beseitigen, aber doch einschränken werde<sup>432a</sup>); denn „ein Großstaat mit so riesiger industrieller Bevölke-

<sup>426</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 112 (Okt. 1919): „Ich sehe auch die Gefahren, die aus der modernen Demokratie heraus (der Bildung) entwachsen, und kämpfe gegen sie an. Aber ich weiß auch, daß die Demokratie, im großen gesehen, unabwendbar ist und beschränke deshalb meinen Widerstand gegen sie darauf, daß ich sie, soweit ich kann, in die mindest schädliche Richtung zu drängen versuche.“

<sup>427</sup>) Vgl. dazu Becker Nr. 1, S. 5 (1921).

<sup>428</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 290 ff.; dazu ders. Nr. 6 S. 121 (Okt. 1919): Meinecke glaubte im Cäsarismus das „einzige traurige Heilmittel“ für Deutschland zu sehen und hoffte, „daß aus den Reihen der Mehrheitssozialisten eine überragende staatsmännische Persönlichkeit emporsteigen und das Ganze kraftvoll zusammenreißen könne. Noch haben wir nicht, was wir brauchen. Unsere jetzige Regierung hat guten Willen, aber schwache Autorität. Die Entwicklung ist noch nicht reif zur Diktatur. Immer aber müßte sie getragen sein vom Vertrauen und der Zustimmung der Volksvertretung.“ Meinecke dachte vorwiegend an Noske, den er mit Cromwell verglich.

<sup>429</sup>) Vgl. Bußmann Nr. 1, S. 58; er wies darauf hin, daß die Männer der politischen Mitte allgemein von der Notwendigkeit überzeugt waren, „soviel wie möglich obrigkeitliche Bestandteile in die Verfassung zu übernehmen.“ Dazu Meinecke Nr. 9, S. 259.

<sup>430</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 51 (1912); ähnlich Nr. 10, S. 307 (Jan. 1919): „Demokratie und Vertrauensdiktatur sind keine Gegensätze, die sich ausschließen.“ Meinecke gab jedoch keinen Hinweis darauf, wie eine Demokratie, die verfassungsmäßig durch eine Kontrolle der Regierungsgewalt durch Volksvertreter definiert war, sich verfassungsrechtlich mit einer Diktatur verbinden ließ, die eine solche Kontrolle gerade ausschließen sollte.

<sup>431</sup>) Schwabe Nr. 1, S. 58; vgl. dazu Goetz Nr. 1, S. 46 ff. (1916).

<sup>432</sup>) Below Nr. 12, S. 83 (1919); ders. Nr. 26, S. 28 ff. (1924); vgl. ferner Anm 441.

<sup>432a</sup>) Below Nr. 12, S. 83 (1919).

rung“ sei bei einer vollkommen durchgeführten Demokratisierung nicht mehr zu regieren und einer gesunden Entwicklung nicht mehr fähig<sup>433</sup>). Bezeichnend für ihn und viele seiner Kollegen war, daß er eine Forderung aus dem Programm der Sozialisten herausgriff und befürwortete und damit seine Anpassung an die neuen politischen Verhältnisse beweisen wollte; gleichzeitig aber funktionalisierte er diese Forderung um nach seinem eigenen antisozialistischen und antidemokratischen Konzept und suchte sie in den Dienst seines Kampfes gegen die Demokratie zu stellen. Leider erläuterte Below nicht, wie eine Begrenzung der radikalen Demokratie durch die Sozialisierung einiger Betriebe verfassungsrechtlich aussehen müßte. Auf der anderen Seite verurteilte er eine Übertreibung der Verstaatlichung, weil sie die Großbetriebe nicht beseitigen, sondern nur schwerfällig und leistungsunfähig machen<sup>434</sup>) und damit letztlich das ganze Wirtschaftsleben lahmlegen würde<sup>435</sup>). Die Hauptgefahr einer zu weit gehenden Sozialisierung, sah er in dem Anwachsen der sozialistischen Gewerkschaften und anderer Verbände, die den Staat aufzuzehren, zu absorbieren drohten<sup>436</sup>). Daß bei dieser Entwicklung doch noch etwas von dem alten Staat zurückgeblieben sei, läge daran, daß er „zweifelos einer der glücklichsten Verwirklichungen echten Staatsbegriffs“ darstellte und in der Gegenwart noch nachwirkte<sup>437</sup>).

Ähnlich argumentierte Dietrich Schäfer: Die Menschheit sei ausschließlich völkisch und staatlich gegliedert<sup>438</sup>), eine andere Möglichkeit gäbe es nicht. Die „Vergesellschaftung“, wie sie die Sozialdemokraten auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet anstrebe, „kann den Staat nicht ersetzen“, sondern ihn nur zerstören<sup>439</sup>). Meineckes während des Krieges geäußerte Befürchtung, die Parteien und Interessenverbände würden bei einem Machtzuwachs Staat und Volk mediatisieren, tauchte hier in einer abgewandelten Form wieder auf<sup>440</sup>).

Zu einigen Zugeständnissen an Sozialisierungswünsche der neuen Regierung erklärten sich auch viele liberale Historiker bereit<sup>441</sup>)

<sup>433</sup>) Below Nr. 12, S. 79 ff.

<sup>434</sup>) Below Nr. 26, S. 28 ff. (1924).

<sup>435</sup>) Below Nr. 12, S. 83 (1919).

<sup>436</sup>) Below, Die Erinnerungen Kaiser Wilhelms II, in: Eiserne Blätter, 4. Jg., 1922, Nr. 21, S. 309.

<sup>437</sup>) Ebenda.

<sup>438</sup>) Schäfer Nr. 6, S. 97 (1919).

<sup>439</sup>) Schäfer Nr. 18, S. 70 (1922).

<sup>440</sup>) S. S. 20; dazu Besson Nr. 1, S. 124.

<sup>441</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 306 (Febr. 1919); Quidde Nr. 2, S. 387 (1919); Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 221 (Nov. 1918); Bergsträsser Nr. 1, S. 9 (1919); Brandenburg Nr. 6, S. 6 (1919).

— wie ihre konservativen Kollegen ebenfalls aus staatspolitischen Gründen<sup>442</sup>). Meinecke äußerte sich allerdings äußerst skeptisch gegenüber möglichen Folgen des Sozialismus, da die Revolution zu früh gekommen sei. „Einen arg zerstörten, blutleeren Wirtschaftsorganismus wieder aufzubauen, wird ihm viel schwerer fallen als dem Kapitalismus.“<sup>443</sup>) Eine noch größere Gefahr für den echten, „auf Gemeinsinn und Pflichtgefühl“ gegründeten Sozialismus sah Meinecke darin, daß den Massen diese Eigenschaften völlig fehlten, also noch nicht reif waren für einen staaterhaltenden Sozialismus<sup>444</sup>) — „statt dessen ergehen sich große Teile der Arbeiterschaft in einem wilden und blinden Egoismus. Ihre unsinnigen Lohnforderungen und rücksichtslosen Arbeitseinstellungen bedrohen uns mit einer Katastrophe.“<sup>445</sup>) Warum Meinecke trotz dieser pessimistischen Beurteilung der Lage der SPD begrenzte Sozialisierungen konzidierte, läßt sich nur indirekt aus seiner politischen Taktik erschließen, durch Kompromisse eine Entwicklung nach links hin zu verhindern; möglicherweise erhoffte er sich auch von einem straffen Staatssozialismus eine Erziehung der Massen zu Pflicht, Ordnung und Staatsloyalität<sup>446</sup>).

Hans Delbrück deutete an, daß er einer teilweisen Sozialisierung zustimme, um die reine Demokratie nicht in ein Staatswesen einmünden zu lassen, das den westlichen Demokratien gleich<sup>447</sup>); denn der ideologische Kampf gegen sie während des Krieges hatte sich hauptsächlich auf das Argument gestützt, die dortige schrankenlose Demokratie habe erst die volle Entfaltung des Kapitalismus und damit die Herrschaft der reinen Plutokratie ermöglicht. Ähnlich wie Below griff also Delbrück einen Programmpunkt der SPD auf — Kampf gegen den Kapitalismus — und suchte ihn nutzbar zu

<sup>442</sup>) Bereits 1912 bezeichnete Meinecke nicht die Demokratisierung, sondern „das Streben nach Anpassung des Staats- und Gesellschaftsorganismus an die ungeheuren Veränderungen des wirtschaftlichen Daseins“ als die „beherrschende und stärkste Tendenz“, in: Nr. 10, S. 49 (1912).

<sup>443</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 43 (März 1919).

<sup>444</sup>) Dazu Brandenburg Nr. 6, S. 6 ff. (1919).

<sup>445</sup>) Meinecke Nr. 10, S. 306 (Febr. 1919); ähnlich Nr. 6, S. 43 (1919); ähnlich Schäfer Nr. 12, S. 44 (1919).

<sup>446</sup>) Vgl. dazu Meinecke Nr. 10, S. 297 (Jan. 1919): Meinecke warnte die bürgerlichen Gruppen davor, aus Angst vor einem extremen Sozialismus in einer schwachen Zentralgewalt und insbesondere im parlamentarischen System Schutz zu suchen. Eine starke Staatsgewalt schien ihm die wichtigste Forderung, der sich Sozialisierungsfragen unterzuordnen hätten.

<sup>447</sup>) Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 221 (Nov. 1918).

machen in seiner eigenen Abwehr einer Demokratie nach westlichem Muster<sup>448</sup>).

Nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands nahmen Äußerungen über den Wert der deutschen, von Bismarck begonnenen Sozialpolitik auffallend zu; man war sich darüber einig, daß kein anderes Land ähnliche sozialpolitische Einrichtungen geschaffen habe. Die rechtsstehenden Historiker verbanden mit derartigen Hinweisen meist ein grundsätzliches Bekenntnis zum monarchischen Staat, der allein „vom neutralen Standpunkt aus“ den brutalen Klassenkampf durch Reformen gebändigt und ausgeglichen und damit seine höchste Aufgabe erfüllt habe, die Erziehungsschule des Volkes zu sein, der Erzieher zur politischen Freiheit und zum sozialen Frieden: „Die Monarchie ist nicht nur eine machtpolitische, sondern auch eine sozialpolitische Notwendigkeit.“<sup>449</sup>)

Einige gemäßigte Historiker wiesen demgegenüber darauf hin, die Erfahrungen der letzten Kriegsjahre und der Revolution hätten gerade gezeigt, daß Sozialpolitik allein eben nicht ausgereicht hätte, dem erwachenden politischen Bewußtsein der Massen Rechnung zu tragen<sup>450</sup>).

Konservative wie liberale Professoren aber stimmten völlig darin überein, daß man im neuen Staat den von Bismarck eingeschlagenen Weg weiter verfolgen und die Sozialpolitik noch ausdehnen und intensivieren müsse<sup>451</sup>). Durch soziale Reformen sollte der Klassenkampf überwunden und neue „ethische, menschheitliche und nationale Werte“ geschaffen werden<sup>452</sup>). Man forderte Sozialpolitik und akzeptierte eine begrenzte Sozialisierung also hauptsächlich aus der Überlegung heraus, die innere Einheit im Staate wieder herzustellen, die Massen dem nationalen Staat näherzubringen und sie so zu „staatstragenden“ Schichten zu erziehen. Das Ziel war, die Macht des Staates im Innern und damit auch nach Außen zu stärken<sup>453</sup>). Und die liberalen Historiker stimmten — wenn auch nicht in der Schärfe der Formulierung, so doch in der

<sup>448</sup>) Vgl. dazu Hellmann Nr. 2, S. 23 (23. Dez. 1918); ferner Below Nr. 31, S. 23 (1926).

<sup>449</sup>) Hoetzsch Nr. 2, S. 135 (Febr. 1919); dazu Below Nr. 26, S. 28 ff. (1924); Schäfer Nr. 11, S. 80 (1919).

<sup>450</sup>) Dazu Hellmann Nr. 4, S. 4 (1921); ähnlich Müller Nr. 7, S. 98 (Nov. 1919).

<sup>451</sup>) Hoetzsch Nr. 2, S. 134 (1919); Below Nr. 12, S. 83 (1919); ders. Nr. 26, S. 29 (1924).

<sup>452</sup>) Meinecke Nr. 7, S. 251 (1922).

<sup>453</sup>) Below Nr. 12, S. 83 (1919); Hoetzsch Nr. 2, S. 135 (1919); ders. Nr. 6, S. 491 (1925); Schäfer Nr. 11, S. 68 ff. (1919); Marcks Nr. 2, S. 146; Delbrück Nr. 4, Bd. 3, S. 135 ff.; vgl. dazu Stern Nr. 1, S. 27.

Grundeinstellung — mit dem Konservativen Otto Hoetzsch überein, wenn er schrieb:

*„Staatsautorität und Staatszwang fordern wir heute wieder bis zur äußersten Härte, aber sie finden eine psychologische Schranke: ... Den Weg zur Arbeit findet unser Volk nur zurück, wenn er es zugleich zum mitbestimmenden Einfluß auf die Produktion führt. ...“*

*Zwischen dem Bolschewismus des Ostens und dem siegreichen Kapitalismus der westlichen Staaten hat das deutsche Volk die Aufgabe und Pflicht, für sich und demnächst für die ganze Welt, diese neue Form organischer Wirtschaft und Wirtschaftsverfassung zu finden, lebensfähig zu machen, mit den Notwendigkeiten des Staates zu verbinden.“*<sup>454</sup>)

Verabsolutierung des Staates, Organismusbegriff, Staatssozialismus, deutscher Sonderweg und deutsches Sendungsbewußtsein — die ganze Staatsideologie der damaligen Historiker kommt hier in konzentrierter Form zum Ausdruck. Sie gab letztlich den entscheidenden Ausschlag bei der Beantwortung von grundsätzlichen wie von tagespolitischen Fragen, für die die Themen Sozialisierung und Sozialpolitik hier als exemplarisch für die politische Haltung der Historiker anzusehen sind.

#### 4. Die „geistige Erneuerung“ Deutschlands

Bereits während des Krieges hatte eine Kampagne zur Hebung und Stärkung des „deutschen Geistes“ eingesetzt; denn Annexionisten und Gemäßigte waren gleichermaßen davon überzeugt gewesen, daß im Zeitalter der Massen die Politiker für den inneren und äußeren Bestand des Reiches nur dann mit Erfolg arbeiten konnten, wenn ihre politischen Mittel und Ziele von der Zustimmung der Bevölkerung getragen waren. Als Voraussetzung dafür galt ein starkes Nationalbewußtsein auf der Basis der deutschen Kultur und des preußisch-deutschen Staates.

Als nach 1918 die Stellung der Parteien innerhalb des Staatsgefüges sich verfassungsrechtlich änderte und damit Parteimeinungen sowohl in der breiten Bevölkerung als auch in der hohen Politik mehr Möglichkeiten erhielten, sich durchzusetzen, sahen die Historiker ihre erste Pflicht darin, einen deutschen Geist zu wecken, der alle Gruppen umfaßte und zu einer höheren, nationalen Einheit zusammenschloß.

Einhellig waren sie der Überzeugung, die Revolution habe nahezu ausschließlich die ro-

<sup>454</sup>) Hoetzsch Nr. 2, S. 134 ff. (1919).

hen Triebe der Massen entfesselt. Sie sahen Deutschland beherrscht von Zuchtlosigkeit, Geldgier, nacktem Materialismus und einem blindwütigen Gegeneinander einzelner Interessengruppen und sozialer Schichten<sup>455</sup>). Für Schäfer stellte es nur noch einen „Trümmerhaufen vernichteter Kultur“ dar<sup>456</sup>). Vor allem Rechtskreise beschuldigten die Links- und Mittelparteien, dieser Entwicklung zum Chaos hin noch Vorschub zu leisten, indem sie um die Gunst des „Königs Demos“<sup>457</sup>) warben, um an der Macht zu bleiben, anstatt ihm mit allen Mitteln entgegenzutreten. In der Begründung, warum Deutschland zum Untergang verurteilt sei, wenn diesem Treiben nicht Einhalt geboten würde, zeichneten sich zwei Hauptargumente aus dem innen- und außenpolitischen Bereich ab.

Der „materielle Egoismus“<sup>458</sup>) und die — durch die „radikale Demokratie“ legitimierte — „Diktatur der Halbbildung“ (s. S. 36 f.) bedrohten aufs äußerste die essentielle Substanz des Reiches: die deutsche Kultur. Schon früher hatten die Professoren das hohe geistige und kulturelle Niveau als eine wesentliche Voraussetzung für den inneren Bestand des deutschen Staates angesehen. Nun, da die anderen Voraussetzungen — starke Regierungsgewalt im Innern und außenpolitische Machtstellung — zerstört waren, hoben sie die staatstragende Kraft deutscher Kultur und deutschen Wesens besonders deutlich hervor:

*„Nun, wo uns trotz unzähliger Siege auf den Schlachtfeldern der Endsieg versagt und ein grauenhaft opferreicher und schmachvoller Friede uns aufgenötigt worden ist, müssen wir an tiefere Empfindungen in uns appellieren, um nicht wahrhaftig unterzugehen, um die Kraft zum Wiederaufbau unseres nationalen Daseins zu gewinnen. Nun gilt es wieder wie vor 100 Jahren, vom Zeitlich-Vergänglichem zum Ewigen uns zu erheben und einen scharfen Schnitt zu machen zwischen der Welt der*

*sinnlichen Erfahrung, die uns hoffnungslos zerschlagen zu Boden geworfen hat, und der Welt des Geistes, die uns wieder aufrichten soll.“*<sup>459</sup>)

Dieser „Geist“ sollte den Kampf aufnehmen gegen seinen größten Feind, den Materialismus. In der Praxis sollte das folgendermaßen aussehen: Die Professoren, die geistigen Führer der Nation, wiesen sich selbst die Pflicht zu, „die geistige Kontinuität unseres historisch-politischen Denkens“ aufrechtzuerhalten<sup>460</sup>). Als erste Aufgabe galt dabei, durch „wahre Volksbildung“ die dafür nötige Voraussetzung zu schaffen, das heißt, die Bevölkerung dahin zu erziehen, daß sie nicht mehr ausschließlich in materiellen Verdiensten, im zuchtlosen Sichaussleben Sinn und Wert des Lebens erblickte, sondern in der geistigen Tätigkeit, in der Rückwendung zu den ewig gültigen und staatstragenden Werten der echten Kultur, die im Widerspruch stand zu der „Irrlehre, daß Mehrung des Verbrauchs gleichbedeutend sei mit Hebung ... der Kultur“<sup>461</sup>). Der Kultur-Begriff wurde dabei im umfassendsten Sinne und synonym mit dem „deutschen Wesen“ gebraucht. Innerstaatliche Gesundung schien also nur möglich durch die „gründlichste Umkehr“<sup>462</sup>) zu den alten deutschen Tugenden:

*„Die edelste und wertvollste Geistesbildung, die es gibt, für alle Stände und Berufe nur einè und die gleiche, ist Lust und Liebe zur Arbeit. Man sollte alles tun, sie zu wecken, ihr Raum geben zu freier Betätigung; das ist die wahre, die höchste Aufgabe der ‚Volksbildung‘.“*<sup>463</sup>)

*„Es bedarf mühsamer, zur Entsagung bereiter, auf Enttäuschung gefaßter Arbeit, wenn wir unser Volk aus dem Taumel der Revolution, aus der Gier nach Geld und Genuß wieder zur Vernunft, zur stillen, ruhigen Pflichterfüllung, zu Ordnung und Fleiß, zu all den*

<sup>455</sup>) E. Meyer, Preußen und Athen, S. 20, zitiert bei Below Nr. 20, S. 81; dazu Müller Nr. 14, S. 28 (1922); Hartung Nr. 10 (Juni 1919); Rothfels Nr. 1, S. 253 (April 1919); ähnlich Quidde Nr. 2, S. 387 (Juli 1919); ders. Nr. 3, S. 6 ff. (Okt. 1919): Hinweis, daß das natürliche Folgen eines Krieges seien, die sich in allen Ländern zeigten.

<sup>456</sup>) Schäfer Nr. 13, S. 23 (1921).

<sup>457</sup>) Haller Nr. 10, S. 212; dazu Schäfer Nr. 11, S. 68 ff. (1919); Hartung Nr. 9, S. 333 (Juni 1919).

<sup>458</sup>) Meinecke Nr. 8, S. 199 (1916): Meinecke kritisierte bereits damals die unorganische, meist verneinende Weltanschauung des deutschen Menschen: „Herausgewachsen aus den alten, stabilen, zwar dumpfen, aber an natürlicher Poesie nicht armen Verhältnissen der deutschen Kleinstadt, hineingerissen in den Wirbel des modernen großstädtischen und industriellen Lebens oder in die Fremde verschlagen ...“; ähnlich Müller Nr. 9, S. 44 (Okt. 1920).

<sup>459</sup>) Meinecke Nr. 6, S. 61 (Dez. 1918); zur „geistigen Reformierung“ vgl. Hartung Nr. 9, S. 335 (Juni 1919); dazu Haller Nr. 10, S. 375: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut.“ Auch im Völkerleben. Solange der Geist eines Volkes lebendig ist, d. h. solange er seine Sprache rein, seine besondere Art zu denken, zu fühlen und zu leben im Kern unverbildet, keim- und triebfähig erhält, so lange hat es noch eine Zukunft.“ Vgl. dazu Brandenburg Nr. 7, S. 60 ff. (1920): Bemerkenswert erscheint, daß Brandenburg gerade aus der Hoffnung auf die geistige Erneuerung die Widerlegung der materialistischen Geschichtsauffassung ableitete, da sie seiner Ansicht nach „die schöpferische Macht des Menschengenies“ leugnete.

<sup>460</sup>) Rothfels Nr. 1, S. 255 (April 1919).

<sup>461</sup>) Schäfer Nr. 11, S. 70 (1919).

<sup>462</sup>) Ebenda.

<sup>463</sup>) Ebenda.

*Tugenden, die vor dem Kriege und noch lange während des Krieges den Wert der deutschen Arbeit bedingten, erziehen wollen.*"<sup>464</sup>)

Den deutschen Tugenden stellte man den slawischen und atheistischen Bolschewismus antithetisch gegenüber; denn laut Schäfer war deutsches Wesen und deutsche Kultur „gar nicht anders denkbar als in engster Verbindung christlichen und germanischen Wesens“<sup>465</sup>). Gleichzeitig bildete die Forderung zur „Umkehr“ eine deutliche Kampfansage gegen die moderne Demokratie; denn die „deutschen Tugenden“ der Vorkriegszeit waren gekennzeichnet durch ihren unpolitischen Grundtenor; ihr besonderer Wert lag ja gerade nicht in der ständigen kritischen Auseinandersetzung mit allen Erscheinungen des öffentlichen Lebens, sondern im hingebungsvollen Dienst des von oben gelenkten Staatsorganismus. Die Historiker sahen es als ihr höchstes Ziel an — ohne es allerdings klar auszusprechen —, die in der Revolutionszeit vorangetriebene Politisierung der Bevölkerung wieder rückgängig zu machen, um die „geistige Einheit“ des Volkes wieder herzustellen, die mit den Begriffen „Kultur“, „Geist“, „Wesen“, „Charakter“, „Tugenden“ der Deutschen umschrieben wurde. Das politische Bewußtsein der Bevölkerung sollte überwiegend bestimmt sein durch den Willen, den Staat zu bejahen, ihm zu dienen. Dieser antidemokratische Grundtenor ist in den Schriften der rechtsstehenden Historiker relativ leicht festzustellen<sup>466</sup>); bei den gemäßigten, nunmehr „demokratischen“ Historikern war er nur indirekt angedeutet und häufig von demokratischen Formeln verdeckt<sup>467</sup>). Nur Siegmund Hellmann bekannte sich 1921 zu der Überzeugung, „daß in Deutschland gesunde Politik erst wieder getrieben werden kann, wenn eine gewisse Entpolitisierung stattgefunden hat“; den möglichen Protest der Parteien gegen solche Ansichten wies er zurück mit dem Argument, „die Parteien (sind) glücklicherweise nicht das

<sup>464</sup>) Hartung Nr. 11, S. 453 (Sept. 1919); ders. Nr. 14 (Nov. 1919).

<sup>465</sup>) Schäfer Nr. 11, S. 17 (1919); dazu Müller Nr. 17, S. 282 ff. (Nov. 1918).

<sup>466</sup>) Below Nr. 21, S. 277 (Mai 1920); dazu Schäfer Nr. 13, S. 23 (1921): „Kultur läßt sich nicht aufbauen auf der unterschiedslosen Gleichsetzung aller; sie bedarf führender Geister. Masseninstinkte können die Leitung nicht übernehmen.“

<sup>467</sup>) Vgl. z. B. Meineckes Ruf nach Aristokratie, s. S. 37; ferner Mommsen Nr. 1, S. 139 (Jan. 1920), der zu gemeinsamen Diskussionsabenden aller politischen Gruppen an der Berliner Universität bemerkte, es werde noch zuviel Flaches und überflüssiges und vor allem zuviel ‚Parteiprogramm‘ geredet. Vgl. ferner Rothfels' Begriff des „demokratischen Heeres“, Nr. 3 (Mai 1919).

Vaterland“<sup>468</sup>). Damit sprach er aus, was seine Kollegen meist nur andeuteten.

Neben der alten Abneigung gegen Parteimeinungen und politisierte Massen spielte noch ein drittes Moment mit hinein in den Ruf nach „geistiger Erneuerung“. Einige Historiker der Mitte befürchteten, daß die neue Reichsverfassung — die sie sich zwar anders vorgestellt, dann aber akzeptiert hatten — nur ein leeres Gerüst und damit politisch ineffektiv bleibe, wenn sie nicht von innen heraus ausgefüllt und getragen würde von der ganzen Bevölkerung. Dieser nicht zu erzwingende, aber gerade in der Demokratie<sup>469</sup>) dringend erforderliche Prozeß konnte sich ihrer Meinung nach nur vollziehen in engster Verbindung mit der Weckung eines starken Nationalgefühls, das den *bestehenden* Staat mit einbezog. Eine theoretisch noch so gute Verfassung könnte innenpolitisch nur Nachteile haben, wenn nicht gar schweren Schaden anrichten, wenn sie einer geistig-ideellen Basis im Bewußtsein der Bevölkerung ermangele<sup>470</sup>). Die Historiker schränkten aber die Wirksamkeit dieses durchaus realpolitischen Gedankens selbst wieder ein, indem sie einerseits die Anerkennung des parlamentarischen, also auf Parteien gegründeten Regierungssystems forderten und andererseits immer wieder dazu aufriefen, Parteimeinungen soweit wie nur irgend möglich zurückzudrängen und damit indirekt auch wiederum die Parteien diskreditierten.

Bereits während des Krieges hatten die Historiker das hohe geistige und kulturelle Niveau Deutschlands als eine wesentliche Voraussetzung auch des äußeren Bestandes des Reiches angesehen<sup>471</sup>) und daraus die These abgeleitet, Deutschland sei eben wegen seiner überragenden Kultur zum Dasein als ebenbürtiger Partner im Konzert der Weltmächte nicht nur berechtigt, sondern um der Menschheit willen geradezu verpflichtet<sup>472</sup>).

<sup>468</sup>) Hellmann Nr. 4, S. 31 (1921).

<sup>469</sup>) Vgl. über „Deutsche Demokratie“ S. 18 ff., wo die wesentlichen Ansichten und Argumente der Kriegs- und Nachkriegszeit beleuchtet werden.

<sup>470</sup>) Mommsen Nr. 2, S. 377 (Juni 1920); ders. Nr. 4, S. 156 (April 1921); Quidde Nr. 2, S. 387 (Juli 1919); Hartung Nr. 14 (Nov. 1919).

<sup>471</sup>) Vgl. dazu Schwabe Nr. 1, S. 52, S. 60 u. ö.

<sup>472</sup>) Vgl. z. B. Goetz Nr. 8, S. 626 (Juli 1918): „Deutsche Eigenart hat der Welt schon ebensoviel gegeben, als wir von anderen empfangen haben — wir haben das Recht, uns als ein unentbehrliches Glied der Menschheit zu fühlen. Wer uns den Schaffensraum auf der Erde verweigert oder beschränken will, vergreift sich an dem Wachstum der menschlichen Kultur.“

Nach Kriegsende, als Deutschland machtpolitisch zumindest vorübergehend nur eine Nebenrolle spielen konnte, gewann die Forderung der Historiker nach Rückbesinnung auf die deutsche Kultur neue Bedeutung:

Deutschland mußte wieder zu einer „geistigen Einheit“ zusammenwachsen auf der Basis eines bewußten Nationalgefühls<sup>473</sup>), da es sonst zum „Völkerdünger“<sup>474</sup>) würde, seine spezifischen Eigenheiten verlöre und somit der Welt nichts Wertvolles mehr zu geben habe; denn echte, weltwirkende Kultur konnte nach Ansicht der Professoren nur auf nationaler Grundlage gedeihen und fruchtbar werden<sup>475</sup>). Das von ihnen bereits während des Krieges kultivierte deutsche Sendungsbewußtsein tauchte hier wieder auf, reduziert auf das nun intensiviertere geistig-kulturelle Gebiet<sup>476</sup>). Aus dem Rückgriff auf den deutschen Nationalgeist zogen sie noch eine praktisch-politische Konsequenz: Da Deutschland keine Machtmittel mehr besaß, um seinen Anspruch auf die zwangsweise abgetretenen Gebiete geltend zu machen, stellten die Historiker nun die Begriffe „deutscher Geist“, „deutsche Kultur“ in ihren Dienst am Staat, diesen Anspruch vor der Weltöffentlichkeit zu vertreten<sup>477</sup>). Dabei bezogen sie nun auch Deutsch-Österreich in den Kreis der Gebiete ein, die aufgrund ihres Volkstums, ihrer Geschichte und Kultur völkerrechtlich zur deutschen Staatsnation gehören mußten.

Die Historiker hofften und setzten sich dafür ein, daß das deutsche Volk unter dem Druck der außenpolitischen Notlage sich in einem „feurigen Nationalgefühl“<sup>478</sup>) sammle und aus dieser inneren Einheit die Kraft und Stärke gewänne, der drohenden Selbstzerstörung im Innern und damit der Vernichtung von außen zu widerstehen<sup>479</sup>). Die Neubelebung des deutschen Nationalgeistes stand also

letztlich im Dienste der deutschen Revisionspolitik und hatte stärker denn je einen großdeutschen Charakter<sup>480</sup>).

Das Ferment im Prozeß der nationalen Bewußtwerdung konnte und sollte nach Ansicht der Historiker nur die „Deutsche Geschichte“ bilden<sup>481</sup>); denn ihre frühere Hoffnung, daß eine ausgedehnte Sozialpolitik die Massen eng an den Staat binden und sie so zur tragfähigen Basis für eine Außenpolitik heranbilden würde, hatte seit den Erfahrungen des Kriegsendes merklich abgenommen.

Kulturgeschichte und politische Geschichte mußten als Einheit aufgefaßt werden, da beide im „deutschen Wesen“ wurzelten: Goethe und Bismarck, Weimar und Potsdam konnten deshalb keine unvereinbaren Gegensätze bilden, sondern waren, laut Oncken, „die Pole einer und derselben Urkraft, auf deren Spannung das nationale Leben ruht“<sup>482</sup>). Eine „geistige Wesensveränderung der Nation“ erschien als unmöglich<sup>483</sup>). Die Geschichte sollte daher die Grundlage und gleichzeitig die Legitimierung zur „Auferstehung des deutschen Volkes“ darstellen, da in ihr die „Bedingungen seines Daseins“ lagen und die „starken Wurzeln, aus denen es die Kraft zu neuen Trieben gewinnt“<sup>484</sup>). Deshalb galt es nun, „uns wieder auf uns selbst zu besinnen und wieder emporzuranken an den großen Traditionen unserer Vergangenheit und an den großen Gestalten und den gewaltigen Taten unserer Geschichte“<sup>485</sup>):

*„Nur ein verhängnisvoller Dilettantismus konnte glauben, durch einen radikalen Bruch mit unserer Geschichte, durch Selbstgeißelung und Selbstzerfleischung unsere internationale Lage bessern zu können. Wir hoffen, daß dieser innerpolitische Doktrinarismus nun endgültig verabschiedet wird. Rankes Lehre von der Individualität des Volkes und Staates hat auch heute noch ihre tiefe Bedeutung für uns.*

<sup>473</sup>) Mommsen Nr. 4, S. 157 (April 1921).

<sup>474</sup>) Schäfer Nr. 6, S. 98 (1919).

<sup>475</sup>) Dazu Marcks Nr. 2, S. 120 (1924); Schäfer Nr. 6, S. 93 u. 95 (1919); ders. Nr. 18, S. 6 ff. (1922); Mommsen Nr. 4, S. 157 (April 1921); ders. Nr. 5, S. 407 ff. (1921); Oncken Nr. 6 (1922).

<sup>476</sup>) Mommsen Nr. 4, S. 157 (1921); dazu Mommsen Nr. 5, S. 409 (1921): „Die nationale Kultur muß, wenn sie lebendig sein und bleiben will, sich nicht als Selbstzweck ansehen, sie will über die Grenzen des eigenen Volkes hinauswirken und tritt mit dem Anspruch auf, daß die Arbeit für nationale Kultur eine Arbeit auch für die Menschheit ist, daß also diese nationale Arbeit übernationale Wirkungen haben muß.“ Dazu Andreas Nr. 1, S. 46 (Nov. 1921).

<sup>477</sup>) Oncken Nr. 6, S. 7 u. ö. (1922).

<sup>478</sup>) Becker Nr. 1, S. 147 (1921); dazu Below Nr. 12, S. 83 (1919).

<sup>479</sup>) Mommsen Nr. 2, S. 377 (Juni 1920); ähnl. auch Quidde Nr. 2, S. 387 (Juli 1919).

<sup>480</sup>) Mommsen Nr. 4, S. 157 (1921): Das Volk müsse „wieder zu einer geistigen Einheit und zu wahrem Nationalgefühl kommen. Und damit ist nicht nur die Möglichkeit zu innerer Gesundung gegeben, sondern wenn wir uns wieder als ein einiges Volk fühlen, kann uns keine politische und wirtschaftliche Knechtschaft drücken.“ Dazu ders. Nr. 5, S. 408 (Sept. 1921); Becker Nr. 1, S. 147 (1921); Below Nr. 11, S. 824 (Ende 1918); ders. Nr. 16, (Aug. 1919); Schäfer Nr. 12, S. 35 (1919); Hellmann Nr. 4, S. 31 (1921).

<sup>481</sup>) Dazu Haller Nr. 10, S. 381; Collischonn Nr. 1, S. 668 u. 756.

<sup>482</sup>) Oncken Nr. 5, S. 19 ff. (1921); ähnl. Schäfer Nr. 6, S. 94 (1919).

<sup>483</sup>) Oncken Nr. 5, S. 19 (1921).

<sup>484</sup>) Haller Nr. 10, S. 375.

<sup>485</sup>) E. Meyer (1919), zitiert nach Below Nr. 20, S. 81; dazu Hartung Nr. 6, S. 116 (Dez. 1918); ders. Nr. 10 (Juni 1919).

Nur, wenn wir uns bekennen zu dem, was wir gewesen und geworden, zu dem unerhört leidvollen Ganzen unserer Geschichte, zu dem über alle ‚Schuld‘fragen turmhoch erhabenen schicksalsmäßigen Zug unserer Entwicklung, nur dann dürfen wir auch fürderhin etwas für die Welt zu sein hoffen.“<sup>486)</sup>

Dem möglichen Einwand, eine zu starke Rückwendung zur geschichtlichen Vergangenheit berge in sich die Gefahr einer starren, reaktionären Haltung gegenüber neuen Gegenwartsfragen, begegnete Below mit dem lapidaren Satz: „Wir Historiker sind natürlich nicht reaktionär.“<sup>487)</sup>

Die meisten Historiker akzeptierten neue Formen des geistig-kulturellen wie des politischen Lebens, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie sich bruchlos in die bisherige Kontinuität der deutschen Geschichte einfügten<sup>488)</sup>.

Mit diesen Forderungen erweiterten die Professoren ihren Anspruch auf die geistige Führung der Nation. Nicht nur einige grundlegende Lehren, die sie aus geschichtlichen Fak-

ten und Entwicklungen gezogen und für allgemeingültig erklärt hatten, sollten die Richtlinien bestimmen für die Tagespolitik, sondern schon allein die Tatsache, daß man auf eine große geschichtliche Tradition und auf bedeutende Männer wie Friedrich den Großen, die Männer der preußischen Reformzeit oder Bismarck zurückblicken konnte, das heißt die preußisch-deutsche Geschichte in ihrer ganzen Vielfalt und Komplexität, sollte die ideologische Grundlage der Gegenwart bilden. Die Historiker sahen also ihre politische Funktion weniger darin, die Basis für eine historisch-kritische Gegenwartsanalyse zu liefern, als vielmehr in erster Linie darin, durch ein überwiegend emotionales Bekenntnis zur ruhmreichen Vergangenheit *Geschichtsbewußtsein* zu schaffen, das sie als unerläßliche Voraussetzung ansahen für ein starkes *Nationalbewußtsein* und damit für den inneren und äußeren Wiederaufbau des Deutschen Reiches. Letzten Endes produzierten sie also nichts als eine nationalkonservative Geschichtsideologie, die sich noch in der Weimarer Republik gegen die Demokratie wandte.

## VII. Exkurs: Bemerkungen zur Parteizugehörigkeit der Historiker

Obwohl, wie erwähnt, viele Historiker nach 1918 einer Partei beitraten, kann dieser Teil ihrer politischen Tätigkeit hier nicht näher untersucht werden; denn aus einem Vergleich der politischen Vorstellungen der Professoren mit der Linie jener Parteien, denen sie jeweils angehörten, lassen sich zweifellos Erkenntnisse gewinnen über die Parteien, nicht aber speziell über die Stellung der Professoren. Zwar stimmten viele, vor allem rechtsstehende in ihren Auffassungen mit der Politik derjenigen Partei überein, der sie angehörten; aber es ist z. B. schwer, Delbrücks politische Schrif-

ten in Einklang zu bringen mit seiner Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Volkspartei, die auch Männer wie Hoetzsch und Schäfer zu ihren Mitgliedern zählte. Ebenso ist die Tatsache, daß z. B. der demokratische Pazifist Quidde und der liberal-konservative Meinecke derselben Partei — der Deutschen Demokratischen — angehörten, allenfalls aufschlußreich für die heterogene Zusammensetzung dieser Partei, nicht aber für die politischen Ideen dieser beiden so verschiedenen Männer.

Die tieferen Ursachen dieser offensichtlichen Inkongruenz zwischen der offiziellen Linie der Partei, der sie jeweils angehörten, und ihren eigenen politischen Anschauungen dürften wohl folgendermaßen zu klären sein: Erstens haben die Professoren ihre früher so betonte Selbständigkeit Parteimeinungen gegenüber bewußt aufrechtzuerhalten versucht, ohne allerdings zu erkennen, wieweit sie selbst interessengebundene Doktrinen vertraten. Zweitens aber waren Parteibildungen sowie Beitritte zu Parteien in den Wirren von 1918/19 mehr bestimmt durch das eine Ziel, Staat und Nation vor dem Untergang zu retten, als durch klare innen- und außenpolitische Alternativprogramme. Nur deshalb scheint es möglich gewesen zu sein, daß zwei politisch so äh-

<sup>486)</sup> Rothfels Nr. 2, S. 129 (März 1919).

<sup>487)</sup> Below Nr. 20, S. 56 (1920).

<sup>488)</sup> Below Nr. 20, S. 56 ff. (1920); so Hartung bereits Nr. 5, S. 421 (Juni 1918); ders. Nr. 10 (Juni 1919); ähnl. Müller Nr. 17, S. 280 ff. (14. Nov. 1918); ders. Nr. 7, S. 97 (Nov. 1919); vgl. dazu Becker Nr. 1, S. 137 ff. (1921), der noch am ehesten zu Neuerungen bereit war: „Geschichtlich dachten die, die eine Fortbildung unserer staatlichen Organisation in der Richtung der universellen Entwicklung erstrebten ... Konservieren im Sinne von erstarren lassen heißt töten; fortbilden und umwandeln heißt am Leben erhalten. Bismarck treu bleiben, heißt Neues schaffen. Denn er selbst war ein Neuschaffer gewesen.“ Vgl. dazu Andreas Nr. 1, S. 43 (Nov. 1921). Ähnlich reformwillig Meinecke Nr. 10, S. 278 (13. Dez. 1918).

lich denkende Männer wie Delbrück und Meinecke in der weiteren Entwicklung auseinandergelassenen Parteien wie der Deutschnationalen und der Deutschen Demokratischen angehört. Da es in diesem Aufsatz darum ging,

die Gedanken der Professoren und nicht die geistig-politische Struktur der einzelnen Parteien zu untersuchen, kann hier auf die Problematik dieser Zusammenhänge nur hingewiesen werden.

## VIII. Zusammenfassung

Bereits im April 1919 charakterisierte Hans Rothfels die beiden politischen Gruppen innerhalb der Historikerschaft im Anschluß an die Untersuchung von Gustav Wolf<sup>489)</sup> treffend mit folgenden Worten:

*„Während die einen heute hoffnungslos beiseite stehen, fehlt es den anderen nicht an Organen, um das in sich aufzunehmen und begrifflich zu klären, was als dumpfe Sehnsucht durch die Massen geht. Weitklaffende Kontraste also in der praktischen Haltung — und doch wesentlich gemeinsame geistige Quellen: eine Konstellation, die man gern als verheißungsvolles Symptom ansprechen möchte.“*<sup>490)</sup>

Die „Verheißung“ erfüllte sich nicht. Die Spaltung hatte sich gegen Kriegsende und dann besonders in der Diskussion um die Dolchstoßlegende derart vertieft, daß die Gegensätze in praktischen Fragen mit schärfster Polemik ausgetragen wurden und die gemeinsame ideologische Basis und ebenso das gemeinsame letzte Ziel ihrer Politik — ein großes, geeintes, starkes Deutsches Reich — immer mehr verdeckt wurden.

Die Voraussetzung ihrer eigenen politischen Tätigkeit — die „Symbiose von Politik und Geschichte“ — erhoben sie zu einem grundsätzlichen politischen Prinzip: Das Bekenntnis zur Vergangenheit und die Kontinuität in der Geschichte forderten sie als *conditio sine qua non* für den inneren Wiederaufbau Deutschlands, seine Auferstehung aus der innen- und außenpolitischen Ohnmacht und seine von der „Geschichte“ geforderte Rückkehr in den Kreis der Großmächte.

Die Differenzen zwischen den beiden politischen Gruppen ergaben sich stets aus der Frage, ob man — wie es die Konservativen anstrebten — den neuen ideologischen Strömungen und revolutionären Ereignissen mit allen Mitteln entgegentreten und die alten Zustände möglichst unverändert erhalten bzw. wiederherstellen sollte oder ob es nicht realpolitischer sei, den neuen Entwicklungen einige Schritte entgegen zu kommen, sie „aufzu-

fangen“ und mittels einer wohl in den Methoden, nicht aber in der Substanz veränderten Politik in das ideologische und politische Gefüge des alten Staates zu integrieren, um ihn auf diese Weise in abgewandelter, zeitgemäßer Form wieder erstehen zu lassen. Für diese, den Liberalen eigene Haltung lieferte Meinecke ein glänzendes Beispiel mit seinem Versuch, verfassungsmäßig den alten Obrigkeitsstaat in noch verstärkter Gestalt wiederherzustellen und dazu die neuen demokratischen Tendenzen in Form der plebiszitären Präsidentschaft zu benutzen.

Ebenso müssen die Bereitschaft der Professoren zu begrenzter Sozialisierung und intensiver Sozialpolitik sowie die Forderung nach geistiger Erneuerung in erster Linie als *Funktionen* der alten, der Gegenwart nur äußerlich angepaßten Staatsideologie angesehen werden und nicht als Symptome eines tiefgreifenden Gesinnungswechsels. Die starre Haltung der Konservativen und die Reformbereitschaft der Liberalen — die wesentlichen Unterscheidungsmerkmale der beiden Gruppen während des Krieges — setzten sich ungebrochen und jeweils um einige Grade intensiviert zu Beginn der Weimarer Republik fort.

Am anschaulichsten zeigt sich die Kontinuität ihres Staatsdenkens und ihres politischen Urteils in der literarischen Fehde um die Dolchstoßlegende. Annexionisten und Gemäßigte sahen gleichermaßen im November 1918 alle ihre Befürchtungen in innen- und außenpolitischen Fragen Wirklichkeit werden — allerdings in einem Ausmaß, das sie vorher nicht für möglich gehalten hatten. Beide Gruppen verurteilten jeweils ihre bisherigen Gegner in den Kriegsziel- und Reformdiskussionen als die eigentlichen Schuldigen am militärischen Zusammenbruch, der Auflösung der inneren Einheitsfront und der Revolution. Während die Konservativen alles attackierten, was nicht mit der politischen Linie der extremen Rechten übereinstimmte, fühlten sich die Gemäßigten von der irrationalen Überspannung der Machtpolitik immer stärker nach links gedrängt, bis sie sich im Oktober 1918 gezwungen sahen, mit der Sozialdemokratie zusammen zu arbeiten,

<sup>489)</sup> Wolf Nr. 1 (1918).

<sup>490)</sup> Rothfels Nr. 1, S. 254 (April 1919).

allerdings ohne ihre bisherigen starken Vorbehalte gegen sie ganz überwinden zu können. Ihre Frontstellung gegen rechts fand ihren Ausdruck in der scharfen Bekämpfung der Dolchstoßlegende, ihre alte Gegnerschaft gegen die Sozialdemokraten in der Beurteilung der revolutionären Vorgänge als „November-Verbrechen“. Die politische Haltung der Historiker zwischen Kaiserreich und Republik ist also hauptsächlich durch die Kontinuität ihres Denkens charakterisiert; sie äußerte sich jedoch bei den beiden politischen Gruppen in jeweils eigener Prägung. Bei den Konservativen erschien sie als starres Prinzip, das Modifizierungen nicht zuließ; deshalb konnten sie die trotz mancher Neuerung nachweisbare Erhaltung vieler Einrichtungen nicht erkennen und verharrten im Kampf gegen jeden Widerspruch zu ihrer eigenen politischen Konzeption.

Da die Liberalen die durchaus geforderte Kontinuität nicht derart starr auffaßten, sondern sie — wie während des Krieges — am besten gewahrt sahen, wenn Neues organisch eingefügt würde, erkannten sie sehr früh, daß man vieles aus der Kaiserzeit in die Gegenwart herübergerettet hatte. Die tatsächliche Kontinuität erleichterte ihnen die Anerkennung der Republik und bot ihnen eine günstige Basis für ihre Politik, so viel Altes wie möglich zu bewahren, nicht als Gegengewicht gegen das Neue, sondern als dessen Grundlage und ideologische Überhöhung, als einigende Klammer um die verschiedenen politischen Richtungen. Die Formel „Deutsche Demokratie“ — starke Regierungsgewalt, getragen vom „Volkswillen“, „nationale Einheitsfront“, möglichste Einschränkung der Parteien — gewann zu Beginn der Weimarer Republik, als das Symbol der deutschen Stärke und Einheit, die Monarchie, gestürzt war, für die Historiker eine neue Bedeutung und bildete den Kern ihrer politischen Konzeptionen.

Zu beiden Gruppen gehörte jeweils ein Mann, der einen Schritt weiter nach links machte und damit entgegen den herrschenden Strömungen seine Ansicht änderte: Der frühere scharfe Verfechter alldeutscher Machtpolitik Erich Brandenburg schwenkte zu den Liberalen über, und der ehemals zum rechten Flügel der Gemäßigten gehörige Walter Goetz vertrat nun eine nicht nur nach außen demokratisch erscheinende Politik. Wiederholt unterzog er die früheren staatlichen Verhältnisse einer kritischen Analyse und forderte einen echten Neubeginn auf der Basis neuer verfassungsrechtlicher Einrichtungen, einer bewußt anderen Politik als zur Kaiserzeit und einer neuen, de-

mokratischen Staatsauffassung<sup>491</sup>). Der Außenseiter Goetz wurde nur unterstützt von den Historikern, die schon früher stark zu demokratischen Ideen tendierten, wie Quidde, Bergsträsser und einigen anderen<sup>492</sup>).

Zwar kann man z. B. bei Meinecke insofern von einer gewissen Wandlung sprechen, als er nach 1918 stärker als zuvor die Innenpolitik in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellte, man muß dabei aber stets die unveränderten Vorzeichen berücksichtigen. Von einem „radikalen Umdenken“ kann bei Meinecke — wie Hofer<sup>493</sup>) und ähnlich Kotowski<sup>494</sup>) es in ihren apologetischen Schriften behaupten — ebensowenig wie bei seinen Kollegen die Rede sein; denn aus einer zwangsweisen Anerkennung der historisch notwendig gewordenen Republik läßt sich noch nicht auf eine demokratische Gesinnung schließen.

Das bedeutet, daß die junge parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik von Anfang an keinen echten Rückhalt bei den deutschen Historikern besaß, die das Geschichtsbild und damit indirekt auch das politische Bewußtsein ihrer Zeit mit prägten. So begrüßten einige der rechts stehenden Historiker bereits sehr früh die Entstehung und Ausbreitung des Nationalsozialismus<sup>495</sup>), und viele von ihnen stellten sich ab 1933 ganz in den Dienst des Dritten Reiches<sup>496</sup>). Auf der Seite der Liberalen wuchs bereits seit Ende 1919 wieder die Kritik an der „radikalen Demokratie“ und dem Parlamentarismus; sie ist weniger auf die gesammelten Erfahrungen mit dem zersplitterten deutschen Parteiwesen zurückzuführen, sondern eher als Symptom dafür aufzufassen, daß diese Professoren sich 1918/19 nicht aus innerer Überzeugung, sondern nur formal aus Pragmatismus den neuen demokratischen Entwicklungen gebeugt hatten.

<sup>491</sup>) Vgl. z. B. Goetz Nr. 11 (1919); ferner: Die deutsche Geschichtsschreibung der Gegenwart, in: Nr. 16, S. 412 ff. (1924).

<sup>492</sup>) Siehe Anm. Nr. 27.

<sup>493</sup>) Hofer: Einleitung zu Meinecke, Idee der Staatsraison, S. XXIX, ähnl. S. XIII u. XXV; vgl. ferner Hofer Nr. 1.

<sup>494</sup>) Kotowski: Einleitung zu Meinecke, Politische Schriften; Kotowski bezeichnete Meinecke z. B. als „maßgebenden Theoretiker der Deutschen Demokratischen Partei (S. 23); vgl. ferner Nr. 1.

Gegen die Vorstellungen von Demokratie, wie Kotowski und Hofer sie in Anlehnung an Meinecke heute noch vertreten, vgl. die ausgezeichnete Analyse echter demokratischer Gesinnungen von Krockow, Nr. 1.

<sup>495</sup>) Z. B. Below Nr. 31, S. 36 (1926); zu Müllers früher Beziehung zum Nationalsozialismus vgl. Gollwitzer Nr. 1.

<sup>496</sup>) So z. B. Haller, Fester, Spahn, Müller; von den Liberalen ferner noch Mommsen, vgl. Nr. 8.

Sowohl Meinecke<sup>497)</sup>, der den Parlamentarismus stets mit Skepsis betrachte, als auch Otto Becker<sup>498)</sup>, der sich 1921/22 zu einem seiner eifrigsten Verfechter aufwarf, aber wie Meinecke dem Machtstaatsdenken und den Ideen „Volksgemeinschaft“ und „Führertum“ näher stand als dem demokratischen Gedankengut, konstatierten 1930 mit Befriedigung, die Zeit des regierungsunfähigen Parlaments sei endlich vorbei und durch eine „konstitutionelle Demokratie“<sup>499)</sup> abgelöst.

Über die unmittelbare Wirkung der Professoren auf die öffentliche Meinung ist keine beweisbare Feststellung zu treffen. Da sie aber ihre politischen Anschauungen vom Katheder aus und in den verschiedensten Tageszeitun-

gen und Zeitschriften sowie zahlreichen Broschüren immer wieder mit dem ganzen Gewicht ihrer fachlichen Zuständigkeit als Historiker und ihrer sozialen Stellung als Professoren und damit als Vertreter der geistigen und gesellschaftlichen Elite der Nation vertraten, darf man ihnen wohl auch ohne statistische Unterlagen eine erhebliche aktive Einflußnahme auf die geistige und politische Entwicklung in der Weimarer Republik zusprechen, die über ihren Wirkungskreis an der Universität hinausging.

---

<sup>497)</sup> Vgl. Meinecke Nr. 10, S. 435 ff., S. 442 ff.

<sup>498)</sup> Becker Nr. 3 (1931).

<sup>499)</sup> Meinecke Nr. 10, S. 442 (Dez. 1930).

## IX. Literaturverzeichnis

### I. Quellen

*Andreas, Willy*

1. Diplomatie und Geschichte, in: *Das neue Deutschland*, 10. Jg., Heft 3/4, Nov. 1921, S. 41—46.

*Arons, Leo*

1. *Universitäten heraus!*, Berlin 1918

*Below, Georg v.*

1. Heinrich v. Treitschkes deutsche Sendung, in: *Der Panther*, 5. Jg., Heft 4, April 1917, S. 437—470.
2. Der Abgeordnete Friedrich Naumann als Historiker und Friedenspolitiker, in: *Das größere Deutschland*, 4. Jg., Heft 45, 10. Nov. 1917, S. 1413—17.
3. *Kriegs- und Friedensfragen*, Dresden und Leipzig 1917.
4. Zum Streit um das preußische Landtagswahlrecht, in: *Der Tag*, Nr. 26/27, 1. Febr. 1918.
5. Ein Wort zur Klärung der Zentrumspolitik, in: *Deutschlands Erneuerung*, Jg. 2, 1918, Heft 5, S. 322.
6. Elsaß-Lothringen und der deutsche Partikularismus, in: *Der Tag*, Nr. 156, 6. Juli 1918.
7. Die Spaltung der Nation und der 19. Juli 1917, in: *Das größere Deutschland*, 5. Jg., Heft 28, 12. Juli 1918, S. 865—81.
8. Prof. Delbrück, Der Fall Valentin und die Belgische Frage, in: *Das größere Deutschland*, 5. Jg., Heft 38, 20. Sept. 1918, S. 1204—1207.
9. Die Berechtigung der positiven deutschen Kriegsziele, in: *Der Tag*, Nr. 251, 25. Okt. 1918.
10. Führt die heutige demokratische Bewegung zum Einheitsstaat oder zu einer Verstärkung des Partikularismus?, in: *Die Grenzboten*, 77. Jg., 1918, Nr. 49, S. 221—223.
11. Die Stellung der Hochschullehrer zu den Kriegsfragen, in: *Deutschlands Erneuerung*, Jg. 2, 1918, Heft 12, S. 812.
12. Sinn und Bedeutung des deutschen Zusammenbruchs, in: *Deutschlands Erneuerung*, Jg. 3, 1919, Heft 2, S. 77.
13. Die neue Demokratie und die Freiheit der Universitäten, in: *Die Grenzboten*, 78. Jg., 1919, Nr. 7/8, S. 119—122.
14. Zur neuesten Literatur über die Ursachen unseres Zusammenbruchs, in: *Der Tag*, Nr. 135, 28. Juni 1919.
15. Das gute Recht Deutschlands gegenüber Belgien, in: *Der Tag*, Nr. 154, 20. Juli 1919.
16. Tirpitz' Rechtfertigung, in: *Der Tag*, Nr. 166, 3. Aug. 1919.
17. Über einige wichtige Kriegsfragen, in: *Deutschlands Erneuerung*, Jg. 3, 1919, Heft 9, S. 595.
18. Kaiser Wilhelm II. und die Monarchie, in: *Der Tag*, Nr. 222, 8. Okt. 1919.
19. Eine Schuld des Großadmirals von Tirpitz oder der Parteien? in: *Süddt. Monatshefte*, Nov. 1919, S. 110—113.
20. *Die parteiamtliche neue Geschichtsauffassung*, Langensalza 1920.
21. Konservativ und liberal, in: *Eiserne Blätter*, 2. Jg., 1920, Nr. 18, S. 273—277.
22. Die große Täuschung der Demokratie, in: *Eiserne Blätter*, 2. Jg., 1921, Nr. 50, S. 785—787.
23. *Die Reichspolitik einst und jetzt*, Tübingen 1922.
24. Elsaß-Lothringen, Deutschlands Schicksalsland, in: *Eiserne Blätter*, 4. Jg., 1922, Nr. 11, S. 149—152.
25. Die Weimarer Verfassung und der nationale Gedanke, in: *Eiserne Blätter*, 4. Jg., 1923, Nr. 35, S. 535—540.
26. *Die Hemmnisse der politischen Befähigung der Deutschen und ihre Beseitigung*, Langensalza 1924.
27. *Die deutsche Geschichtsschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen*, 2. wesentlich verm. Auflg., 1924.
28. Zur Kritik der Demokratie, in: *Eiserne Blätter*, 5. Jg., 1924, Nr. 30, S. 494—96.
29. *Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen*, Bd. 1, hrsg. v. Siegfried Steinberg, Leipzig 1925.

30. Geschichte der rechtsstehenden Parteien, in: Deutscher Aufstieg, hrsg. v. H. v. Arnim u. G. v. Below, Berlin 1925.
31. Einleben in die Verfassung oder Verfassungsänderung?, Langensalza 1926.

*Becker, Otto*

1. Deutschlands Zusammenbruch und Auferstehung. Die Erneuerung der Staatsgesinnung auf Grund der Lehren unserer jüngsten Vergangenheit, Berlin 1929.
2. Bedingungen für Deutschlands Wiederaufstieg. Deutschlands Zusammenbruch und Auferstehung, 2. Teil, 2. verm. Auflage, Berlin 1922.
3. Weimarer Reichsverfassung und nationale Entwicklung, Berlin 1931.

*Bergsträsser, Ludwig*

1. Akademische Jugend und bolschewistische Politik. (Deutschlands Wiederaufbau Nr. 1), Berlin 1919.
2. Verfassungskunde oder Staatsbürgerliche Bildung, in: Die Hilfe, 25. Jg., Nr. 18, 1. Mai 1919, S. 220.
3. Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, in: Schriftenreihe der Verwaltungsakademie Berlin, Bd. 4, Mannheim, Berlin, Leipzig 1921.
4. Das Frankfurter Parlament und die deutsche Gegenwart, Berlin 1923.
5. Mein Weg (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Darmstadt, Bonn 1953.

*Brandenburg, Erich*

1. Martin Luther als Vorkämpfer deutschen Geistes, Leipzig 1917.
2. Bismarck als Erzieher der Deutschen, in: Der Panther, 5. Jg., Heft 4, April 1917, S. 470—487.
3. Liberalismus und Demokratie, in: Der Panther, 5. Jg., Heft 5/6, Mai/Juni 1917, S. 569—578.
4. Deutschlands Kriegsziele, Leipzig 1917.
5. Die deutsche Revolution 1848, 2. verb. Aufl., Leipzig 1919 (Wissenschaft und Bildung, 74).
6. Wie gestalten wir unsere künftige Verfassung? Leipzig 1919.
7. Die materialistische Geschichtsauffassung. Ihr Wesen und ihre Wandlungen, Leipzig 1920.
8. Bismarcks Reichsgründung und die Gegenwart, in: Süddt. Monatshefte, Januar 1921, S. 259 bis 264.
9. Die Reichsgründung, Bd. I, 2. verb. Aufl., Leipzig 1922.
10. Die Ursachen des Weltkrieges, Leipzig 1925.

*Collischonn, G. A. O.*

1. Staat, Nation, Volk, in: Deutschlands Erneuerung, 4. Jg., 1920, Heft 11, S. 665; Heft 12, S. 744 ff.

*Delbrück, Hans*

1. Regierung und Volkswille, Berlin 1914.
2. Preußische Jahrbücher, hrsg. von Hans Delbrück, Jgg. 1917 ff.
3. Wider den Kleinglauben. Eine Auseinandersetzung mit der deutschen Vaterlandspartei, Jena 1918.
4. Krieg und Politik, 3 Bde, Berlin 1918/19.
5. Ludendorff — Tirpitz — Falkenhayn, Berlin 1920.
6. Ludendorffs Selbstportrait, Berlin 1922.
7. Ursachen des Zusammenbruchs. Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918, III. Teil: Gutachten des Geheimrats Prof. H. Delbrück, Berlin 1923.
8. Am Webstuhl der Zeit. Eine Erinnerungsgabe Hans Delbrück dem 80jährigen von Freunden und Schülern dargebracht, hrsg. v. E. Daniels u. P. Rühlmann, Berlin 1928.

*Fester, Richard*

1. Die Politik der Reichstagsmehrheit, Halle 1917.
2. Die Wandlungen der belgischen Frage, Halle 1918.
3. Die Internationale 1914—1919, Halle 1919.
4. Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges, München 1925.

Goetz, Walter

1. Deutschlands geistiges Leben im Weltkrieg, Gotha 1916.
2. Der deutsche Volksgeist, Berlin 1917.
3. Der Reichstag und der Friede, in: Die Hilfe, 23. Jg., Nr. 41, 11. Okt. 1917, S. 628—630.
4. Deutschland und der Friede. Notwendigkeiten und Möglichkeiten deutscher Zukunft, hrsg. v. W. Goetz u. Otto Hofmann, Berlin 1918.
5. Die auswärtige Politik, in: Deutschland und der Friede ... S. 489—504 (geschr. 1. 7. 1918).
6. Mitteleuropa, in: Deutschland und der Friede ... S. 129—136 (geschr. 1. 8. 1918).
7. Die Kriegsergebnisse und die deutschen Kriegsziele, in: Deutschland und der Friede ... S. 436—461 (geschr. 15. 7. 1918).
8. Die Grundlagen der inneren Politik, in: Deutschland und der Friede ... S. 610—626 (geschr. 20. 7. 1918).
9. An die alten Freunde!, in: Die Hilfe, 24. Jg., Nr. 48, 28. 11. 1918, S. 569—570.
10. Das Wesen der deutschen Kultur, Darmstadt 1919.
11. Deutsche Demokratie, Leipzig 1919.
12. Der Kaiser, in: Die Hilfe, 26. Jg., Nr. 6, 5. 2. 1920, S. 82—83.
13. Die Großmächte, in: Die Hilfe, 27. Jg., Nr. 4, 5. 2. 1921, S. 53—55.
14. Wahrheit und Legende, in: Die Hilfe, 28. Jg., Nr. 4, 5. 2. 1922, S. 52—54.
15. Der deutsche Staat und das Jahr 1848, in: Die Hilfe, 29. Jg., Nr. 10, 15. 5. 1923, S. 162—163.
16. Historiker in meiner Zeit. Gesammelte Aufsätze, Köln, Graz 1957.

Haller, Johannes

1. Bismarcks Friedensschlüsse, Stuttgart, Berlin 1916.
2. Deutschland und Frankreich, in: Velhagen und Klasings Monatshefte, Aug. 1917, S. 493 bis 497.
3. Volkstümliche auswärtige Politik?, in: Der Tag, Nr. 247/8, 21. 10. u. 23. 10. 1917.
4. Die Zukunft der baltischen Provinzen, in: Der Tag, Nr. 77/78, 3. u. 4. April 1918.
5. Der Friede von Brest und seine Zusätze, in: Der Tag, Nr. 213/214, 10. u. 11. Sept. 1918.
6. Parlamentarisierung, in: Der Tag, Nr. 229/230, 29. 9. u. 1. 10. 1918.
7. Die Ära Bülow, Stuttgart, Berlin 1922.
8. Die Epochen der deutschen Geschichte, Stuttgart, Berlin 1923.
9. Partikularismus und Nationalstaat, Stuttgart 1926.
10. Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik, 2. Auflage, Stuttgart 1941.
11. Lebenserinnerungen: Gesehenes — Gehörtes — Gedachtes, Stuttgart 1960.

Hartung, Fritz

1. Die Entwicklung der Reichsverfassung seit 1871, in: Das neue Deutschland, 5 Jg., Heft 24, 15. Sept. 1917, S. 653—657.
2. Status quo ante, in: Das neue Deutschland, 6. Jg., Heft 3, 1. Nov. 1917, S. 74—76.
3. Eine konservative Rede über das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, in: Das neue Deutschland, 6. Jg., Heft 10, 15. Febr. 1918, S. 259—261.
4. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: Das neue Deutschland, 6. Jg., Heft 11, 1. März 1918, S. 294—95.
5. Konservativer Fortschritt, in: Das neue Deutschland, 6. Jg., Heft 17, 1. Juni 1918, S. 420—23.
6. Vergangenheit und Gegenwart, in: Das neue Deutschland, 7. Jg., Heft 6, 15. Dez. 1918, S. 114—116.
7. Nochmals zur Frage der Parteibildung, in: Das neue Deutschland, 7. Jg., Heft 7, 1. Jan. 1919, S. 137—39.
8. Das Schicksal Preußens, in: Das neue Deutschland, 7. Jg., Heft 12, 15. März 1919, S. 232—35.
9. Geistige Neuorientierung, in: Das neue Deutschland, 7. Jg., Heft 17, 1. Juni 1919, S. 333—35.
10. Ein neuer Geist, in: Der Tag Nr. 122, 8. Juni 1919.
11. Politisches Führertum, in: Das neue Deutschland, 7. Jg., Heft 23, 1. Sept. 1919, S. 451—53.
12. Die Politik des alten und des neuen Deutschlands, in: Der Tag, Nr. 211, 25. Sept. 1919.
13. Zusammenbruch und Wiederaufbau, in: Die Grenzboten, 78. Jg., 1919, Nr. 39, S. 273—81.
14. Die Bilanz des ersten Revolutionsjahres, in: Der Tag, Nr. 245, 5. Nov. 1919.
15. Bismarcks Entlassung, in: Die Grenzboten, 79. Jg., 1920, Nr. 14, S. 1—9.
16. Staatsgedanke und Klassenkampf, in: Der Tag, Nr. 140, 29. Juni 1920.
17. Die Aufgaben der nationalen Parteien in Deutschland, in: Der Tag, Nr. 274, 11. Dez. 1920.

18. Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles. 1871 bis 1919, 2. neu bearb. und erw. Aufl. der deutschen Geschichte von 1871—1914, Bonn und Leipzig 1924.

*Hashagen, Justus*

1. Die Krisis des Parlamentarismus, in: Der Panther, 5. Jg., Heft 5/6, Mai/Juni 1917, S. 578—83.
2. Überhistorische Imperialismusforschung, in: Internationale Monatsschrift, 13. Jg., Heft 5, April 1919.
3. Neue Veröffentlichungen über die Vorgeschichte des Krieges, in: Internationale Monatsschrift, 14. Jg., April 1920, Heft 5, Spalte 409—426.
4. Historikerpflichten im neuen Deutschland, in: Eiserne Blätter, 1. Jg., 1920, Nr. 40, S. 706 bis 710.
5. Die Gefahr eines deutschen Einheitsstaates, in: Der Tag, Nr. 193, 29. Aug. 1920.
6. Der Sozialismus und die Erziehung der deutschen Arbeiterschaft, in: Der Tag, Nr. 201, 8. Sept. 1920.
7. Reichsgedanke und Reich, Sonderabdruck aus den Neuen Jahrbüchern, Jg. 1919, Heft 1, S. 124—27, Leipzig 1929.

*Hellmann, Siegmund*

1. Deutschland und Amerika, München und Leipzig 1917 (geschr. Anfang Febr.).
2. Die großen europäischen Revolutionen. Eine Gegenwartsstudie, München und Leipzig 1919 (geschr. 23. Dez. 1918).
3. Wohin? Probleme deutsch-demokratischer Politik. (Schriften zum demokratischen Aufbau, H. 2), München 1920.
4. Die politischen Wirkungen des Friedens von Versailles, München 1921.

*Herre, Paul*

1. Deutschlands geistige und wirtschaftliche Weltstellung. Die Stellung der deutschen Geschichtswissenschaft, in: Die Woche, 19. Jg., Nr. 16, 21. April 1917, S. 541—43.
2. Welche Rechte hat das Volk in den Demokratien England, Frankreich und Amerika?, Leipzig 1917.
3. Bismarcks Staatskunst, Dresden und Leipzig 1918.
4. Deutsche Vaterlandspartei und Volksbund für Freiheit und Vaterland, in: Der Tag, Nr. 171, 24. Juli 1918.
5. Deutsch-Osterreichs Anteil am deutschen Kulturleben, in: Die Woche, 21. Jg., Nr. 7, 15. Febr. 1919, S. 131—33.
6. Der unfeste Aggregatzustand unserer Parteien, in: Der Tag, Nr. 72, 5. April 1919.
7. 1815—1919, in: Der Tag, Nr. 83, 18. April 1919.

*Herzfeld, Hans*

1. Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg, Leipzig 1928.

*Hobohm, Martin*

1. Vaterlandspolitik. 1. Auswahl aus der „Deutschen Korrespondenz“ (Tag des Deutschen, Heft 6), Jena 1918.
2. Wir brauchen Kolonien (Die Volksaufklärung Nr. 3), Berlin 1918 (geschr. nach 18. Okt. 1918).
3. Chauvinismus und Weltkrieg. Bd. II: Die Alldeutschen, Berlin 1919.

*Hoetzsch, Otto*

1. Der Krieg und die große Politik, Bd. III, Leipzig 1918.
2. Tilsit und Versailles, in: Eiserne Blätter, 1. Jg., 1919, Nr. 8, S. 131—38.
3. Bindet den Helm fester!, in: Eiserne Blätter, 1. Jg., 1920, Nr. 38/39, S. 681—83.
4. Reichsgründungsfeier der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin ... am 18. Jan. 1921, Berlin 1921.
5. Die weltpolitische Kräfteverteilung nach den Pariser Friedensschlüssen, 3. umgearb. u. erw. Aufl., Berlin 1925.

6. Selbstbiographie, in: Deutscher Aufstieg, hrsg. v. Hans v. Arnim und Georg v. Below, Berlin, Leipzig 1925, S. 489 ff.
7. Die Außenpolitik der deutschnationalen Volkspartei, in: Der nationale Wille. Werden und Wirken der deutschnationalen Volkspartei 1918—1928, hrsg. v. Max Weiß, Essen 1928, S. 83—117.

*Jagow, Kurt*

1. Dietrich Schäfer und sein Werk, hrsg. v. Kurt Jagow, Berlin 1925.

*Kahrstedt, Ulrich*

1. Demokratie und Parlamentarismus in Amerika (Konservative Flugschriften Nr. 7), Berlin 1918.
2. Der Wahlrechtsbeschluß der Herrenhauskommission, in: Der Tag, Nr. 240, 12. Okt. 1918.
3. Was sollen die Konservativen tun?, in: Konservative Monatsschrift, 76. Jg., Nov. 1918, Heft 2, S. 65—73 (geschr. vor 9. Nov.).
4. Zur Frage eines Reichs-Oberhauses, in: Konservative Monatsschrift, 76. Jg., April 1919, Heft 8, S. 468—74.
5. Die Krise des Staatsgedankens, in: Der Tag, Nr. 79, 15. April 1920.

*Lenz, Max*

1. Die Bedeutung der deutschen Geschichtsschreibung seit den Befreiungskriegen für die nationale Erziehung, Berlin 1918.
2. Von Luther zu Bismarck, München, Berlin 1922.
3. Wille, Macht und Schicksal. Kleine historische Schriften, Bd. III, München, Berlin 1922.

*Marcks, Erich*

1. Männer und Zeiten, Leipzig 1911.
2. Geschichte und Gegenwart, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1925.

*Meinecke, Friedrich*

1. Die deutsche Geschichtswissenschaft und die modernen Bedürfnisse, in: Die Hilfe, 22. Jg., 1916, S. 223 ff.
2. Die deutsche Freiheit, in: Die deutsche Freiheit, hrsg. v. Bund deutscher Gelehrter und Künstler, Gotha 1917, S. 14—39.
3. Vaterlandspartei und deutsche Politik, in: Die Hilfe, 23. Jg., Nr. 47, 22. Nov. 1917, S. 700 bis 702.
4. Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, München, Berlin 1918.
5. Deutschland und der Friede, in: Die Hilfe, 24. Jg., Nr. 43, 24. Okt. 1918, S. 506—508.
6. Nach der Revolution. Geschichtliche Betrachtungen über unsere Lage, München 1919.
7. Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik, in: HZ 125, 1922, S. 248—283.
8. Staat und Persönlichkeit, Berlin 1933.
9. Straßburg — Freiburg — Berlin 1901—1919: Erinnerungen, Stuttgart 1949.
10. Politische Schriften und Reden, hrsg. v. G. Kotowski (Werke, Bd. II), München 1958.
11. Die Idee der Staatsraison in der neueren Geschichte, hrsg. v. W. Hofer (Werke Bd. I). 3. Auflage, München 1963.

*Meyer, Eduard*

1. Deutschland und die islamische Welt, in: Süddt. Monatshefte, Juli 1918, S. 272—79.
2. Der Seekrieg, die flandrische Küste und der Frieden, in: Süddt. Monatshefte, Febr. 1918, S. 436—41.
3. Vom deutschen Militarismus, in: Süddt. Monatshefte, Sept. 1918, S. 428—30.
4. Die Vereinigten Staaten von Amerika. Ihre Geschichte, Kultur, Verfassung, Politik, Frankfurt a. M. 1920.
5. Kleine Schriften, Bd. II, Halle 1924.

*Mommsen, Wilhelm*

1. Diskussionsabende an der Berliner Universität, in: Das neue Deutschland, 8. Jg., Heft 7, Jan. 1920, S. 139.

2. Studentenschaft und demokratischer Staat, in: Die Hilfe, 26. Jg., Nr. 25, 17. Juni 1920, S. 376—78.
3. Naumann und die Jugend, in: Die Hilfe, 26. Jg., Nr. 32, 25. Aug. 1920, S. 487—88.
4. Kulturelle Politik als Realpolitik, in: Die Hilfe, 27. Jg., Nr. 10, 5. April 1921, S. 156—57.
5. National — International, in: Die Hilfe, 27. Jg., Nr. 26, 15. Sept. 1921, S. 407—410.
6. Frankreichs Rheinpolitik und Europa, in: Die Hilfe, 29. Jg., Nr. 23, 1. Dez. 1923, S. 405—407.
7. Wie die Deutsche Republik wurde, in: 10 Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, hrsg. v. A. Erkelenz, Berlin 1928, S. 1—23.
8. Volk und Staat in der deutschen Geschichte, Frankfurt 1933.

#### Müller, Karl Alexander von

1. Wie die Deutschen Provinzen verlieren, in: Süddt. Monatshefte, Januar 1918, S. 371.
2. Wie die Engländer Weltkriege gewinnen, in: Süddt. Monatshefte, Jan. 1918, S. 374.
3. An die deutschen Arbeiter (zus. mit P. N. Coßmann), in: Süddt. Monatshefte, Jan. 1918, S. 401—416.
4. Die deutschen Träumer (zus. mit P. N. Coßmann), in: Süddt. Monatshefte, April 1918, S. 61—66.
5. Germania contra mundum, in: Süddt. Monatshefte, Aug. 1918, S. 349—57.
6. Angelsächsische Weltherrschaft, in: Süddt. Monatshefte, Febr. 1919, S. 354—57.
7. Geschichtliche Randglossen, in: Süddt. Monatshefte, Nov. 1919, S. 89—100.
8. Innere Politik, in: Süddt. Monatshefte, Juli 1920, S. 165—67.
9. Land-Tagebuch, in: Süddt. Monatshefte, Okt. 1920, S. 40—45.
10. Land-Tagebuch, in: Süddt. Monatshefte, Dez. 1920, S. 192—202.
11. Los von Preußen?, in: Süddt. Monatshefte, Jan. 1921, S. 226—33.
12. Rückblick und Ausblick, in: Süddt. Monatshefte, Jan. 1921, S. 247—56.
13. Versailles und Deutschlands Stellung in der Welt, in: Bismarck und Versailles, von K. A. v. Müller und Wolfgang Windelband, München o. J. (1925).
14. Deutsche Geschichte und deutscher Charakter, Stuttgart, Berlin 1925.
15. Zwölf Historikerprofile, Stuttgart, Berlin, 1935.
16. Vom alten zum neuen Deutschland, Stuttgart, Berlin 1938.
17. Mars und Venus: Erinnerungen 1914—1919, Stuttgart 1954

#### Oncken, Hermann

1. Das alte und das neue Mitteleuropa, Gotha 1917.
2. Die geschichtliche Bedeutung des Krieges, in: Deutschland und der Friede (s. Goetz Nr. 4), S. 462—489 (geschr. 1. Juni 1918).
3. Historische Beleuchtung der französischen Ansprüche auf das Saarbecken, in: Die Woche, 21. Jg., Nr. 10, 8. März 1919, S. 207—211.
4. Über die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik. Vortrag gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden am 5. Okt. 1918, Leipzig und Dresden 1919.
5. Unser Reich. Rede bei der Gedächtnisfeier zur Wiederkehr des Tages der Reichsgründung . . . am 18. Jan. 1921, Heidelberg 1921.
6. Staatsnation und Kulturnation. Elsaß-Lothringen und die deutsche Kulturgemeinschaft, Heidelberg 1922.
7. Brulez le Palatinat, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1924.
8. Über das politische Motiv der „Sicherheit“ in der europäischen Geschichte, Berlin 1926.
9. Politik und Kriegführung, München 1928.
10. Nach zehn Jahren, Berlin 1929.

#### Quidde, Ludwig

1. An Wilson (Öffentl. Brief v. 22. Mai 1919), in: Die Hilfe, 25 Jg., Nr. 22, 29. Mai 1919, S. 269—270.
2. Demokratische Ideale, in: Die Hilfe, 25. Jg., Nr. 30, 24. Juli 1919, S. 387—388.
3. Völkerbund und Demokratie, 2. überarb. und durch ein Nachwort verm. Aufl., Berlin o. J. (1922).
4. Der Fall Quidde. Tatsachen und Dokumente, zusammengestellt und eingeleitet von Gerhart Seger, Berlin 1924.
5. Ein deutscher Demokrat und Vorkämpfer der Völkerverständigung. Eingeleitet und zusammengestellt von Hans Wehberg, Offenbach 1948.

6. Nur keinen faulen Frieden! 17 Einwände und 17 Antworten, in: Stillich, Oskar: Deutschlands Zukunft bei einem Macht- u. bei einem Rechtsfrieden, Leipzig 1918.

*Rachfahl, Felix*

1. Der Fall Valentin, München, Leipzig 1920.

*Roloff, Gustav*

1. Der Weltkrieg. Zeitgeschichtliche Monatsberichte, in: Westermanns Monatshefte, Jg. 63, 1918/19, Bd. 125, I, Nov. 1918, S. 331—32 (geschr. 4. Okt.).
2. Ebenda, Bd. 125, II, Jan. 1919, S. 531—32, (geschr. vermutlich Anfang Dez. 1918).

*Rothfels, Hans*

1. Geschichtswissenschaft und Nationalpolitik, in: Das neue Deutschland, 7. Jg., Heft 13, 1. April 1919, S. 253—55.
2. Äußere und innere Politik, in: Die Hilfe, 25. Jg., Nr. 11, 13. März 1919, S. 128—29.
3. Das Problem des demokratischen Heeres, in: Die Hilfe, 25. Jg., Nr. 21, 22. Mai 1919, S. 254 bis 255.
4. Hindenburgs Erinnerungen, in: Die Hilfe, 26. Jg., Nr. 34, 15. Sept. 1920, S. 518—19.

*Schäfer, Dietrich*

1. Staat und Volk, Leipzig 1915.
2. Die Neuorientierung und des Vaterlandes Lage, in: Der Panther, 5. Jg., Heft 5/6, Mai/Juni 1917, S. 639—63.
3. Die Neugestaltung des Ostens, in: Deutschlands Erneuerung, Jg., 2, 1918, Heft 6, S. 377 ff.
4. Wie werden wir regiert?, in: Der Tag, Nr. 220, 19. Sept. 1918.
5. Große Politik, in: Der Tag, Nr. 254, 29. Okt. 1918.
6. Des Vaterlandes Not, in: Deutschlands Erneuerung, Jg. 3, 1919, Heft 2, S. 88 ff.
7. Der polnische Aufstand, in: Deutschlands Erneuerung, 3. Jg., 1919, Heft 10, S. 676 ff.
8. Der Reichsminister des Innern und die Historiker, in: Eiserne Blätter, 1. Jg., 1919, Nr. 11, S. 190 ff.
9. Die russische Revolution, in: Deutsche Stimmen, 31. Jg., Nr. 41, 12. Okt. 1919, S. 699—703.
10. Die Schuld am Kriege, Oldenburg, Berlin 1919.
11. Wie wurden wir ein Volk? Wie können wir es bleiben? München 1919.
12. Das Reich als Republik: Deutschland und Preußen, Berlin 1919.
13. Das Christentum und das deutsche Volk, in: Neue Christoterpe, 42. Jg., 1920, S. 2—25.
14. Das Vaterland und der Friede, in: Der Tag, Nr. 8, 10. Jan. 1920.
15. Zu Bismarcks 105. Geburtstag, in: Neue Preußische Kreuzzeitung, Nr. 151, 1. April 1920.
16. Ostern, in: Der Tag, Nr. 71, 4. April 1920.
17. Ludendorffs „Urkunden der Obersten Heeresleitung“, in: Deutschlands Erneuerung, 4. Jg., 1920, Heft 10, S. 601 ff.
18. Staat und Welt. Eine geschichtliche Zeitbetrachtung, Berlin 1922.
19. Mein Leben, Berlin, Leipzig 1926.

*Spahn, Martin*

1. Die Großmächte. Richtlinien ihrer Geschichte, Maßstäbe ihres Wesens, Berlin 1918.
2. Das neue England, in: Süddt. Monatshefte, Jan. 1918, S. 368.
3. Wie ich sie auffasse, in: Der Tag, Nr. 64, 16. März 1918.
4. Der deutsche Traum vom Weltbürgertum und seine geschichtlichen Wurzeln, in: Süddt. Monatshefte, April 1918, S. 1—10.
5. Die Wurzeln der Reichstagsmehrheit in unserer Vergangenheit, in: Der Tag, Nr. 168, 20. Juli 1918.
6. In verbis simus faciles, in: Der Tag, Nr. 175, 28. Juli 1918.
7. Zentrum und christliche Arbeiterschaft, in: Der Tag, Nr. 192, 17. Aug. 1918.
8. Die päpstliche Friedensvermittlung (Flugschriften des „Tag“ Nr. 8), Berlin 1919.
9. Elsaß-Lothringen, Berlin 1919.
10. Vom Konstitutionalismus zur Räteverfassung, in: Süddt. Monatshefte, Mai 1919, S. 240—44.
11. Liquidationsbeginn des Wilhelminischen Zeitalters, in: Der Tag, Nr. 57, 7. März 1920.
12. Männer, nicht Parteien!, in: Der Tag, Nr. 185, 20. Aug. 1918.

13. Der Kommunismus als Lehre vom 1000jährigen Reich, in: Süddt. Monatshefte, Okt. 1920, S. 68—70.
14. Bismarck, in: Süddt. Monatshefte, Jan. 1921, S. 267—70.
15. Für den Reichsgedanken. Historisch-politische Aufsätze, 1915—1934, Berlin, Bonn 1936.

*Steinberg, Sigfrid*

1. Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, 2 Bde, hrsg. v. S. Steinberg, Leipzig 1925.

*Sternfeld, Richard*

1. Das Hemd liegt uns näher als der Rock, in: Der Tag, Nr. 117, 1. Juni 1919.
2. Die Grenzen deutschen Volkstums, in: Der Tag, Nr. 135, 28. Juni 1919.
3. Lloyd Georges Siegesgesang, in: Der Tag, Nr. 144, 9. Juli 1919.
4. Dépayser l'esprit allemand, in: Der Tag, Nr. 165, 2. Aug. 1919.
5. Aus Hertlings Reichskanzlerzeit, in: Der Tag, Nr. 32, 7. Febr. 1920.
6. „Demokratie ist Gerechtigkeit“, in: Der Tag, Nr. 52, 2. März 1920.

*Wahl, Adalbert*

1. Revolutionskunde, in: Süddt. Monatshefte, Mai 1920, S. 69—74.
2. Vom Bismarck der 70er Jahre, Tübingen 1920.
3. Universität und Volksbildung (Rektoratsrede am 30. April 1921), Tübingen 1921.

*Wolf, Gustav*

1. Dietrich Schäfer und Hans Delbrück: Nationale Ziele der deutschen Geschichtsschreibung seit der französischen Revolution, Gotha 1918.

## II. Darstellungen

*Berthold, Lothar*

1. „... großhungen und gehorchen“. Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichts-ideologie des westdeutschen Imperialismus untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke, Berlin 1960.

*Besson, Waldemar*

1. Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik. Zum Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte, 7. Jg., 1959, S. 113—129.

*Bußmann, Walter*

1. Politische Ideologie zwischen Monarchie und Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Weimarer Republik, in: HZ 190 (1960), S. 55—57.

*Danilow, A. I.*

1. Die deutschen bürgerlichen Historiker der „liberalen Schule“ während des 1. Weltkrieges und der Revolution, von 1918—1919, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Jg. 1959, Heft 3, S. 300—317.

*Dehio, Ludwig*

1. Ranke und der deutsche Imperialismus, in: HZ 170 (1949), S. 159 ff.
2. Deutschland und die Epoche der Weltkriege, in: HZ 173 (1952), S. 77—94.
3. Gedanken über die deutsche Sendung 1900—1918, in: HZ 174 (1952), S. 479—502.
4. Friedrich Meinecke, Der Historiker in der Krise. Festrede, gehalten am Tage des 90. Geburtstags, Berlin/Dahlem 1953.
5. Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955.

*Elben, Wolfgang*

1. Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre vom November 1918 bis Februar 1919, Diss., Hamburg 1959.

*Erdmann, Karl Dietrich*

1. Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3. Jg., 1955.

*Ernst, Fritz*

1. Johannes Haller: Gedächtnisrede und Bibliographie, Tübingen 1949.
2. Zum Ende des ersten Weltkrieges, in: Die Welt als Geschichte, 17. Jg., 1957, S. 55—67.

*Eschenburg, Theodor*

1. Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik von 1919, in: Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte, Bd. 9, 1951, S. 161—211.

*Gollwitzer, Heinz*

1. Karl Alexander von Müller 1882 bis 1964. Ein Nachruf, in: HZ 205 (1967), S. 295—322.

*Heimpel, H.*

1. Nekrolog Siegmund Hellmann, in: HZ 174 (1952), S. 737—39.

*Hofer, Walther*

1. Geschichtsschreibung und Weltanschauung. Betrachtungen zum Werk Friedrich Meineckes, München 1950.

*Kantorowicz, Hermann*

1. Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914, Aus dem Nachlaß herausgegeben und eingeleitet von Imanuel Geiss, mit einem Geleitwort von Gustav W. Heinemann, Frankfurt/M. 1967.

*Klemperer, Klemens von*

1. Germany's New Conservatism. Its History and Dilemma in the 20th Century, Princeton University Press 1957.

*Kollmann, Eric C.*

1. Eine Diagnose der Weimarer Republik. Ernst Troeltschs politische Anschauungen, in: HZ 182 (1956), S. 291—319.

*Kotowski, Georg*

1. Parlamentarismus und Demokratie im Urteil Friedrich Meineckes, in: Festgabe für Hans Herzfeld, Berlin 1957.

*Krill, Hans-Heinz*

1. Die Rankerennaissance. Max Lenz und Erich Marcks. Ein Beitrag zum politisch-historischen Denken in Deutschland 1880—1935, Berlin 1962.

*Krockow, Christian Graf von*

1. Staatsideologie oder demokratisches Bewußtsein, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg., S. 118—131.

*Mommsen, Wilhelm*

1. Deutsche Partei-Programme, München 1960.

*Mammach, Klaus*

1. Bemerkungen zur reformistischen Geschichtsschreibung über die November-Revolution 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 6. Jg., 1958, Sonderheft zum 40. Jahrestag der deutschen November-Revolution 1918, S. 55—83.

*Petzold, Joachim*

1. Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichts-Fälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus, Berlin 1963.

*Rassow, Peter*

1. Der Historiker und seine Gegenwart, München 1948.

*Rothfels, Hans*

1. Friedrich Meineckes wissenschaftliches Lebenswerk, Berlin 1955.

*Schmidt, Gustav*

1. Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie. Untersuchungen zu den politischen Gedanken von Meinecke, Troeltsch, Max Weber (Historische Studien, Heft 389), Lübeck und Hamburg 1964.

*Schwabe, Klaus*

1. Die Deutschen Professoren und die politischen Grundfragen des ersten Weltkrieges, Diss., Freiburg 1958.
2. Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im ersten Weltkrieg, in HZ 193 (1961), S. 601—34.

*Sontheimer, Kurt*

1. Die Universitäten der Weimarer Republik, Rundfunkvortrag im Bayer. Rundfunk (II. Progr.), 26. 3. 1966.

*Steger, Hans Alfred*

1. „Deutsche Weltpolitik“ bei Hans Delbrück 1895—1918, Diss., Marburg 1955.

*Stern, Leo*

1. Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtsforschung, Berlin 1952.

*Streisand, Joachim*

1. Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft. Bd. II: Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung von der Reichseinigung von oben bis zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus, hrsg. v. Joachim Streisand, Berlin 1965.

*Thimme, Anneliese*

1. Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955.

*Töpner, Kurt*

1. Zusammenbruch und staatlicher Aufbau nach 1918 im Urteil Deutscher Hochschullehrer. Ein Beitrag zum Zeitgeist der früheren Weimarer Republik. Diss. phil. Erlangen 1966.

*Vogel, Walther*

1. Dietrich Schäfer, in: Hansesche Geschichtsblätter, 54. Jg., 1929.

*Werner, Karl Ferdinand*

1. Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft, Stuttgart 1967.

*Wortmann, Karl*

1. Geschichte der deutschen Vaterlandspartei 1917—1918, Halle 1926.

*Zechlin, Egmont*

1. Der Inbegriff des germanischen Menschen, in: Die Zeit, Nr. 14, 2. April 1965.